

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

<i>Aktuell in Bonn</i>	2
PKK verkündet einseitigen Waffenstillstand	3
Istanbul: Friedensaktivisten verhaftet	3
Hessen: SPD-Kurdenverfolger	4
Zwangsarbeiter endlich entschädigen!	5
60. Jahrestag des „Münchner Abkommens“	5
Das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU	6
Bayerischer Doppelwahlkampf ...	7

Auslandsberichterstattung

Kongo: Afrikanische Konflikt- lösungen?	8
Kuba: Sechs Monate nach dem Papstbesuch	9
Schweiz-Chile: Ein Jahr in Auslieferungshaft	9
Kolumbien: Guerilla weiter in der Offensive	10
Meldungen	11

Regionales West und Ost

<i>Lokaler Widerstand</i>	12
Kiel: Gelöbnis in Polizeifestung .	13
Essen: Allbau-Bürgerbegehren ..	14
Hamburg: Gegen Kürzungen bei Volkshochschule	14
„Wir begrüßen die Karawane“ ...	15
Weimar: Gegen rechte Gewalt ...	17
<i>O-Ton</i>	16
<i>Kommunale Politik</i>	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

<i>Was war?</i>	18
BASF: Teilzeitarbeit soll aus- gedehnt werden	19
Widia: Streit um 6-Tage-Woche ..	20
Haldex-VK: Nein zu gewinn- orientierter Tarifpolitik	20
Öffentlicher Dienst: Tarifwesen wird aufgeweicht	21

Diskussion und Dokumentation

Rolf Gössner: Herbst ohne Ende?	22
W. Gehrke: PDS entschieden auf der Linken	25
„Cross-Over“ zwischen national und sozialistisch?	26

Letzte Seiten

Neuerscheinung: Der deutsche Hegemonialanspruch: Gefahr für Mitteleuropa. Zur Entwicklung der (sudeten)deutsch-tschechischen Beziehungen	27
--	----

Termine	28
----------------------	----

AKTUELL IN BONN NS-UNRECHT: Im Streit um die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern und Opfern des Holocausts durch deutsche Konzerne und Bundesregierung hat der rechtspolitische Sprecher der Grünen, Volker Beck, am 25.8. die Forderung nach einer Bundesstiftung „Entschädigung für NS-Zwangsarbeit“ bekräftigt. Nur so könne es gelingen, „daß alle noch lebenden Zwangsarbeiter eine entsprechende Entschädigung für den ihnen vorenthaltenen Lohn erhalten. Es darf nicht von den Zufälligkeiten des Schicksals bestimmter Firmen abhängen, ob ein Zwangsarbeiter eine Entschädigung erhält oder nicht.“ Auch müsse der Bund sich an der Stiftung beteiligen: „Die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolger des III. Reiches hat die moralische und rechtliche Verantwortung für das Zwangsarbeiterprogramm und muß sich somit an einer Bundesstiftung beteiligen. Die Hauptzahlungen sollten allerdings von der deutschen Wirtschaft kommen.“

KOSOVO-KAMPFANZÜGE: Am 26.8. berichtete der grüne MdB Nachtwei, er sei vom Verband der Textilindustrie unterrichtet worden, daß die Bundeswehr ihre Kampfanzüge im Kosovo produzieren lasse. Welch Skandal! Die Bundeswehr kauft beim serbischen Feind! Hier Auszüge aus der Erklärung Nachtweis: „Nach Angaben des Gesamtverbandes der deutschen Textilveredelungsindustrie läßt die Bundeswehr im Kosovo über einen deutschen Auftragnehmer komplette Kampfanzüge und konfektionsfertige Gewebe fertigen. Das Auftragsvolumen beläuft sich auf ca. 40 Millionen Mark. Die Tarndruck-Anzüge werden nach einem hochkomplexen Produktionsverfahren hergestellt. Unter anderem muß gewährleistet sein, daß die Soldaten für Nachtsichtgeräte des Gegners nicht mehr sichtbar sind. Sollten sich die Angaben der Textilveredelungsindustrie bestätigen, wäre das ein unglaublicher politischer Skandal. Mit dem Ankauf von Kampfanzügen, die im Kosovo produziert wurden, würde das Verteidigungsministerium nicht nur kriegswichtige serbische Unternehmen ökonomisch unterstützen, sondern auch das Milosevic-Regime stabilisieren. Das internationale Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik würden damit erheblichen Schaden erleiden. Verteidigungsminister Rühe hat heute zur Abschreckung der Serben zum wiederholten Male die glaubhafte Drohung mit Militärschlägen gefordert. Begründet hat er dies mit der schnellen Wiederherstellung der politischen und militärischen Glaubwürdigkeit. Wenn dem Bundesminister der Verteidigung daran gelegen ist, die eigene politische Glaubwürdigkeit und die der Bundeswehr zu wahren, fordern wir ihn auf, zu den ungeheuerlichen Behauptungen unverzüglich Stellung zu nehmen.“ So sorgen sich inzwischen auch grüne

Abgeordnete um das „internationale Ansehen“ der Bundeswehr und um den erfolgreichen Kampf gegen den serbischen „Erbfeind“.

ENERGIESTREIT: In der Energiewirtschaft wächst die Sorge, die von der Bundesregierung betriebene Deregulierung des Energierechts könne kippen. Grund für diese Sorge ist die Verfassungsklage von 242 SPD-Bundestagsabgeordneten und der rot- bzw. rot-grün regierten Länder Hessen, Saar und Hamburg gegen Rexrods Energierechtsnovelle. Die Klagenden vertreten vor allem, die Energieversorgung gehöre zu den „typischen, die Daseinsvorsorge betreffenden Aufgaben der kommunalen Gebietskörperschaften“ und wollen damit kommunale Kontrolle über die Energieversorgung sichern. Dagegen polemisieren die Vertreter der großen Konzerne, die sich EU-weit beim billigsten Anbieter mit Energie eindecken wollen und eine dementisprechende Deregulierung betreiben. Am 19.2.99 müsse laut EU-Kommission der europaweite Energiewettbewerb „freigegeben sein“, erklären sie. „Der Wettbewerb um zugelassene Stromkunden darf nach diesem Datum auch nicht durch eine allzu offene Formulierung gemeinschaftlicher Ansprüche unmöglich gemacht werden“, und: „Ökologische Ziele müssen mit dem wettbewerblichen System kompatibel gemacht werden.“ (HB, 27.8.) Mit anderen Worten: ökologische und gemeinwirtschaftliche Schranken sollen weg. Das Verfassungsgericht solle die Verfassungsklage abweisen.

KINDERARMUT: Zu der zu erwartenden Pleite für die Ministerin und die Bundesregierung geriet am 25. August die lange hinausgeschobene Vorstellung des Jugendberichts der Bundesregierung. Die Experten hatten darin eine schroff ansteigende Kinder- und Jugendarbeitslosigkeit festgestellt. 12 Prozent der Kinder im Westen und 20% im Osten lebten in Haushalten, die weniger als 50% des Durchschnittseinkommens hätten, nach EU- und anderen Maßstäben also in Armut lebten. „Wir halten es für einen gesellschaftspolitischen Skandal, daß der materielle Spielraum der Familien in den 80er und 90er Jahren durch sämtliche Reformen des Einkommens- und Steuersystems eingeengt statt erweitert wurde“, so die Experten weiter. Die Ministerin versuchte, sich mit neuen Definitionen von „Armut“ vor der Kritik zu schützen. Am nächsten Tag setzten die Experten nach: Fast 40% der drei Millionen Sozialhilfeempfänger in Deutschland seien inzwischen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Diese Woche tritt letztmals der alte Bundestag zusammen und berät den Entwurf des Haushalts 1999. Am 13.9. sind Landtagswahlen in Bayern, am 27.9. Bundestagswahlen. 2 Tage vorher tagt der Bundesrat.

Der Vorsitzende der Arbeiterpartei Kurdistans PKK, Abdullah Öcalan, hat am 28. August 1998 in einer Sendung des kurdischen Fernsehsenders MED-TV einen einseitigen Waffenstillstand seiner Organisation ab dem 1. September angekündigt.

PKK verkündet einseitigen Waffenstillstand

Dieser Waffenstillstand ist vorerst zeitlich unbefristet und erstreckt sich auf Nordkurdistans/Türkei. Abdullah Öcalan betonte jedoch, daß er innerhalb der nächsten Wochen auf positive Reaktionen von türkischer Seite hoffe. Dieser Waffenstillstand sei eine historische Chance für die Türkei. Sie müsse genutzt werden. Sollte es allerdings zu Angriffen auf die Guerilla kommen, werde diese von ihrem Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch machen.

A. Öcalan betonte, daß dieser Waffenstillstand kein Zeichen der Schwäche sei. Im Gegenteil gründe dieser Schritt auf dem Bewußtsein der eigenen Kraft. Die kurdische Seite erwarte positive Schritte seitens der Türkei.

Die Machthaber in der Türkei müßten erkannt haben, daß sie durch ein Beharren auf

Krieg nichts gewinnen. Die beiden militärischen Großoperationen dieses Jahres hätten zum wiederholten Male die Erfolglosigkeit der türkischen Militärmaschine erwiesen. Den Generälen sei dies bekannt und sie müßten sich der Aussichtslosigkeit des Krieges bewußt sein. Schließlich besitze die PKK das Potential, den Befreiungskrieg noch Jahrzehnte weiterzuführen.

Man dürfe sich auch nicht von Manövern einiger Kreise beirren lassen, die den Krieg aus Eigeninteresse und zur eigenen Bereicherung befürworten. Von diesen Kreisen seien mit Sicherheit Provokationen zu erwarten, jedoch werde man auf kurdischer Seite nicht in diese Falle laufen.

Der Vorsitzende der PKK betonte, daß die-

ser Waffenstillstand eine historische Chance für die beteiligten Konfliktparteien sei. Ähnlich wie in Kolumbien oder Nordirland müsse sich die Vernunft durchsetzen.

Wiederholt hat die PKK in den vergangenen Jahren eine politische Lösung der kurdischen Frage angemahnt. Abdullah Öcalan hat oftmals seine Bereitschaft zu einem Dialog mit der türkischen Seite bekundet und mit zwei befristeten einseitigen Waffenstillständen 1993 und 1995 die Ernsthaftigkeit der kurdischen Seite unterstrichen.

Hintergrund dieses Schrittes ist u.a., daß die Führung des Generalstabes in der Türkei wechselt. Der neue Generalstabschef Hüseyin Kivrikoglu trat heute sein Amt an. Im Vorfeld wurde er in der Türkei als „ehrenhafte Friedenskraft“ bezeichnet. Der Generalstabschef bestimmt in der Türkei die Richtlinien der Politik.

Zugleich reagierte damit die kurdische Seite auf Signale aus Europa und der Türkei, die sich für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage aussprachen.

(Kurdistan Informationszentrum Köln,

Friedenskarawane nach Diyarbakir verhindert

Friedensaktivisten verhaftet

Am 1. September 1998 sollte anlässlich des diesjährigen internationalen Antikriegstages auch in Diyarbakir eine Veranstaltung stattfinden, an der Menschen aus allen Teilen der Türkei teilnehmen wollten. Vorgesehen war, daß die TeilnehmerInnen in Friedenskarawanen nach Diyarbakir fahren.

In Istanbul wollten heute, am 31.8.1998, mehrere hundert Menschen mit Bussen um 10.30 Uhr abfahren. Die Polizei verhinderte jedoch, daß die Busse die zentrale Abfahrtsstelle überhaupt erreichten (Bild). Rund 200 TeilnehmerInnen, darunter auch Kinder, wurden durch die Polizei festgenommen und befinden sich zur Zeit in Gefangenentransportern. Bei den Festnahmen wurden rund 30 verletzt.

Unter den Festgenommenen befinden sich die stellvertretende Vorsitzende des türkischen Menschenrechtsvereins IHD, Rechtsanwältin Eren Keskin und der Rechtsanwalt Osman Baydemir. Die Verhafteten wurden mit roher Gewalt und Einsatz von Knüppeln in die Gefangenentransporter hineingepreßelt.



ISTANBUL

Unbestimmten Angaben zufolge griff die Polizei auch die Räume des Mesopotamischen Kulturvereins in Istanbul an und verhaftete wahllos Menschen, darunter auch die Tochter von Musa Anter, Dicle Anter.

In Diyarbakir wurden drei Italiener verhaftet, die mit einer Menschenrechtsdelegation sich dort aufhielten.

Pressemitteilung des Menschenrechtsvereins (IHD) Istanbul vom 31. August

Zum Weltfriedenstag am 1. September und der sich anschließenden Friedenswoche hatte der IHD, wie auch im vergangenen Jahr, unter dem Motto „Wenn jetzt kein Frieden, wann dann?“, beschlossen, von Istanbul aus Friedensbusse nach Diyarbakir zu senden. Dieses

friedliche Vorhaben wurde mit Brutalität beantwortet und die MitarbeiterInnen und Mitglieder des IHD, sowohl in der Zentrale, als auch aus weiteren Städten, sowie MitarbeiterInnen von sich beteiligenden Organisationen wurden unter Gewaltanwendung in Polizeigewahrsam genommen.

Wir wollen Frieden ...

- weil 40 000 Menschen gestorben sind. Wir wollen, daß keine Menschen sterben;
- weil sorgenvolle Mütter, die ihre Kinder zum Militär schicken müssen, ihre Kinder nicht als Leichen zurückbekommen wollen;
- weil wir nicht wollen, daß in diesem Krieg weiter türkische und kurdische Jugendliche sterben;

- weil 3 000 Dörfer zerstört und drei Millionen Menschen aus ihrem Zuhause und ihren Dörfern vertrieben wurden;
- weil durch die Investitionen für die Ausrüstung das Brot noch teurer geworden ist;
- weil die Türkei aufgrund der Menschenrechtsverletzungen „nachsitzen“ muß;
- weil die Menschen wegen des Krieges unglücklich und hoffnungslos sind.

Wir, die Menschenrechtsverteidiger, wollen aus diesen Gründen keinen Krieg, wir wollen Frieden.

Mit der Fahrt der Friedensbusse wollen wir noch einmal unsere Friedensforderungen zur Sprache bringen und zum Ausdruck bringen „Wenn jetzt kein Frieden, wann denn dann?“ Dies hat man nicht erlaubt.

Wir wissen, daß die kriegsprovokierenden Räuberbanden in Yüsekova (die Kreisstadt des Bezirks Hakkari, in der sogar durch den türkischen Staat die Tätigkeit einer kriminellen Vereinigung aus Offizieren, Mitarbeitern von Spezialeinheiten und Dorfschützern aufgedeckt wurde, deren Geschäft Mord, Rauschgifthandel, Erpressung usw. war – Erläuterung durch die Übersetzer) sitzen, die Güclükonak (ein Ort, in dem elf Personen in einem Kleinbus erschossen und dann verbrannt wurden, Erklärung durch die Übersetzer), verursachten und Miturheber des Attentats auf Akin Birdal sind. Aber diese kriegsprovokierenden Kräfte laufen frei herum.

Die für den Frieden wirkenden MitarbeiterInnen des IHD, Eren Keskin, Osman Baydemir, Ercan Kanar, Turan Il, Hadeb-Mitarbeiter Bahattin Günel, Mahmut Sakar, ÖDP-Mitarbeiterin Ayla Yildirim, EMEK-Mitarbeiter Mustafa Yalciner, KESK-Mitarbeiter Cegiz Uzun sowie etwa 200 Personen befinden sich im Polizeigewahrsam.

Die Haltung des Staates ist unverstänlich. Wo auf der ganzen Welt Friedensforderungen gestellt werden, wissen die Regierenden, die zum 75. Jahrestag der Republik Erklärungen zur Einheit und zum Zusammenhalt abgeben, dann nicht selber um die, die in jüngster Zeit die Teilung der Gesellschaft herbeiführen? Wenn die Regierenden der Republik eine auf Einheit, Freiheit und Gleichheit beruhende Gesellschaft wollen, müssen sie die Friedensforderungen aus ihrer Umwelt hören und auf Gewalt verzichten.

Die Verantwortlichen halten sich nicht einmal an ihre ungenügenden und daher antidemokratischen Gesetze. Die Meinungsfreiheit und das Recht auf Freizügigkeit werden ebenfalls behindert.

Sie können weiter Straftaten begehen. Wir werden entschlossen weiter für den Frieden, die Freiheit und die Demokratie eintreten.

Weitere Infos u.a. über AK Asyl Oldenburg, Tel. 0441/15662, u. Knut Rauchfuß, Med. Flüchtlingshilfe, Tel. 0171-7127375.



SPD-Kurdenverfolger am Werk

Neues Vereinsverbot in Hessen

Am 25. August hat das Innenministerium des rot-grün regierten Bundeslandes Hessen einen kurdischen Verein in Frankfurt verboten. Der Verein „Internationales Bürgerhaus Frankfurt“ sei ein Nachfolgeverein des im November 1995 – also zwei Jahre nach dem von CDU-Bundesinnenminister Kanther verhängten „PKK-Verbot“ – vom damaligen SPD-Innenminister Hessens verbotenen Vereins „Kurdistan Informationszentrum Frankfurt/Main“.

Die Begründung des Innenministeriums in Wiesbaden ist zwar lang und weit-schweifig, aber zugleich bezeichnend für völlige Gleichgültigkeit der SPD-Kurdenverfolger gegenüber einfachsten Menschenrechten der von ihnen verfolgten Kurdinnen und Kurden. Auf 15 Seiten listen die Beamten ganze 16 Fälle auf, bei denen ihre Spitzel oder auch uniformierte Beamte in den vergangenen drei Jahren Verbindungen des nun verbotenen Vereins zu angeblichen oder auch wirklichen PKK-Mitgliedern im Raum Frankfurt festgestellt haben. Umgerechnet auf die etwa tausend Tage, in denen sich in den Räumen des nun geschlossenen Vereins Kurdinnen und Kurden getroffen haben, würde das bedeuten: An jedem 60. Tag oder einmal alle zwei Monate wurden wirkliche oder vermeintliche Mitglieder der PKK in den Vereinsräumen gesichtet. Punkt, Ende, aus.

Wobei die Beamten bei der Definition, wer polizeilich als „PKKler“ gilt, extrem großzügig verfahren. So tauchen in der Vielzahl der Personen, die von Polizeispitzeln in oder nahe bei den Vereinsräumen festgestellt worden sein sollen und von denen über 40 Personen namentlich

in der Verbotsverfügung genannt werden, u.a. ein „Teilnehmer an unfriedlichen Demonstrationen der PKK in Dortmund anlässlich Newroz '96“ auf, Ehefrauen von wegen Beteiligung an Mahnwachen verurteilten Kurden, Mitglieder des kurdischen Exilparlaments sowie angebliche „Raumverantwortliche“ für ein halbes Dutzend Stadtteile von Frankfurt und Umgebung, „PKK-Aktivistin“ jeder Sorte, Vertreter von YEK-KOM bis hin zu „ehemaligen Gebietsverantwortlichen“ für diverse „Gebiete“.

Das geht bis hin zu völlig absurd anmutenden Absätzen wie der folgenden Passage auf Seite 8 der Verbotsverfügung:

„Bei einem weiteren Besuch der Vereinsräume am 2. September 1996 gegen 11.00 Uhr waren Herr ... und seine Ehefrau, Frau ..., sowie Frau ... mit einer ihrer Töchter (Kleinkind) anwesend.“

Skandal! Staatsgefährdend! Verboten!

Schon bei der Gründung des Vereins sei beim Polizeipräsidium Frankfurt am Main bekannt geworden, daß „die PKK“ in Frankfurt „geeignete Vereinsräume angemietet habe bzw. anmieten werde“, heißt es weiter vorne in der Verfügung.

Konkret vorgeworfen werden dem Verein Verbindungen von Mitgliedern zur PKK, Teilnahme von Mitgliedern an Spendensammlungen für den kurdischen Befreiungskampf und mehrere Veranstaltungen mit PKK-Bezug.

Irgendwelche dem Verein oder seinen Mitgliedern vorgeworfenen wirklichen Straftaten sucht man in der gesamten Verbotsverfügung vergeblich.

Da bundesweit sämtliche Verfassungsschutzämter von Bund und Ländern

übereinstimmend von mindestens 10 000 „PKK-Mitgliedern“ im Bundesgebiet ausgehen, läßt sich leicht ausrechnen, daß mit der Begründung des hessischen Innenministeriums ohne viel Anstrengung noch Dutzende weiterer kurdischer Vereine und Institutionen überall im Bundesgebiet sofort verboten und geschlossen werden könnten. Denn ganz offensichtlich, das kann man der Wiesbadener Verbotsverfügung auch entnehmen, haben die Polizei- und Staatsschutzbehörden dieser Republik inzwischen Tausende von Kurdinnen und Kurden in ihren geheimen Dateien und Archiven erfaßt und registriert – als wirkliche, vermeintliche, frühere oder auch aktuelle „PKK-Aktivist:innen“ jeder Sorte.

Wieviel von diesen Spitzelberichten wohl an die türkischen Polizeistellen weitergereicht wurden?

Wenn es noch eines Beweises bedurfte, daß das von Bundesinnenminister Kanther 1993 verhängte PKK-Verbot in die demokratischen Rechte von Zehntausenden Kurdinnen und Kurden tief eingreift und diese aufhebt, daß es auf der anderen Seite zu einem Aufblühen des widerlichen Gewerbes der Polizeispitzel führt und Hunderte von Beamtenplan-

stellen am Laufen hält, deren Inhaber tagaus tagein mit nichts anderem als dem Anlegen, Registrieren, Weiterreichen dieser Spitzelberichte über kurdische Personen in diesem Land beschäftigt sind und diese ekelhafte Tätigkeit auch noch als „staatsschützend“ und „staatserhaltend“ teuer bezahlt bekommen – das Wiesbadener Verbot hat diesen Beweis geliefert.

Wer sich über die demokratischen Zustände in diesem Land unterrichten will, möge also die Wiesbadener Verbotsbegründung beim dortigen Innenministerium bestellen, studieren und weiterverbreiten. Die Verfügung verdient es, möglichst weit verbreitet, veröffentlicht, womöglich sogar literarisch verarbeitet zu werden. So „demokratisch“ wie in dieser Verfügung erkennbar geht es im roten Hessen heute zu. Ein Georg Büchner würde von dieser Landesregierung vermutlich sofort eingesperrt. Bismarcks Sozialistengesetz war nichts gegen die Wiesbadener Staatsschützer heute! *rül*

Quelle: Verbotsverfügung des hessischen Innenministeriums in Wiesbaden vom 25.8.98 gegen den Verein „Internationales Bürgerhaus Frankfurt/Main“, erhältlich über Pressestelle des Ministeriums, Tel. 0611-353606/7, Fax 0611-353 608.

Entschädigung von NS-Opfern

Die ZwangsarbeiterInnen müssen endlich entschädigt werden!

Von Werner Pfennig und Alfred Hauser

53 Jahre nach der Zerschlagung der nazistischen Herrschaft werden die Nutznießer in der Industrie, den Banken und Versicherungen von der Geschichte eingeholt. Bereits im Potsdamer Abkommen vom August 1945 wurde die Pflicht zur Sühne für die von den Nazis begangenen Verbrechen festgestellt und in den Nürnberger Prozessen die Zwangsarbeit als Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt.

Der Anspruch auf Entschädigung wurde nach Gründung der Bundesrepublik zwar anerkannt und zahlreiche Gesetze zur Wiedergutmachung erlassen, jedoch blieben die ZwangsarbeiterInnen ausgeschlossen. In der Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 16. Januar 1986 wurde festgestellt, daß die ZwangsarbeiterInnen einen moralischen und materiellen Anspruch auf Entschädigung haben. Unter Berufung auf diese Entschließung wurden von der „Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime“ Firmen wie Bosch, Daimler-Benz, VW und der Bundesverband der Deutschen Industrie aufgefordert, dieser Pflicht gerecht zu werden. Von allen Stellen gab es nur ablehnende Antworten mit dem Hinweis,

daß die Entschädigung Sache des Staates sei.

Wir begrüßen es, daß sich jetzt zahlreiche Betriebe – angefangen bei VW Wolfsburg – bereit erklärt haben, ihre noch wenigen lebenden ZwangsarbeiterInnen zu entschädigen.

Wir sind deshalb empört über die zynische Erklärung des Bundeskanzlers, „daß die Wiedergutmachungskasse des Bundes nicht mehr geöffnet wird“. Die Bundesregierung kann sich ihrer Verpflichtung auch jetzt nicht entziehen!

Die unterzeichnenden Organisationen haben sich seit Jahren immer wieder für die berechtigten Forderungen aller Opfer auf Entschädigung eingesetzt. Wir richten deshalb an alle demokratischen Organisationen, insbesondere an den DGB, die Aufforderung, die berechtigten Forderungen nach baldiger Entschädigung der Zwangsarbeiter zu unterstützen. Der Wettlauf mit dem Tod muß beendet werden!

Werner Pfennig ist Bundessprecher des Bundesausschuß der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten

Alfred Hauser ist Sprecher der Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime

29. September:

60. Jahrestag des „Münchner Abkommens“

Unter dem Motto „Eine Hypothek, die endlich getilgt werden muß“ lädt „Setkání – Treffen deutscher und tschechischer Linker“ zu einer Diskussionsveranstaltung am 18. September im Münchner Gewerkschaftshaus und zu einem vertiefenden Tagesseminar am 19. September in Germering (bei München) ein. Gleichzeitig wurde eine Unterschriftensammlung in die Wege geleitet, mit der die neue Bundesregierung aufgefordert wird, endlich die Nichtigkeit des Münchner Diktats vom 29. September 1938 „von Anfang an“ verbindlich anzuerkennen.

Ausgerechnet die (west-)deutsche Regierung konnte sich nämlich als einzige bisher nicht zu einer solchen Klarstellung durchringen. Der Text wurde in Form einer gemeinsamen Erklärung am 8. Mai dieses Jahres bei einem Treffen von deutschen und tschechischen Linken ausgearbeitet und verabschiedet (siehe PB Nr. 10/98).

Wie notwendig deutsch-tschechische Solidarität gegen großdeutsche Anmaßung ist, haben die letzten Wochen mit der medienwirksam inszenierten Empörung von CSU, SL und Kohl über eine Äußerung des sozialdemokratischen tschechischen Ministerpräsidenten Miloš Zeman wieder einmal gezeigt. Die „Gemeinsame Erklärung“ soll die Stimmen lauter werden lassen, die sich bei solchen Gelegenheiten öffentlich den Rechten entgegenstellen und ihren Auffassungen die Selbstverständlichkeit bestreiten. Durch diese – sicherlich nicht kurzatmig anzuhörende – Arbeit soll auch denjenigen Abgeordneten im Bundestag oder den Länderparlamenten (insbesondere in Bayern) stärkerer Rückhalt gegeben werden, die sich für Gleichberechtigung und gegenseitigen Respekt im Verhältnis zu unseren Nachbarn einsetzen. Setkání bereitet außerdem die Herausgabe eines zwölfseitigen monatlichen Informationsblattes vor, das Artikel aus Postmark Praha (einem englischsprachigen linken Info aus Prag) in deutscher Übersetzung, Informationen über deutsch-tschechische Aktivitäten sowie interessante einschlägige Artikel aus der deutschen Presse, wichtige Dokumente etc. enthalten soll. *(rh)*

Die „Gemeinsame Erklärung deutscher und tschechischer Linker“ zum Sammeln weiterer Unterschriften und das neue Info (Abo-Preis 27 DM/Jahr) können bestellt werden bei:

Setkání – Treffen deutscher und tschechischer Linker, Schwanthalerstr. 139 Rgb., 80339 München. Fax: 089-5 02 8112

Wer hilft gegen „aggressives Betteln“? CDU/CSU!

Einen „Aufschwung“ der besonderen Sorte haben die Wahlstrategen von CDU und CSU in ihrem jüngst vorgestellten gemeinsamen Wahlprogramm gleich zu Beginn, gleichsam als „zentrale Botschaft“ ihres Wahlprogramms ausgemacht.

„Der Aufschwung ist da“ heißt es gleich in der ersten Überschrift auf der ersten Seite ihres gemeinsamen Wahlprogramms – so, als gäbe es keine Unruhe, ja Panik an den Börsen, keine Sorgen um die Entwicklung in Rußland und die womöglich fällig werdenden 45 Mrd. DM Hermes-Bürgschaften für die Rußlandgeschäfte deutscher Konzerne usw.

Vier Zeilen später folgt die Erläuterung:

„Was noch wichtiger ist: Auch auf dem Arbeitsmarkt ist der langersehnte Durchbruch geschafft. Die Zahl der Arbeitslosen ist in Deutschland seit Jahresbeginn um 700 000 zurückgegangen. Die Zahl der offenen Stellen erhöht sich permanent. Die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt deutlich.“

So unverfroren haben die Unionsparteien vermutlich schon lange nicht mehr gelogen.

Die in Wahlkampfdingen einigermaßen neutrale Bundesbank meldet in ihrem letzten Monatsbericht (August) für das 2. Quartal 1998 eine durchschnittliche Arbeitslosenzahl von 4,342 Millionen Personen. Im zweiten Quartal 1997 waren 4,338 Millionen Arbeitslose erfaßt, also 4 000 Arbeitslose weniger als 1998, im zweiten Quartal 1996 sogar „nur“ 3,932 Millionen erfaßte Arbeitslose, also 410 000 Arbeitslose weniger als 1998. Bis Sommer 1998 erfaßte der von den C-Parteien behauptete „Aufschwung“ offenbar immer noch weder die Arbeitslosenzahlen noch die Zahl der Erwerbstätigen, die bundesweit bis zum zuletzt erfaßten Monat Juni immer noch weiter sank.

Insofern bekommt der nächste Absatz im Wahlprogramm von CDU/CSU auch ein etwas anderen Klang, als von den Verfassern vermutlich beabsichtigt war. Er könnte sich zum Rohrkrepierer entwickeln:

„CDU und CSU haben mit ihrer Reformpolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung die Voraussetzungen für diesen Aufschwung geschaffen. Diese Reformen müssen weiter fortgesetzt werden. Sie dürfen nicht, wie von der SPD angekündigt, zurückgenommen werden.“

Wenn es aber nun einmal stimmt, daß trotz Aufhebung des Kündigungsschutzes für 20 Prozent aller Beschäftigten, trotz Senkung der Lohnfortzahlung, Senkung der Renten, Abschaffung des Anspruchs auf Zahnersatz für alle nach 1978 geborenen Personen und anderen Wohltaten der CDU/CSU-geführten

Bundesregierung die Armut nicht sinkt, sondern wächst – was dann?

Der Wahlkampf der Unionsparteien und die vielfach störende Wirklichkeit

Für Berlin etwa widmete eine den Interessen von Management und Wirtschaft sehr aufgeschlossene Tageszeitung wie der liberale „Tagesspiegel“ jüngst eine ganze Seite dem Problem „Armut in Berlin“. Dort erfährt man z.B.:

- Für 90 000 Kinder in der Stadt, die Sozialhilfe beziehen, sei ein Urlaub jenseits aller Möglichkeiten, selbst der Kauf von Turnschuhen schon ein enormer Kraftakt.
- Innerhalb eines Jahres, von 1996 auf 1997, ist die Zahl der Sozialhilfe beziehenden Kinder und Jugendlichen in der Stadt um 13 Prozent gestiegen.
- Allein im Stadtteil Neukölln bezogen 13 605 Kinder laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, in Kreuzberg 8.471 und im künftigen „Hauptstadtbezirk“ Wedding 8 442 Kinder.
- Die Diözesanreferentin für Soziales beim Berliner Caritasverband warnt zum Abschluß des Artikels die Familien eindringlich vor vielen Kindern. Für eine vierköpfige Familie mit einem Jahreseinkommen von 60 000 DM wäre ein weiteres Kind, so die katholische Expertin wörtlich, „eine sichere Methode, sich zu ruinieren.“

In einem weiteren Artikel erfährt man noch: „Die Zahl der Familien, die von Arbeitslosengeld oder -hilfe leben, hat sich seit 1991 verdoppelt, die der Sozialhilfe beziehenden sogar verdreifacht.“

Die ganze Seite erschien am 28. August, mit direktem Bezug auf die Präsentation des Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung durch die CDU-Ministerin Nolte in Bonn.

Was behaupten angesichts solch trauriger Fakten die Unionsparteien in ihrem Wahlprogramm? Schließlich dringt die noch weit schlimmere Situation in den „neuen Bundesländern“, wo die Zahl der Sozialhilfebezieher explodiert, weil nach jahrelanger Arbeitslosigkeit inzwischen offensichtlich alle irgendwo noch vorhandenen Reserven unzähliger Familien vollständig verbraucht sind, inzwischen gelegentlich auch in die nach 16 Jahren Kohl von CDU- und CSU-Fernsehchefs sonst strikt kontrollierten und zensierten Fernsehnachrichten durch?

„Niemand wird in Deutschland wegen seiner Krankheit, seines Alters, seiner Herkunft, seines Einkommens oder der Zahl seiner Kinder überfordert oder ausgegrenzt.“ (S. 22) Was soll man zu solcher Dreistigkeit noch sagen?

High-Tech + Rüstung = Arbeit?

Wer erinnert sich noch an die Massen-

entlassungen bei der DASA, in der Luft- und Raumfahrtindustrie in den letzten Jahren, wo die Beschäftigtenzahl um ca. 40% sank? An die Entlassungswelle bei der privatisierten Telekom, die im 1. Halbjahr 1998 erneut 8 000 Stellen abbaute? An die Entlassungen in der Chemie- und Pharmabranche, z.B. beim Frankfurter Konzern Hoechst?

CDU und CSU hoffen auf das kurze Gedächtnis der Leute und behaupten:

„Biotechnologie und Gentechnologie, Umwelttechnologien, Multimedia und die Telekommunikationstechnologien, Luft- und Raumfahrt mit ihren Schlüsseltechnologien – daraus entwickeln sich die Wachstumsmärkte der Zukunft, Topbranchen mit enormen Beschäftigungschancen.“ (S. 5)

Privatisierung und anhaltende Massenentlassungen bei der Bahn – noch bekannt? Was kündigen die C-Parteien an? „Um in den modernen Verkehrstechnologien an der Spitze zu liegen, werden wir Verkehrsleitsysteme fördern und den Transrapid als deutsche Spitzentechnologie im eigenen Land verwirklichen.“

Letzterer soll schon wieder um 20% teurer geworden sein. 12 Milliarden DM soll es nun angeblich kosten, mit dem Transrapid von Hamburg nach Berlin ca. 12 Minuten schneller zu reisen als mit ICE. Eine Milliarde DM pro Minute weniger – welche „Spitzentechnologie“!

Drohungen gegen arme Leute und gegen die Gewerkschaften

Wenn man genau liest, findet man im Wahlprogramm auch die Drohungen, die beide Parteien für die vielen armen Leute bereithalten. „Wir werden eine Reform der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse auf den Weg bringen, die mehr Dynamik im Bereich von Niedriglohnbeschäftigung und Teilzeitarbeit sorgt.“ (S. 22) CDU und CSU wollen Jobs schaffen, die die Armut vieler zu deren lebenslangem Los machen. Im Kapitel „Anreize zur Arbeit verstärken – Mißbrauch bekämpfen“ heißt es: „Viele suchen einen Teilzeitarbeitsplatz. Mancher wäre auch mit einem Einfachtarbeitsplatz zufrieden. Diesen Bedürfnissen werden wir besser Rechnung tragen.“ Und gleich danach: „Bereits heute beschäftigen die Kommunen über 200 000 arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger. Das sind fast dreimal so viele wie noch vor drei Jahren. Wir wollen helfen, dieses Beschäftigungsangebot auszuweiten.“

Im Berliner Stadtteil Spandau sieht man solche „arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger“ seit einiger Zeit morgens den Park von den Überresten reinigen, die ihre alkoholabhängigen Leidensgenossen dort hinterlassen haben. Die nach ÖTV-Tarif bezahlten Beschäftigten des Grün-

flächenamts, die diese Arbeit bisher verrichteten, wurden vom CDU-Bürgermeister trotz heftiger Gegenwehr entlassen.

Für die Gewerkschaften halten die Unionsparteien auch an anderer Stelle Drohungen bereit. „Kräfte, die das ‚Ende der Bescheidenheit‘ fordern, handeln unverantwortlich“, heißt es auf Seite 8 zu Beginn des Kapitels „Mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt“ gegen die IG Metall.

Nicht viel anders die Angebote der C-Parteien für die vielen Jugendlichen, die nach 16 Jahren Kohl-Regierung keinen Ausbildungsplatz finden. Laut dem (CDU)-Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Jagoda, waren Ende Juli bundesweit noch 216.000 Jugendliche ohne Lehrstelle und 85.000 Lehrstellen noch unbesetzt. Was schlagen CDU und CSU vor? „CDU und CSU wollen neue Ausbildungsberufe mit überwiegend praktischer Qualifizierung schaffen.“ (S. 7) Was stellen sich die jungen Leute auch so störrisch und unpraktisch an!

Dafür wollen beide Parteien die Berufschancen von Religionslehrern sichern: „Wissen und Werte gehören zusammen. Für uns behält daher der Religionsunterricht seinen festen Platz als ordentliches Lehrfach an öffentlichen Schulen“, heißt es zum Schluß dieses Abschnitts.

„Null Toleranz“ – gegen Bettler!

Irgendwie passend zu diesen Absichten, die schamlose Bereicherung der ohnehin Reichen und der um diese gescharten „Besserverdienenden“ weiter zum Leitmotiv der Regierungspolitik zu machen, sind auch die Ausführungen zur „inneren Sicherheit“.

Unter der Überschrift „Der starke Staat schützt die Bürger. Null Toleranz bei Rechtsbruch und Gewalt“ heißt es gleich in der dritten Zeile:

„Der Leitsatz muß lauten: Wehret den Anfängen! Anfänge, das sind die geduldeten Verwahrlosung von öffentlichen Verkehrsmitteln und Plätzen durch Drogenszenen und Alkoholismus-Milieus, durch Vandalismus, Schmierereien und Belästigung durch aggressives Betteln.“ Das „aggressive Betteln“ als Hauptübel der Kriminalität in diesem Land hat es den Unionsparteien so angetan, daß es gleich zweimal in ihrem Wahlprogramm auftaucht: Einmal zu Beginn dieses Abschnitts auf Seite 16 und dann noch einmal 8 Seiten später unter „Mehr Lebensqualität für unsere Städte“.

Wie das wohl kommt nach 16 Jahren CDU-CSU-geführter Bundesregierung?

Auf jeden Fall wollen die Unionsparteien „dem erschreckenden Anstieg der Kinder- und Jugendkriminalität konsequent begegnen“: „Für kriminelle Heranwachsende (bis 21 Jahre) muß die Verteilung nach dem Erwachsenenstrafrecht wieder der Regelfall werden. Bei Anwendung von Jugendstrafrecht wird eine Anhebung der Höchststrafe von 10 auf 15 Jahre angestrebt.“ (S. 17)

Neben den christlichen Religionslehrern können also auch die Strafvollzugsbeamten unter Unionsherrschaft auf eine sichere Zukunft vertrauen.

Von Achtung der Religionsfreiheit halten die beiden C-Parteien dagegen nicht viel. „Unsere Rechtsordnung schützt auch das religiöse Bekenntnis von Glaubensgemeinschaften, die außerhalb unseres christlich-abendländischen Kulturkreises stehen“, heißt es im Kapitel „Sozialer Zusammenhalt ...“ zu Beginn. Dann: „Das gilt allerdings nur, soweit durch entsprechende Äußerungsformen der öffentliche Friede und die religiösen Gefühle anderer nicht verletzt werden.“ (S. 19) Vermutlich geschah dem orthodoxen Juden, der in religiöser Bekleidung kürzlich durch die Berliner Innenstadt spazierte und dabei von rechten Flegeln beschimpft, angerempelt und dem von Polizisten nicht geholfen wurde, nach Meinung der C-Parteien ganz recht. In Berlin allerdings schlug der Fall Wellen und löste heftige Diskussionen aus, wie weit es mit der Intoleranz in der Stadt und offenbar auch bei der CDU-geführten Polizei schon gekommen sei.

Großdeutschland!

Im Schluß-Kapitel „Deutschlands Verantwortung für Europa und in der Welt“ werden schließlich „Aussiedler und Vertriebene“ besonders begrüßt und gefordert, deutsche Minderheiten müßten „ohne rechtliche Diskriminierung aus der Vergangenheit“ (S. 30, gemeint ist die NS-Vergangenheit) in den Nachbarländern leben können. Am Kurs der „Militarisierung deutscher Außenpolitik“, wie ihre Kritiker von den Unionsparteien wörtlich zitiert werden, wollen beide Parteien festhalten. Sie kündigen an: „Wir werden unsere Soldaten auch strafrechtlich vor Verleumdungen und persönlicher Verunglimpfung schützen. Öffentliche Gelöbnisse werden wir weiter überall in Deutschland durchführen.“ (S. 31)

Zum krönenden Schluß wird dann von Einwanderern verlangt, auch ihre Kleidungs- und Eßgewohnheiten, Religion etc. auf ein dem deutschen Beamten-spießer und seinem Stammtisch akzeptables Niveau umzustellen. „Wer in Deutschland leben will, der muß auch bereit sein, sich in unsere Gesellschafts- und Werteordnung einzufügen, sich unseren Lebensgewohnheiten anzupassen, unsere Rechtsordnung und unsere Verhaltensnormen zu beachten und die tragenden Grundüberzeugungen unseres Gemeinwesens zu respektieren.“ (S. 33)

Wieviele Prozent der Wahlberechtigten den Unionsparteien und ihren braunen Rechtsablegern DVU, Reps u.a. wohl am 27. September für dieses Programm ihre Stimme geben werden? Hoffentlich unter 40 Prozent!

rüf

Quelle: „1998–2002 – Wahlplattform von CDU und CSU“, unterzeichnet von den beiden christlichen Weltbürgern Peter Hintze (CDU) und Bernd R. Protzner (CSU)



IM BAYERISCHEN DOPPELWAHL-KAMPF hat die CSU mit ihrer angebotsorientierten Konzeption Fuß gefaßt, nach der alles von materiell und ordnungspolitisch anreizenden Investitionsbedingungen abhängt. Sie versucht, Ergebnisse sprechen zu lassen: „Arbeitslosigkeit Nds: 11,6%, By: 7,5%. Pro Kopf Verschuldung: Nds 7 153 DM, By: 3 457 DM. Straftaten Nds: 7 383, By: 5 816.“ Das schwache Argument – schließlich zeigt sich die CSU damit als kleineres Übel – fordert die brutalisierte Form. Vermutlich folgen die bayerischen Daten vor allem aus dem großen Volumen der Staatsaufträge (Rüstung) sowie aus anderen Subventionen, also sortenreine Umverteilung. Die SPD, die am ehesten die Mittel hätte, den Schwindel aufzuklären, tut es nicht. Sich gegen gerissene Vorteilsnahme wehren, das könnte Stimmen in der Mitte kosten.

Die Mitte neigt sich zur CSU hin. Umfragen (für die Landtagswahl) sehen die Partei inzwischen wieder auf die 50-Prozent-Marke zusteuern. Man glaubt der CSU, daß angebotsorientierte Politik Wachstum mit steuerlicher Entlastung der – am Einkommen gemessenen – Mitte verbindet, während Schröders Politik belasten würde, und das ohne Wachstum. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* meint, ein Sieg in Bayern könnte die Mobilisierung der im Bund noch unentschlossenen CDU-Wähler bringen.

Kommen die REP in den Landtag? In der CSU wächst der latente Rassismus, und ordnungspolitischen Vorstellungen werden antidemokratisch ausgebaut. Irgendwann wird diese Entwicklung dazu führen, daß sich neben der immer noch von christlich humanistischen Kräften beeinflussten CSU eine entfesselte Rechtspartei aufrichtet. Die Hauptlast des Abwehrkampfes tragen derzeit die Grünen, am Rande hilft auch noch die sehr kleine PDS sowie viele Organisationen, die nicht zu den Wahlen antreten.

Fazit: Im Bayernwahlkampf gelingt es vor allem der SPD nicht, eine überzeugende wirtschaftspolitische Alternative darzustellen. Die Propaganda, die Union sei „verbraucht“ und die Sozialdemokratie „frisch“ paßt nicht zum Erscheinungsbild der Parteien in Bayern. Und – besonders in der berüchtigten Mitte – weiß man von den eigenen Privilegien, und man ahnt, daß Bayern vom Bund bevorzugt wird. „Umverteilung“? Sehr problematisch! Über Alternativen ließe sich eher reden, das zeigen auch Erfahrungen im Wahlkampf, aber breitenwirksam wohl erst, wenn die SPD bereit wäre, sich auf eine Diskussion von Alternativen, und seien es ergänzende, zur Marktwirtschaft einzulassen.

maf



Heftiger Kampf um die Herrschaft im Kongo

Afrikanische Konfliktlösungen?

Das ZDF entschuldigt sich wegen der fürchterlichen Bilder, die es zeigt. So etwas wollte man der deutschen Bevölkerung nicht zumuten. Die Berichte über Erschießungen und Verbrennungen in Kinshasa haben dokumentiert, was gerne verschwiegen werden soll; das Regime von Kabila nützt im Kampf um seine Macht alle Mittel.

Die derzeitige kriegsrische Entwicklung im ehemaligen Zaire hat ihre Vorgeschichte. Die ehemaligen Kolonialmächte Belgien und Frankreich hatten sich ihre Verbündeten herangezogen, dabei ethnische und regionale Unterschiede ausgenutzt und verstärkt. Seit den 60er Jahren, als mit Hilfe des CIA der Soldat Mobutu seine Mütze aus Leopardenfell international vorführte, hat er das Land über mehr als 30 Jahre hinweg in den Abgrund dirigiert und sich seine Milliarden mit Hilfe ausländischer Banken gesichert. Seine Erben werden sich im sicheren Westen nun den Reichtum teilen. Als Kabila vor mehr als einem Jahr mit der Unterstützung von Ruanda und Uganda das Land vom Osten her aufrollte, schien zunächst ein Alptraum beendet zu sein; der Alptraum von Friedhofsruhe und Zerstörung der sozialen Strukturen des Landes.

Kurz nach seiner Ankunft in Kinsha-

sa wurden alle politischen Parteien und Meinungstendenzen des Landes verboten, Kabila versuchte sich seine Macht zu sichern, zunächst mit Hilfe der ruandischen Unterstützungskräfte. Wer in der Mobutu-Zeit irgend etwas getan hatte, wurde ausgeschlossen. Konkrete Konzepte für eine wirtschaftlich-soziale und politische Reformierung waren nicht zu erkennen. Die USA rückten – in der Konkurrenz mit Frankreich – von ihrer früheren Unterstützung für Kabila ab, nachdem erkennbar war, daß dieser sich auch mit China und Kuba in Verbindung setzte.

Offenbar war der Anlaß für die neueste militärische Etappe die Aufforderung von den Kabila-Kräften an die früheren Helfer aus Ruanda, nun das Land zu verlassen. Warum genau diese Aufforderung erging, ist mit widersprüchlichen Informationen verbunden. Als sicher kann gelten, daß die ethnischen Konflikte bis dahin ungelöst blieben, internationa-

le Untersuchungen zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen im Osten des Kongo waren von Kabila torpediert worden. Andere Oppositionskräfte waren nicht erkennbar, ihre Forderungen nach Zulassung politischer Parteien und Wahlen blieben in verbalen Kritiken stecken, sie verfügten über keine „Hausmacht“. Offenbar war der Versuch von Kabila, die regionale kongolesische Ethnie der Banyamulenge auszuschalten, das Signal für den Gegenangriff, dieser führte zum fast erfolgreichen Durchmarsch der Anti-Kabila-Fraktion.

Das Regime geriet schnell in Bedrängnis. Erst die Intervention anderer afrikanischer Länder brachte die Wende. Simbabwe, Namibia und nicht zuletzt – mit starken eigenen Interessen in diesem Konflikt – Angola schickten ihre Soldaten und Waffen in den Krieg im Kongo. Zugleich drohte sich damit die Konfrontation zu internationalisieren, nachdem die Vermittlungsbemühungen von Südafrika, Mozambique, Tansania und Sambia keinen Erfolg gebracht hatten.

Anfang August hatte Amnesty International von massiven Verhaftung in Kinshasa und Tötungen in der östlichen Kivu-Region berichtet. Lokale Statthalter von Kabila hatten die Bevölkerung aufgerufen, gegen die „sinnlosen Abenteuer der Ruander im Kongo“ zu den Waffen zu greifen. Diese Diskriminierungen – vor allem der Ethnie der Tutsi – hatte burundische und ruandische Kräfte provoziert, ihre Landsleute zu schützen.

Die Rebellion hatte darüber hinaus eine neue politische Kraft formiert, die RCD (Sammelbewegung für ein demokratisches Kongo), an der sich ehemalige Regierungsmitglieder beteiligten. Auch der frühere Außenminister von Kinshasa, Karaha, wurde in das Exekutivkomitee berufen.

Sie versicherten, ihre Absicht sei der Sturz der alleinregierenden Kräfte um Kabila, nicht die Verbündung mit anderen ehemaligen Mobutu-Kräften. Dennoch schlossen sie eine Allianz mit ehemaligen Mobutu-Soldaten, die sich in Umerziehungslagern befanden, und fanden vermutlich auch die Unterstützung durch Savimbi-Truppen. Dies war auch der Grund, warum Angola Waffen und Truppen schickte, um ein Erstarken der



UNITA-Kräfte im benachbarten Kongo zu verhindern. Es war auch bekannt geworden, daß ehemalige Mobutu-Generäle, die in Südafrika um Asyl gebeten hatten, mit ruandischen und ugandischen Offiziellen zusammengetroffen waren, um sich in diese Entwicklung einzumischen.

Programme weder der einen Seite noch der neuen Kräfte vom RCD wurden bislang – über bloße Absichtserklärungen hinaus – nicht bekannt. Zu bedenken ist, daß die staatliche Sicherheit der Kabila-Fraktion nicht vorhanden war und ist; erst eine afrikanische Unterstützung verschaffte ihm den nötigen Rückhalt im Westen des Landes. Im Osten des Landes befinden sich RCD-Kräfte im Vorteil, da sie ihrerseits Unterstützung jenseits dortiger Grenzen erfahren.

So wird im gegenwärtigen Stadium eine militärische Lösung keine sichere Zukunft bringen; regionale Kontrollmechanismen mit Beteiligung der jeweiligen Bevölkerungen sind ebenso notwendig wie eine Kooperation auf afrikanischer Ebene. Hierzu müßte die nunmehr getretene Kabila-Fraktion bekannt geben, welche tatsächlichen politischen Schritte sie einleiten will, um eine demokratische und wirtschaftlich-soziale Struktur sie für den Kongo umsetzen will.

In dem Jahr ihrer Herrschaft hat sie dazu bislang keine konkreten Initiativen unternommen.

(mc, Fotos: Özgür Politika, 29.8.98)

Kuba

Sechs Monate nach dem Papstbesuch

Sechs Monate nach dem Besuch des Papstes wird sein Satz „die Welt soll sich Kuba öffnen“ genauer. Mehrere Präsidenten, Premierminister aus allen Kontinenten haben das Land besucht. Bezüglich der anderen Seite – die Öffnung Kubas gegenüber der Welt – ist die Einschätzung schwieriger.

Während führende Politiker z.B. aus Frankreich, Kanada, Kolumbien, Mali und der Republik Kongo Kuba besuchten, reiste Castro in die Karibik, um in Jamaica und Barbados Denkmäler zu enthüllen, die die Regierungen den Opfern der US-Politik gegen Kuba widmeten. Die Karibikstaaten demonstrierten so Solidarität für Kuba.

Die Beziehungen zwischen Kuba und der Europäischen Union sind widersprüchlicher. Knackpunkt ist das Verhalten des Ministerrates EU gegenüber dem Helms-Burton-Gesetz. Kubas Außenmi-

nister Roberto Robaina äußerte sich zuversichtlich. Die Union werde bei ihrer Ablehnung des Helms-Burton-Gesetzes bleiben, weiter Investitionen auf der Insel fördern und alles tun, um den Freihandel und die Investitionsfreiheit zu schützen.

Wirtschaftliche Schwierigkeiten

Die wirtschaftliche Situation ist weniger erfolgreich. 1998 hatte Kuba die schlechteste Zuckerrohrernte seiner Geschichte und es ist bekannt, daß das Wachstum des Inlandsproduktes von 2,5 Prozent im letzten Jahr heute nicht erreicht wird.

Die verstärkte Zentralisierung beim Einkauf von Gütern für den Tourismussektor, die nun eingeführt werden soll, wird viele unabhängige Firmen auf der Insel bedrohen. Sie könnten durch staatliche Unternehmen verdrängt werden. 1998 hat sich die Zahl der Anträge von Handelsfirmen auf die Zulassung in Kuba oder auf die Gründung eines Joint Ventures nicht erhöht.

Die kubanische Bevölkerung lebt in der Unsicherheit, wie angesichts der Preissteigerungen und wachsenden Mangels der Lebensstandard erhalten wird. Immer weniger Produkte des Grundwarenkorbs sind subventioniert. Die auf dem freien Markt angebotenen landwirtschaftlichen Güter weisen für Staatsangestellte unerschwinglich hohe Preise auf. Castro benannte in einer Rede vor der Vereinigungen der Landwirtschaftskoperativen die Lage so: „Das hier ist nicht nur ein Kampf um Lebensmittel, sondern auch ein politischer, ein ideologischer Kampf.“ Tatsache ist, daß die kubanische Revolution die Errungenschaften der ersten 15 Jahre aufrecht erhält, so gut es eben geht. Aber heute erwartet die jetzige Generation mehr, als ihr die sozialistische Regierung in der Situation bieten kann.

Das ist ein Grund, warum viele Menschen in die USA ausreisen wollen. Bei der Verlosung von 5 000 der 20 000 Visa, die von der Supermacht jährlich bewilligt werden, wuchsen die antragstellenden Fachkräfte besonders an. Sie wünschen eine bessere Entlohnung und einen höheren sozialen Status. Ein für Kuba praktisch unlösbares Problem.

Die US-Regierung versucht, die „Flucht des Wissens“ gezielt zu stimulieren.

Andererseits sind sich die kubanischen Behörden der Lage bewußt und wollen angemessene Bedingungen auf der Insel schaffen.

Eine der Forderungen, die während der letzten Sitzungsperiode des Parlamentes Gehör fand, kam von dem Gewerkschaftsführer Leonel Gonzalez. Man müsse überlegen, wie man das menschliche Fachwissen schützen und fördern könne.

Immerhin leisteten diese Menschen einen besonderen Beitrag für die kubanische Gesellschaft. (...)

Maréa Elena Gil (alai-Poonal, gek.)

Schweiz – Chile

Ein Jahr in Auslieferungshaft in Bern

Seit einem Jahr muß der chilenische Flüchtling Patricio Ortiz in der Schweiz in Auslieferungshaft ausharren. Die chilenische Regierung hat von Bern verlangt, ihn wegen „terroristischer Aktivitäten“ auszuliefern. Bern hat sich bislang dazu offiziell nicht geäußert.

Im September 1997 wird Patricio Ortiz in die Auslieferungshaft ins Flughafengefängnis Kloten gesteckt. Von dort aus beantragt er die Anerkennung politischen Asyls in der Schweiz. Seither kümmert sich ein Komitee um seine Freilassung. Im Rahmen ihrer Untersuchungen sind inzwischen einige Hintergründe bekannt geworden.

Patricio Ortiz, Mitarbeiter in der FPMR (Patriotische Front Manuel Rodriguez), war im Februar 1991 in Chile verhaftet und sofort schwer gefoltert worden. Aus einem Bericht der Klinik in Santiago ergibt sich, daß sein Gesicht durch Schläge entstellte war, Blutergüsse, Rißquetschungen, zerschlagene Lippen und anderes deuteten auf Mißhandlungen bei der Verhaftung durch die Militärpolizei hin. Weitere Wunden fanden sich am gesamten Körper, u.a. stellten die Ärzte einen Verdacht auf möglichen Schädelbruch und Verbrennungen fest.

1992 versuchte er mit einigen anderen zum ersten Mal zu fliehen. Sein Bruder und zwei andere Gefangene wurden dabei erschossen, er selbst wurde angeschossen. Er blieb sechs Jahre im Hochsicherheitsstrakt CAS in Santiago de Chile. In dieser Zeit wurde er von einem Militärgericht zu 10 Jahren verurteilt, weil er einen Carabinero erschossen haben sollte. Am 30. Dezember 1996 gelang ihm zusammen mit drei weiteren die Flucht aus dem Hochsicherheitsgefängnis. Ein Hubschrauber war organisiert worden, um sie rauszuholen.

Die Frage der Auslieferung ist auch in der Schweiz zu einem Politikum geworden. Einerseits muß die chilenische Regierung daran interessiert sein, das Bild einer Rückkehr zur Demokratie nach mehr als 20 Jahren der Militärdiktatur zu zeichnen, also Garantien dafür zu bieten, daß nunmehr rechtmäßige Zustände in ihrem Land existieren. Andererseits weiß jeder, daß die Militärs faktisch nach wie vor die Kontrolle über die Polizei und das öffentliche Leben haben und brennend daran interessiert sind, die Hintergründe der Flucht mit dem Hubschrauber – organisiert von der FPMR – herauszufinden und wie es P. Ortiz gelang, in die Schweiz

zu fliehen. Hierzu werden sie – nach evtl. erfolgter Auslieferung – ihn sofort wieder foltern, um die Informationen zu bekommen.

Die USA hatten in ihrem Bericht zur Situation der Menschenrechte in Chile (Jan. 1998) Folttervorwürfe gegen die chilenischen Militärs bestätigt und das Unvermögen der Regierung, dagegen Untersuchungen einzuleiten. Für 1997 gab es allein 400 Klagen wegen Verletzungen der Menschenrechte innerhalb Chiles!

Andererseits war Chile Tagungsort des letzten Panamericana-Gipfels im April 1998, von der *Neuen Zürcher Zeitung* als „höchst willkommene internationale Anerkennung seiner wiedererstandenen Demokratie“ interpretiert; „unverkennbar ist überall der Wille, den politischen Modernisierungsprozeß weiterzuführen und die wirtschaftlichen Reformen durchzusetzen.“

Für die Schweiz stehen die traditionell „guten“ Beziehungen zu Chile auf dem Prüfstand. 25 Jahre Militärherrschaft, das heißt fette Gewinne für die Multis wie Nestlé, ABB, Schmidheiny und einige Waffenfirmen (SIG, MOWAG).

1995 zum Beispiel investierten die Brüder Schmidheiny 139 Millionen US-Dollar in eine Papierfabrik (d.h. Holzrodung), im folgenden Jahr konnten sie davon schon 69 Millionen US-Dollar als Gewinn einfahren.

Nestlé hatte zur Zeit von Allende seinen Anteil daran, daß an Kinder unter 15 Jahren keine Milch ausgegeben werden konnten. Der (fast) Monopolkonzern verweigerte jegliche Verhandlungen – damit hätte dem Proteinmangel abgeholfen werden können.

Wie man hört, ist das Außenministerium in Bern gegen eine Auslieferung, das Innendepartement jedoch – aus Gründen der Staatsräson und um die Asylzahlen niedrig zu halten – für eine Auslieferung. In den politischen Parteien, insbesondere der SP, sind die Diskussionen dazu noch nicht abgeschlossen.

Hier hätte die Sozialdemokratie noch eine Chance, ihre Kritik an der chilenischen Militärdiktatur aus der Zeit der 70er Jahre zu bestätigen. Wenngleich die Kritik der Schweiz nicht besonders lange anhielt; schon 1974 führte sie die Visumpflicht für chilenische Flüchtlinge ein.

Zu erwägen ist in diesem Zusammenhang allerdings auch, daß die Schweiz durch die internationale Kritik an ihrer Kollaboration mit dem Nazi-Regime stark in Bedrängnis geraten ist und einige Punkte gewinnen müßte, um wieder in ein besseres Licht zu geraten.

Inzwischen hat sich auch Amnesty International in einem internen Papier unter Bezugnahme auf Artikel 7 der Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen gegen die Auslieferung ausgesprochen.

Regierungen sollten Individuen nicht der Gefahr der Folter etc. aussetzen, auch im Fall der Auslieferung oder Abschie-

bung. „Dies basiert auf einer beträchtlichen Anzahl von Beschwerden, die unsere Organisation erhalten hat in Fällen, in denen Verhaftete während der Inhaftierung durch die chilenische Polizei gefoltert und mißhandelt wurden“, so amnesty wörtlich.

Bislang kann niemand sagen, wann mit einer Entscheidung zu rechnen ist. Besonders pervers ist die Argumentation der chilenischen Frey-Regierung, die Schweiz möge der „demokratischen Entwicklung in Chile“ insoweit behilflich sein, daß sie mit einer Auslieferung die demokratischen Institutionen ihres Landes dem chilenischen Militär gegenüber den Beweis antreten könne, sie selbst seien imstande, derartige Probleme zu „regulieren“, das Militär sei dazu nicht erforderlich. (mc)

Kolumbien

Die Guerilla ist weiter in der Offensive

Die bevorstehenden Friedensgespräche in Kolumbien werden von Kämpfen und immer mehr Flüchtlingen im Landesinneren schwer belastet.

Im Nordwesten des Landes ist es seit zwei Wochen erneut zu verlustreichen Auseinandersetzungen zwischen Armee und Guerilleros gekommen. Knapp 200 Soldaten gerieten nahe der Ortschaft Pavarando in einen Hinterhalt der „Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens“ (FARC).

Bei den Gefechten kamen mindestens 90 Angehörige beider Seiten ums Leben. (...)

Die schwierige Situation in der Region wird durch mehrere tausend Flüchtlinge verschärft. Vor allem Bauernfamilien sind in den vergangenen Wochen auf der Flucht aus den umliegenden Wäldern nach Pavarando gekommen.

Nach Ansicht der Regierungs-Organisation „Beratungsstelle für Vertriebene“ (CODHES) ist die Vertreibung der Landbevölkerung eine „Waffe, um dem Feind das Wasser abzugraben“.

Etwa zwei Drittel der Übergriffe, so die Menschenrechtler, gingen auf das Konto der rechtsgerichteten Todesschwadronen. Diese stehen in Kontakt zu den Militärs – die Verbindungen reichen bis zum CIA:

Nach Angaben der *Washington Post* stand der wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen unter Druck geratene Heeresinspekteur Ramírez Quintero bis 1995 auf der Gehaltsliste des US-Ge-

heimdienstes CIA. Bis vor kurzem noch die Nummer 3 der kolumbianischen Armee, war ihm wegen seiner Verbindungen zu den Paramilitärs im Mai dieses Jahres das Einreisevisum für die USA entzogen worden.

Der Zeitung zufolge unterhält Ramírez beste Beziehungen zu Carlos Castaño, einem der größten Drogenhändler Kolumbiens, dessen paramilitärische Gruppen für mehr als 100 Mörder allein 1997 verantwortlich sind. Ramírez hatte 1983 in den USA eine Geheimdienstausbildung erhalten und war 1986 zum Chef der XX. Brigade ernannt worden.

Dies war eine Geheimdiensteinheit, die im Mai 1998 nach dem Mord an dem renommierten Gewerkschafts- und Menschenrechtsanwalt Eduardo Umaña aufgelöst wurde.

Dem CIA waren die Verbindungen von Ramírez zu den Todesschwadronen nach Aussagen von US-Offizieren bekannt. Sie bauten den Kontakt zu dem General jedoch aus, als 1991 der Kokain-Baron Pablo Escobar aus dem Gefängnis von Medellín ausbrach.

Ramírez, der wie Carlos Castaño gute Verbindungen zum Cali-Kartell unterhält, galt als natürlicher Verbündeter im Kampf gegen Escobar.

Unabhängig von den Vorwürfen gegen den Ex-Heeresinspekteur sind Ermittlungsverfahren gegen andere Militärs wegen mehrerer Massaker eingeleitet worden.

Der Bürgerkrieg hat allein 1997 über 6 000 Opfer gefordert. Rund eine Million Kolumbianer wurden aus ihren Heimatorten vertrieben. Seit Wochen campieren sie in den größeren Städten des Landes und in der Hauptstadt Bogota.

Besonders betroffen ist die Stadt Barrancabermeja im Norden, wo sich Tausende Flüchtlinge aus den Provinzen Antioquia, Bolivar, Cesar und Santander in den Slums am Stadtrand sammeln. Hier wurden die Flüchtlinge immer wieder Opfer blutiger Überfälle der Paramilitärs, die sie beschuldigen, die Guerillagruppen zu unterstützen.

Bei diesen Angriffen sind bereits 80 Menschen ums Leben gekommen. Kirchen, Schulen und andere Einrichtungen in Barrancabermeja sind überfüllt von Flüchtlingen, die in die Stadt drängen.

Präsident Pastrana hatte bei seinem Amtsantritt im August die Beendigung des Krieges zum Hauptziel erklärt und direkte Verhandlungen mit den Guerillaorganisationen angekündigt.

Während die Rebellen derzeit versuchen, mit einer militärischen Offensive ihre Position zu stärken, ernannte Pastrana einen Beauftragten für die Friedensgespräche und bildete – als Reaktion auf die schweren Verluste der Armee Anfang August – die gesamte Militärspitze um. Der Forderung nach einem Abzug der Soldaten aus einigen umkämpften Regionen wolle er nachzukommen.

Edson del Valle, Bogota (poonal; gek.)



Istanbul – Polizei gegen Demonstration. Parallel zu den Ankündigungen des PKK-Generalsekretärs Öcalan für einen erneuten Waffenstillstand der ARGK, auf den die türkische Regierung mit den üblichen banalen Erklärungen antwortete („Wir kennen keine Kurden“), ging die Polizei in Istanbul gegen die seit längerem stattfindende Demonstration gegen das Verschwindenlassen diesmal mit erhöhter Gewalt vor. Die unter dem Begriff „Samstagsmütter“ demonstrierenden Angehörigen der politischen Gefangenen und Verschwundenen, die im Juni dieses Jahres auch eine Rundreise durch Deutschland unternommen hatten, wurden von den Polizisten und Spezialeinheiten weggeprügelt und festgenommen. (Bild: Özgür Politika, 30.8.98)

Gefängnismorde im Irak

Nach Informationsquellen der – im Exil in London sitzenden – Kommunistischen Partei innerhalb des Irak hat die irakische Regierung weitere 62 Menschen in dem berüchtigten Gefängnis von Abu Ghraib getötet. Die neue Welle, die ihren Höhepunkt am 28. Juni erreichte, betraf Häftlinge, die der Teilnahme am Volksaufstand im März 1991 beschuldigt worden waren. Sie waren mehrere Jahre im Mosul Gefängnis unter extremen Bedingungen eingekerkert. Diese Informationen erklären, daß die Opfer etwa drei Monate vor den Exekutionen in Todeszellen des Abu Ghraib-Gefängnis in der Nähe von Bagdad gebracht wurden. Ihr Gesundheitszustand war miserabel. Die Leichname, die in Ambulanzwagen des Gefängnisses in das al-Kindz-Krankenhaus zur Feststellung des Todes gebracht wurden, wurden nicht den Familien überstellt. Statt dessen wurden sie den Sicherheitsbehörden von Abu Ghraib übergeben, die sie in Massengräber begruben. Unter dem Stichwort „Gefängnisaußerbekämpfungskampagne“ kamen bis jetzt etwa 2 000 politische Gefangene ums Leben.

Schweiz: Zionismus-Gegentagung

100 Jahre nach der Gründung der zionistischen Bewegung in der Schweiz, 50 Jahre nach der Gründung Israels, fünf Jahre nach der sog. Autonomie-Verwaltung in den nach wie vor besetzten Gebieten Palästinas wurde in Basel ein Gegenkongreß organisiert. Die Beiträge der

Veranstaltung sind nun als Buch erschienen: „Befreiung oder Unterdrückung – Beiträge der Gegenteilung zum Herzl-Jubiläum“. Den AutorInnen gemeinsam ist die Überzeugung, daß eine dauerhafte und gerechte Lösung für Palästina nur möglich ist, wenn der Zionismus als Staatsideologie überwunden wird, um ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller ungeachtet ihrer ethnischen, religiösen oder sonstigen Zugehörigkeit möglich ist. Bestellung für DM 22 bei: Gegenteilung, Postfach 430, CH- 4013 Basel

Brasilien: Kirche fordert eine Ende des Klientelismo

Die kirchliche Kommission „Justizia y Paz“ will die Wahlkorruption im Land beendet sehen. Immer wieder werden Beweise bekannt, daß WählerInnen-Stimmen gekauft werden. Im Oktober wird in Brasilien gewählt, der bisherige Präsident Cardoso, einst ein Theoretiker der „Independencia“, möchte wiedergewählt werden. Auf diese Art und Weise könnte ein Stimmenreservoir durch finanzielle Begünstigungen aktiviert werden, ist die Befürchtung der Kirche.

Mexiko, 30 Jahre später

Auch in Mexiko fand eine Revolte der 68er Jahre statt. Anders als in westlichen Medien wurde diese jedoch bestenfalls dort erwähnt, wo es – im Vorfeld der Olympiade 1968 – zu einem fürchterli-

chen Massaker kam. An die Ereignisse von „Tlatelolco“ wird nun in Demonstrationen und Kundgebungen erinnert. Dabei geht es nicht nur um die historischen Ereignisse, auch die neue Repression und Manipulation durch die Regierung steht auf dem Programm, insbesondere in den Provinzen Chiapas, Guerrero und Oaxaca.

Paca Ignacio Taibo hat unter dem Titel „1968 – Gerufene Helden– Ein Handbuch zur Eroberung der Macht“ an diese Ereignisse erinnert (Verlag Libertäre Assoziation, 160 Seiten, DM 24,-)

Uruguay: 1994–1998

Einige Hundert Menschen beteiligten sich an einer Demonstration zur Erinnerung an die Ereignisse des 24. August 1994. An diesem Tag war es zu einer von linken Gewerkschaften organisierten Kundgebung gegen die Auslieferung dreier baskischer Militanter nach Spanien gekommen. Diese hatte in Uruguay um Asyl nachgesucht. Im Zuge dieser damaligen Versuche, die Auslieferung nach Spanien zu verhindern, hatte die Regierung in Montevideo u.a. das Radio CX 44 geschlossen. Fernando Morroni war bei den Protesten erschossen worden. Die dafür Verantwortlichen blieben bis heute straffrei.

Doch noch Verhandlungen wegen Wasserkraftwerk


In der im Süden Chiles gelegenen Stadt Los Angeles begannen Verhandlungen zwischen Vertretern der Mapuches und der Regierung über den Bau des Wasserkraftwerkes Ralco. Beteiligt sind Familien, die das Angebot der Konstruktionsfirma von Alternativgrundstücken ablehnen, wie solche, die einem solchen Tauschhandel zustimmen und bereit sind, ihr Territorium zu verlassen. Das Treffen findet in einer gespannten Atmosphäre statt. Verschärfend wirkt, daß die Regierung keine Namen für die Leitung der Vereinigung für Indígena-Entwicklung (Conadi) vorweisen kann. Niemand möchte die Verantwortung übernehmen, an der Spitze der Conadi die Haltung der Regierung zu verteidigen, die zum Schaden der Indígena-Rechte für den Bau des Wasserkraftwerks ist.

Gleichzeitig kam eine Abordnung der Mapuches aus der Hauptstadt Santiago in die Stadt Valparaíso, wo das chilenische Parlament tagt. Die Indígenas marschierten zwei Tage, um mit den Abgeordneten zu sprechen, die in der Menschenrechtskommission des Parlamentes sitzen. Auf ihrem Weg erhielten sie zahlreiche Solidaritätsbekundungen. Die Verhandlungsposition der Regierung scheint damit nicht unanfechtbar. Nicht nur ein großer Teil der Bevölkerung lehnt den Bau von Ralco ab, auch in der Regierungskoalition selbst und von der Opposition gibt es Kritik an dem Projekt. (re-cosur-Poonal)

Mit Postwurfsendungen an Jungwähler gehen nun auch die „Republikaner“ auf Stimmenfang. Inhalt: Ein persönlich gehaltenes Schreiben, kombiniert mit der Kurzfassung des Programms und einem Aufkleber „Mucken statt ducken!“ Mit dem Vermerk: „Annahme verweigert. Zurück an den Absender!“ kann solch unerwünscht Post zurückbefördert werden. In einer gemeinsamen Erklärung haben sich die Postgewerkschaft und die Deutsche Post gegen Fremdenhaß ausgesprochen. aus Antifaschistische Nachrichten

**RE
DIE REPUBLIKANER**


Bundesverband, Postfach 416765, 53117 Berlin



Wahljahr 1998: „Wir gehen wählen!“

Hallo
keine Lehre, kein Job, Zoff mit Ausländern, Drogendealer und kriminelle Gangs an den Schulen – soll das ewig so weitergehen?

Wir, junge Deutsche, die nicht nur nachdenken, sondern auch verändern wollen, sagen nein. Deshalb gehen wir wählen. Und deshalb haben wir uns für DIE REPUBLIKANER entschieden. Dort gibt es statt Sprücheklopfen klare Vorstellungen und ehrliche Antworten.



Nicole:
Nur 6 Prozent der Stimmen für DIE REPUBLIKANER verändern in unserer Republik mehr als alle Wähleränderungen unter den Altparteien. Daß das Asylgesetz geändert wurde, verdanken wir auch dem Druck aus der Bevölkerung und der Abkehr der Wähler von den großen Parteien.

Schadenersatz unverzichtbar

KÖLN. Während die deutsche Industrie die von ihr versklavten Arbeiter mit der Einrichtung humanitärer Hilfsfonds abspeisen will, besteht der Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte auf Zahlung von Schadenersatz in relevanter Höhe.

In Kooperation mit Verfolgtenverbänden im In- und Ausland sowie Rechtsanwälten in Deutschland und den Vereinigten Staaten hat der Bundesverband seit Jahren Ansprüche von Sklavenarbeiterinnen und Sklavenarbeitern gegenüber Industrie und Regierung unterstützt. Eine erste Sammelklage von Sklavenarbeitern gegen die Ford Werke Köln und die Ford Motor Company wurde – leider von der deutschen Öffentlichkeit nur wenig beachtet – bereits im Februar dieses Jahres durch die mit dem Bundesverband kooperierenden Anwaltskanzleien Melvyn Weiss (New York) und Michael Hausfeld (Washington) eingereicht. Am 28. September wird der District Court of New Jersey in einer mündlichen Verhandlung über die Zulassung dieser ersten Klage gegen ein von der NS-Sklavenarbeit profitierendes Unternehmen entscheiden.

Hausfeld und Weiss haben am 31.8. ebenfalls in New Jersey, eine Klage gegen die Volkswagenwerke eingereicht. Klagen gegen weitere deutsche Industrieunternehmen mit Filialen in den Vereinigten Staaten folgen sukzessive.

Verbrechen gegen die Menschlichkeit dürfen und werden sich nicht auszahlen. Der Bundesverband hat deshalb ein Konzept zur Durchsetzung der Forderungen aller SklavenarbeiterInnen unter dem NS-Regime erarbeitet. Unsere Kampagne „Gerechtigkeit für die Überlebenden der NS-Sklavenarbeit“ besteht aus folgenden Elementen:

- Klagen wegen ungerechtfertigter Bereicherung gegen die Bundesrepublik Deutschland für diejenigen SklavenarbeiterInnen, die von der SS gegen Zahlung einer Tagesgebühr an Firmen 'verschachert' wurden.

- Sammelklagen gegen große, von der Sklavenarbeit profitierende Industrieunternehmen mit geschäftlichen Interessen in den Vereinigten Staaten.

- Klagen gegen profitierende Unternehmen ohne Weltmarktbedeutung vor deutschen Gerichten.

- Politische Lobbyarbeit zur Einrichtung einer Bundesstiftung für diejenigen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die Schadenersatzansprüche nur mit großem Aufwand oder gar nicht durchsetzen können.

Besonders wichtig ist uns, daß die große Mehrheit der überlebenden Sklavenarbeiter und Sklavenarbeiterinnen in allen Verfahren angemessen vertreten ist. Diese lebt bis heute in Mittel- und Osteuropa. Deshalb arbeiten wir eng mit Organisationen in den Herkunftsländern zusammen.

Wir warnen alle Überlebenden davor, sich ohne seriösen Rechtsbeistand auf Almosen oder Abfindungszahlungen einzulassen. Auch sollte niemand Vereinbarungen mit unseriösen Rechtsanwaltskanzleien gegen hohe Erfolgshonorare treffen.

Einige Kanzleien beschränken sich zur Zeit darauf auf, öffentlichkeitswirksam immer neue, jedoch meist mangelhaft vorbereitete Klagen anzukündigen. Diese Klagen werden bei ernsthaftem Widerstand der beklagten Firmen scheitern. Die Ansprüche der Überlebenden der NS-Sklavenarbeit wären so für immer erledigt.

*Lothar Evers,
Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte e.V.*

Runder Tisch fordert Bevölkerung auf, fremdenfeindliche Äußerungen zu melden

KÖLN. Am 11. August befaßte sich der Runde Tisch für Ausländerfreundlichkeit erneut mit dem Fairnessabkommen, daß SPD, Grüne, FDP und die PDS unterzeichnet hatten. Nur die CDU hatte abgelehnt, mit dem Vorwand: PDS. Der Fraktionsvorsitzende Blöcher wollte seinen Standpunkt vor dem Runden Tisch noch einmal erläutern, unter der Bedingung, daß die PDS nicht anwesend sei. Dann kam er aber doch nicht. Hatte er gehaut, daß auch die PDS erscheinen würde? Kurzum, die CDU hatte sich einerseits lächerlich gemacht, aber auf der anderen Seite den Bedingungen des Fairnessabkommens entzogen.

Das bestimmte dann auch die Diskussion des Runden Tisches. Die Teilnehmer waren sich darin einig, daß die CDU natürlich auch weiterhin beobachtet wird, auch wenn sie nicht das Abkommen unterschrieben habe. Frau Focke (unter Schmidt, Ausländerbeauftragte) wies darauf hin, daß CDU/CSU, FDP und SPD mit ihren bundesweiten Aussagen über die sogenannte „Kriminalität der Ausländer“ faktisch bereits gegen das Fairnessabkommen verstoßen.

Zum unabhängigen Schiedsmann bestellte der Runde Tisch den Superintendent Eckard Schubert. In einem Aufruf erklärte der Runde Tisch für Ausländerfreundlichkeit: „Die Mitglieder des „Runden Tisches“ haben sich dazu entschlossen, Wahlveranstaltungen aller Parteien zu besuchen und Äußerungen der KandidatInnen/PolitikerInnen auf Veranstaltungen oder in den Medien im Hinblick auf die Einhaltung der Vereinbarung aufmerksam zu beobachten.“ Das Fairnessabkommen ist ein kleiner Erfolg und soll reaktionäre und rassistische Hetze isolieren. jöd

Passauer wollen keine DVU

PASSAU. „Wir werden mit einer Blockade der Nibelungenhalle die Geschichte der DVU-Veranstaltungen in Passau beenden.“ – Das kündigen die Initiatoren der Passauer Aktion Zivilcourage (PAZ) für den 26. September an. Dann will sich die rechtsextreme Deutsche Volksunion zum nunmehr 17. Mal zu ihrer alljährlichen Großveranstaltung in Passau treffen.

In den letzten Jahren war der Protest gegen die faschistische Jubelveranstaltung des Münchner Millionärs Gerhard Frey mit mehreren Tausend Teilnehmern aus ganz Deutschland und dem deutschsprachigen Ausland immer kleiner geworden. Zuletzt hatten nur noch wenige hundert Autonome und Mitglieder der Antifaschistischen Aktion Passau protestiert. Mit dem „2. Aufruf zum Eingreifen“ protestiert die PAZ auch gegen die Kriminalisierung von Antifaschisten in Passau. Gegen zwei Mitinitiatoren der PAZ wird seit längerem wegen „Aufrufs zu Straftaten“ und „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ ermittelt. An ihnen soll willkürlich ein Exempel statuiert werden, um potentielle Unterstützer weiterer Aktionen abzuschrecken, so Rechtsanwältin Eleonore Stern von der PAZ. Im Mai wurden schließlich bundesweit Wohnungen von 28 Antifaschisten aus Passau wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ durchsucht. Sie seien Angehörige oder ehemalige Angehörige des „antifaschistischen Spektrums Passau“, so der Vorwurf. Um die DVU zu stoppen und aus Protest gegen die Kriminalisierung von Antifaschisten ruft die PAZ dazu auf, am 26. September ab acht Uhr morgens gewaltfrei die Nibelungenhalle zu blockieren.

*Nick Brauns
PAZ c/o Eleonore Stern, Unterer Sand 15,
94031 Passau. Tel. 0851/31140 Fax 2950*

Gelöbnis in Polizeifestung

KIEL. „Demonstrationen, Ausschreitungen oder gar militante Störaktionen würden das positive Image der Landeshauptstadt beschädigen“, warnte der Kreisvorstand der Kieler SPD vorsorglich alle, die derlei gegen das am 18.8. auf dem Kieler Rathausplatz durchgeführte Öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr planten. „Der Staatsbürger in Uniform kann auf unseren Respekt zählen“, hieß es am Schluß des vorausseilenden „Gelöbnisses“ der Kieler SPD.

Vorausgegangen war dieser Ablehnung jeglichen Widerstandes gegen Rühes Promo-Veranstaltung, selbst des Grundrechts auf Demonstrationsfreiheit, ein wochenlanger Streit. Den hatten die Ratsfraktionen der CDU und der Stadt-Union Kiel (SUK) losgetreten. Vom Oberbürgermeister Norbert Gansel (SPD) verlangten sie eine Bewerbung für ein Gelöbnis bei der Hardthöhe. Zwar gibt es in Kiel gar keine vereidigten Rekruten, die wurden knapp 400 Mann stark aus dem nahen Eckernförde angekarrt. Aber die Stadt kämpft beharrlich um ihren Erhalt als Marinestandort, wofür ein Gelöbnis als geeignete Werbemaßnahme erschien.

Kieler SPD – Der Wandel zur Militärpartei

Vor der Wahl des langjährigen Bundestagsabgeordneten Norbert Gansel zum Oberbürgermeister im Mai 1997 und dem fast vollständigen Austausch der SPD-Fraktion nach der Kommunalwahl im März '98 war derlei in Kiel undenkbar. Kiel, das als „Reichskriegshafen“ und wesentlicher Standort des Kriegsschiffbaus besonders stark vom Bombenkrieg der 40er Jahre betroffen war, wurde vom ersten Nachkriegsbürgermeister Andreas Gayk (SPD) zur „Friedenswerkstatt“ erklärt. Die frühere Stadtpräsidentin Silke Reyer (SPD) rief neben einer Städtepartnerschaft mit Hiroshima auch einen Arbeitskreis ins Leben, welcher der örtlichen Friedensbewegung nicht nur personell nahe stand und Kiel zur „atomwaffenfreien Zone“ proklamierte. Doch mit Gansel, der als Reserveoffizier aus seiner Sympathie zur Marine keinen Hehl macht, und der neuen SPD-Fraktion weht in Kiel ein anderer Wind. Im Juni, kurz vor der Kieler Woche, zu der regelmäßig ganze Flotten von Kriegsschiffen befreundeter Seestreitkräfte in die Förde einlaufen, wurde auf Gansels Betreiben ein neues Hafenbecken als „Germania-Hafen“ benannt. Gansel sah in dem Namen eine Erinnerung an die Krupp'sche Germania-Werft, die bis 1945 am selben Ort Kriegsschiffe gebaut hatte. Zum 40. Geburtstag des in Kiel stationierten Segelschulschiffs „Gorch Fock“ wurde man deutlicher. Minister Rühe überbrachte nicht nur Glückwünsche, sondern ein lange er-

sehntes und von Gansel als Chefsache herbei verhandeltes Geschenk: die Stationierung eines der vier neuen Einsatzgruppenversorger (EGV) der Bundesmarine. Die EGV sollen als „Plattform für Versorgungs-, Führungs- und Sanitätsaufgaben“ die schnellen Einsatzkräfte der Bundeswehr bis zu 45 Tage logistisch unterstützen. Sie sind damit Teil des in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ von 1992 formulierten neuen Ziels der Bundeswehr, deutsche Interessen in aller Welt auch mit Waffengewalt durchzusetzen. Daß Gansel und die Kieler SPD nach diesem Erfolg den Wunsch der CDU nach einem Öffentlichen Gelöbnis in Kiel unterstützten, ist da nur logisch.

Anachronistisches Abfeiern der „Wehrfreiheit“

Die letzte ähnliche Veranstaltung, ein „Großer Zapfenstreich“, hatte dort im März 1936 stattgefunden, zum ersten Jahrestag der „Wiedererlangung der Deutschen Wehrfreiheit“. Mit solchen „militärischen Weihe-Handlungen“ und „pseudoreligiösen Kulthandlungen“ stelle sich die Bundeswehr in die anti-demokratische Tradition des preußischen Militarismus und der Nazi-Wehrmacht, kritisierten die GegnerInnen des Gelöbnisses, die sich in einem Bündnis „GelöbNIX – kein Gelöbnis in Kiel und anderswo“ organisiert hatten. Bei einer Podiumsdiskussion im Kieler Gewerkschaftshaus sah Nadja Kleinhof, Vorsitzende des Zusammenarbeitsausschusses der Friedensbewegung in Schleswig-Holstein, in der „Serie von Gelöbnissen in Schleswig-Holstein im Wahljahr“ auch eine „Provokation der rot-grünen Landesregierung“. Das Verteidigungsministerium habe bewußt an der Landesregierung vorbei Kommunen angesprochen, in ihren Mauern Gelöbnisse abzufeiern – und in Kiel damit Erfolg gehabt.

Friedensbewegung uneinig

Auf Rühes Provokation zu antworten fällt – zumindest in Kiel – aber auch der Friedensbewegung schwer. Zu heterogen sind inzwischen auch hier die Positionen. Nicht einmal das Postulat „Bundeswehr abschaffen!“ findet hier noch einen durchgängigen Konsens. In der Vorbereitungsphase des GelöbNIX-Protestes ließen sich selbst die Kieler Grünen nicht auf eine eindeutige Ablehnung von Auslandseinsätzen und die Abschaffung der Bundeswehr festnageln. Ebenso spaltete die „Gewaltfrage“ das Bündnis. Vor allem christliche Friedensgruppen sehen bereits im Einsatz einer Trillerpfeife einen Gewaltakt und mochten sich dem aus autonomen Kreisen in den Protest eingebrachten Motto „Wir stören gern!“ nicht anschließen.

Gelöbnis militant durchgezogen

Hundertschaften von Polizei, BGS und Feldjägern hatten dann am 18.8. das Gebiet um den Rathausplatz weiträumig abgeriegelt. Noch vor dem Ertönen der ersten Trillerpfeifen hatten die Gelöbnis-GegnerInnen damit schon einen kleinen Erfolg errungen: Das Gelöbnis war nicht mehr oder nur noch sehr eingeschränkt öffentlich. Denn die Sicherheitskräfte ließen neben den geladenen Gästen Personen nur vereinzelt und nach willkürlicher Taschen- und Gesichtskontrolle auf den Rathausplatz. Hundert Meter entfernt fand auf dem Asmus-Bremer-Platz die Gegenkundgebung mit etwa 500 TeilnehmerInnen statt. Die Hauptrednerin Angelika Beer (verteidigungspolitische Sprecherin von B 90/Grüne) warf der Stadt vor, sich geradezu „darum gerissen zu haben, das Gelöbnis nach Kiel zu holen“. Ruhe versuche, Gelöbnisse zu einem „Ja zur Wehrpflicht und zu weltweiten Kampfeinsätzen der Bundeswehr“ umzufunktionieren und „die BürgerInnen auf einen Kampfeinsatz im Kosovo ohne UN-Mandat vorzubereiten“. Ein Grund mehr für die Parole „Wir stören gern“, was aber aufgrund der aggressiven Polizeipräsenz nur z.T. gelang. Einzelne an den Ort des Geschehens vorgedrungene Grüppchen mit Trillerpfeifen wurden von Feldjägern sofort zum Schweigen gebracht. Am westlichen Ende des Rathausplatzes hatten etwa 200 DemonstrantInnen die Absperungen weiträumig umgangen, wurden dort aber von der Polizei abgedrängt. Auf dem Rathausplatz ließ man sich von den Störaktionen nur wenig beirren. OB Gansel nahm allerdings in seiner Rede auf das Pfeifkonzert Bezug. Den Rekruten rief er zu: „Niemand kann Ihnen die Würde dieser Stunde nehmen, auch nicht die, die pfeifen.“

Eine Stunde vorher hatte sich der populistisch gewandte OB selber auspfeifen lassen müssen. Als er auf der Gegenkundgebung am Asmus-Bremer-Platz das Bad in der Menge suchte, erntete er „Hau ab!“-Chöre. Schließlich hatte die Stadt bis zuletzt versucht, die Kundgebung nicht zu genehmigen. In Gansels Medientroß war aber auch ein Plakat zu sehen: „Nicht alle SPD-Mitglieder sind für die militärische Propaganda-Show!“ Eine sehr kleine Minderheit der Kieler SPD wollte sich da Gehör verschaffen. Die große Mehrheit derselben hatte dem „out of area-Einsatz der Bundeswehr auf dem Rathausplatz“ (Kundgebungsbeitrag) längst ihr Ja-Wort gegeben und konnte Rühes Versprechen, Kiel werde „weiter ein wichtiger Marinestandort bleiben“ getrost mit nach Hause nehmen. Denn das war der Sinn der Übung gewesen.

jm

Mehr als 54 000 Unterschriften für das Allbau-Bürgerbegehren in Essen

„Die Betonfraktion hält uns nicht auf“

ESSEN. „Mit der Kraft, die wir entwickelt haben, hätte keiner in Essen gerechnet“, mit diesen Worten zog die Allbau-Mieter/innen-Initiative Bilanz. 17 Ordner mit über 54 000 Unterschriften für das Bürgerbegehren gegen einen Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaft übergab die Initiative der Stadt Essen am 27.8.1998.

Die Listen waren von der Initiative vorher sorgfältig durchgesehen, viele Adressen vervollständigt oder Geburtsdaten nach Rücksprache nachgetragen worden. Insofern ist damit zu rechnen, daß das nötig Quorum von 46.700 Unterschriften, 10 % der Wahlberechtigten, erreicht wird, auch einige Unterschriften doppelt geleistet wurden.

Damit ist das Bürgerbegehren gegen den Verkauf der Allbau AG in Essen vermutlich das erste erfolgreiche Bürgerbegehren in einer nordrhein-westfälischen Großstadt. Bei der Übergabe wandte sich die Initiative noch einmal gegen die Hürden, die die nordrhein-westfälische Gemeindeordnung für Bürgerbegehren vorsieht und die erheblich höher sind, als z.B. in Bayern. Die von der Stadt angekündigte Streichung der Unterschriften von 16- und 17-jährigen wird ein juristisches Nachspiel haben. Nach der im letzten Jahr geänderten Gemeindeordnung dürfen in NRW nämlich auch Jugendliche wählen. Mit Rückendeckung des Landesinnenministeriums vertritt die Stadt jedoch die Auffassung, daß diese Bestimmung in punkto Beteiligung an Bürgerbegehren erst nach der nächsten Kommunalwahl in Kraft tritt. Dagegen will ein Betroffener klagen.

Die Stadtspitze nahm die Unterschriftenübergabe zum Anlaß, die „Arroganz der Macht“ zu demonstrieren. Trotz einer Anfrage etliche Tage vor der Übergabe hatten weder die Oberbürgermeisterin noch der Oberstadtdirektor Zeit, die Unterschriften entgegen zu nehmen. Die Eingangsbestätigung mußte der Leiter des Amtes für Wah-

len und Statistik übernehmen. Die Übergabe fand dennoch in Hochstimmung statt: „Die Betonfraktion hält uns nicht auf“, lautete das Motto. Die Initiative forderte die Stadtverwaltung auf, schriftlich zu erklären, bis zum Abschluß der Unterschriftenprüfung jeden Schritt in Richtung Allbau-Verkauf zu unterlassen.

Bis zur nächsten Ratssitzung Ende September will die Stadtverwaltung die Unterschriften geprüft haben. Dann muß der Rat entscheiden, ob er seinen Beschluß zum Verkauf des Allbau revidiert oder einen Bürgerentscheid einleitet. Der Vorsitzende der Mehrheitsfraktion SPD hat inzwischen angekündigt, daß seine Fraktion weiterhin für den Verkauf der Allbau AG ist. Anders ist nach Auffassung der SPD eine Konsolidierung des Haushaltes nicht zu schaffen, und dafür will sie bei einem Bürgerentscheid auch mobilisieren.

Diese Auseinandersetzung wird bestimmt noch spannend, zumal die Stadt bei allen durch Bundes- und Landespolitik verursachten Finanzproblemen auch anderes Vermögen besitzt. Dazu gehören z.B. RWE-Aktien im Wert von rund 1,2 Mrd. DM. Die will die SPD jedoch auf keinen Fall verkaufen. Die Begründung: Weitere Kursgewinne sind zu erwarten. Da ist der Verkauf der Wohnungsbaugesellschaft doch besser, oder? Mieterhöhungen, die Verschlechterung des Services und die Umwandlung von Teilen des Bestandes von 19.000 Wohnungen in Eigentumswohnungen müssen schließlich die Mieter tragen.

wof

Volkshochschule

Gegen Kürzungen

HAMBURG. Eine Absenkung der Honorare für KursleiterInnen von bisher 48,36 DM auf 46,00 DM die Stunde plant der Vorstand der Hamburger Volkshochschule ab Frühjahr 1999. Der allgemeine Sparzwang gebiete es. Auf einer KursleiterInnenvollversammlung am Donnerstag, den 20.8.98, in der VHS Ost in Farmsen wurde dagegen protestiert und nach Wegen des Verhinderns einer solchen Maßnahme gesucht. Für diejenigen, die an der VHS einen Kurs zusätzlich zu ihrem festen Job anderswo geben, würde die Honorarkürzung ein paar hundert Mark weniger bedeuten. Für diejenigen aber, die von ihrer VHS-Tätigkeit leben müssen, und das ist inzwischen der größere Teil der DozentInnen, bedeutete dies ein Loch von weit über 1 000 DM in ihrem Einkommen.

In einer Protestresolution an den Vorstand der VHS verlangen die KursleiterInnen deshalb, daß es beim jetzigen, seit Jahren nicht angehobenen Honorar bleiben soll und daß eine bereits verfügte Sparmaßnahme zurückgenommen werden soll. Die KursleiterInnen drohen damit, Kurse aus der VHS ausgelagert durchzuführen, falls es zur Kürzung des Honorars kommen sollte.

Neben der Honorarkürzung plant der VHS-Vorstand noch den Verkauf der „Koppel“, des Zentrums für Deutschunterricht. Hiergegen wird ebenfalls protestiert. Da in der „Koppel“ eine breite Angebotspalette an Deutschkursen, konzentrierte Betreuungsmöglichkeiten der ausländischen KursteilnehmerInnen und – anders als für den Rest der ungefähr 1300 KursleiterInnen in Hamburg – Kommunikationsmöglichkeiten für die Unterrichtenden selbst existieren, würde der Verkauf der „Koppel“ nicht nur einfach den Verkauf

eines Gebäudes bedeuten, sondern die Zerschlagung einer ganzen Struktur. Allerdings liegt der Verdacht nahe, daß gerade dies auch gewollt sein könnte – denn Honorarkräfte als die moderne akademische Variante der TagelöhnerInnen können nur dann so richtig saftig ausgebeutet werden, wenn jede/r für sich scheinbar zusammenhanglos die Arbeitskraft verkauft und es zu keinerlei organisiertem Handeln kommt. Am 27.8. beteiligten sich ca. 100 Personen an einer Kundgebung vor der VHS-Zentrale. Anita Friedetzky, gekürzt





Bild Hamburg, res

Diskriminierung – Nein Danke!

ESSEN. Zu einem Hearing in den Ratssaal hatte die Essener Initiative gegen Diskriminierung am 13.8.1998 eingeladen. Dabei kamen – erstmalig in Essen – von Diskriminierung betroffene Menschen aus den unterschiedlichsten Bereichen zu Wort. Die Initiative selber ist ein neugebildeter Zusammenschluß von verschiedenen Gruppen und Einrichtungen, die die Interessen von Betroffenen vertreten, so der Ausländerbeirat, F.E.L.S. (Forum Essener Leben und Schwulen), INTEGO (Intergrationshilfe für obdachlose Menschen), das Interkulturelle Solidaritätszentrum, SPE (Selbsthilfe Psychatrie-Erfahrener) und die Türkische Gemeinde Essen.

Der Vertreter des Ausländerbeirates stellte die Diskriminierungserfahrungen von Flüchtlingen in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Durch das Asylbewerberleistungsgesetz und seine jüngste Verschlechterung werden Flüchtlinge noch weiter aus der Gesellschaft ausgegrenzt. Wichtig sei es, den Betroffenen konkret zu helfen, z.B. durch Informationsmaterial in den Muttersprachen oder Maßnahmen gegen den Wohnungsnotstand. Auch ein Mitglied von INTEGO betonte die Notwendigkeit von konkreten Schritten. So wäre es in Essen schon eine deutliche Hilfe für die Obdachlosen, wenn einige U-Bahnhöfe nachts geöffnet blieben, mindestens bei starkem Regen und im Winter. Desweiteren beschwerte er sich über das Vorgehen der Polizei, wenn diese mal wieder durch Schikanen die Menschen von einem Ort zum anderen verdrängt.

Trotz der unterschiedlichen Erfahrungen von Ausgrenzung und Benachteiligung, die Schwule und Lesben, Behinderte, Menschen mit ausländischem Paß, Obdachlose und viele andere in ihrem Alltag machen müssen, zeigen sich doch auch viele grundsätzliche Gemeinsamkeiten, die ein gemeinsames Handeln sinnvoll machen. Auf dem Hearing wurde beschlossen, den Rat aufzufordern, ei-

ne „Anti-Diskriminierungs-Selbstverpflichtung“ zu beschließen. Eine lebhaft öffentliche Debatte über die Frage „Was ist Diskriminierung?“ und „Wie kann sie abgebaut werden?“ ist von den Initiatoren ausdrücklich gewünscht. *syb*

Karawane in Hamburg

HAMBURG. Am 16. August begannen die Aktionen nach einem gemeinsamen Frühstück in der Friedenskirche mit einer Kundgebung vor dem Rathaus Altona und einer kurzen Demonstration zu den Flüchtlingsschiffen in Neumühlen. Von den rund 200 TeilnehmerInnen waren ca. 60% Flüchtlinge. Viele Bewohnerinnen und Bewohner der Schiffe kamen raus und hörten interessiert zu, einige meldeten sich spontan zu Wort. Es gelang jedoch nicht, auf die Schiffe zu kommen, da der Pförtner die strikte Anweisung hatte, dies zu verhindern. Nach zwei Stunden zog die inzwischen etwas zusammengeschmolzene Demonstration weiter zum Museumshafen Övelgönne, wo Taxifahrer eine Kundgebung durchführten. Hier hatte eine Barkasse angelegt, die mit einem großen Transparent mit der Aufschrift „Wir begrüßen die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge“ geschmückt war. Ca. 40 Menschen fuhrten mit der Barkasse die Elbe entlang und erklärten per Lautsprecher in mehreren Sprachen die Gründe der Karawane. Gleichzeitig besuchten kleine Gruppen die Flüchtlingsunterkünfte und informierten über die Karawane. Aus der Unterkunft Geibelstr. kamen spontan 20 Menschen mit zum gemeinsamen Abendessen in der Friedenskirche.

Die Aktion vor der Ausländerbehörde am 17. August ging zunächst mit wenig Beteiligung an; Leute aus Hamburg waren wenig zu sehen. Auf der Kundgebung sprachen auch Menschen aus der Unterkunft Geibelstraße. Danach ging eine kurze Demonstration zum Gerhart-Hauptmann-Platz, hier fand eine weitere Kundgebung statt. Während dieser Kundgebung warfen Unbekannte Flugblätter „Rudolf Hess am 17. August vom

britischen Geheimdienst ermordet“ vom Dach von Karstadt, die Teilnehmer der Kundgebung und auch Passanten einsammelten und verbrannten. Zur Abfahrt in Richtung Norderstedt um 12.00 Uhr versammelten sich ca. 15 Fahrzeuge. In der Norderstedt fand eine elanvolle Kundgebung statt, parallel dazu fuhr eine Gruppe zum Abschiebeknast Glasmoor, wo rund 30 Flüchtlinge, die gerade auf dem Hof waren, die Reden verfolgten und Grußworte austauschen konnten.

Aus CL-Netz

Thüringen gegen Karawane?

BREMEN. Wie zu erfahren war, hat die Landesregierung von Thüringen der „Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen“ untersagt, die Asylsuchenden in der Flüchtlingsunterkunft Tambach bei Jena zu besuchen.

Seit nunmehr 10 Tagen zieht die Karawane durch die ganze Bundesrepublik, von Bremen, Hamburg, Lübeck, Kiel über Rostock; Berlin, Dresden und Leipzig weiter nach Tambach, doch solch undemokratisches Gebaren ist neu. In Lübeck war es der Karawane noch gestattet die Zentrale Anlaufstelle aufzusuchen, um dort den Kontakt mit den Flüchtlingen zu suchen und deren Situation und Anliegen zu diskutieren.

Angesichts dieser Vorgänge fragt der Menschenrechtsverein: „Ist Tambach nun ein Lager oder eine Flüchtlingsunterkunft? Wir meinen, das Gebaren der Landesregierung zeigt, es ist ein Lager. Es ist ein Ort, an dem die demokratischen Rechte außer Kraft gesetzt sind, die Demonstrations-, Versammlungs- und Informationsfreiheit nicht gilt. Möglicherweise fürchtet die Landesregierung, daß die Zustände in solchen Unterkünften an das Licht der Öffentlichkeit gelangen.“

Wir fordern die Thüringische Landesregierung auf, das Besuchsverbot in der Flüchtlingsunterkunft Tambach aufzuheben.

Internationaler

Menschenrechtsverein Bremen

19. September: „Kein Nazi-Aufmarsch in Rostock!“ „Bündnis gegen Rechts“: Aufruf „für Demokratie, Menschenrechte und Solidarität“

Ein Rostocker „Bündnis gegen rechts“ mobilisiert zu den Aktionen gegen den von der NPD geplanten provokativen „Wahlkampfabschluß“ in Rostock am 19. September (wir berichteten). Hier der inzwischen von diesem Bündnis beschlossene und veröffentlichte „Aufruf an die Bürgerinnen und Bürger in Rostock zu einem gemeinsamen Handeln am 19.9.98“. Unterstützt wird er u.a. von den Jusos, SJD Die Falken, ÖTV-Jugend, IGM-Jugend, PDS AG Junge GenossInnen, JAZ (Jugend Alternatives Zentrum) e.V., Rostocker Stadtjugendring, DGB-Jugend, SAV, Jugendmedienverband, SPD, PDS, Bündnis 90/Grüne, aus kirchlichen Kreisen usw.

Die NPD will ihren Wahlkampf am 19.9.98 mit einem Aufmarsch vor das Sonnenblumenhaus in Lichtenhagen abschließen. Sie will damit an die pogromartigen Angriffe vor 6 Jahren anknüpfen und wird erneut die ganze Welt an die Vorfälle erinnern. Dazu mobilisieren die Nazis bundesweit und international nach Rostock.

Wir Rostocker wissen, was ein Aufmarsch für unsere Stadt bedeuten würde!

Wir rufen auf, mit uns für Demokratie und Menschenrechte und gegen diesen Versuch der Nazis zu demonstrieren!

Rostocker – zeigt Zivilcourage!

Wir alle wissen, daß Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise und Sozialabbau nicht mit rechten Parolen zu beseitigen sind. Wir wissen auch, daß die Ursachen für diese Dinge nicht bei den Ausländern liegen. Mit einfachen, ausgrenzenden und pseudosozialen Sprüchen versuchen sie Wähler zu gewinnen. Ihr Ziel ist nicht soziale Gerechtigkeit, sondern eine diktatorische Gesellschaft, in der freiheitliche Grundrechte keinen Platz mehr haben.

Wir wollen mehr Demokratie für Alle und überzeugende politische Alternativen.

Ein Wiedererstarken der Nazis und ein

Einzug in die Parlamente können verhindert werden. Seien Sie dabei, wenn es darum geht, den Nazis zu zeigen, daß wir sie nicht wollen. Beteiligen Sie sich an Veranstaltungen und Aktivitäten von zahlreichen Rostocker Initiativen und Organisationen.

Wir rufen auf:

- *vormittags Kundgebungen in der Innenstadt, Schmarl und Groß Klein*
- *mittags Demonstration „Gemeinsam gegen Rechtsradikalismus“ – in Evershagen/Lichtenhagen*
- *nachmittags Friedensfest rund um das Sonnenblumenhaus*
- *abends Rockkonzert.*

Genauere Termine erfahren Sie über Rundfunk und Presse!

Infos über Stadtjugendring Rostock, Tel. (0381) 8099496 (auch Fax), oder Infotelefon (0381) 45 43 10.

Spendenkonto: Grüne Liga – Kontonummer 205 260 004, BLZ 130 500 00, Ospa Rostock, Kennwort: Bündnis gegen Rechts.

Samstag, 12. September:

„Weiße Rose“, Martin-Luther-Straße 77, 10825 Berlin-Schöneberg

15 Uhr bis 19 Uhr: Berlin – auf den Spuren deutscher Geschichte - Politisch-historische Stadtrundfahrt des Landesjugendrings Berlin. Infos, Anmeldung und Kartenvorverkauf (DM 16,-/9,-): Telefon: 2 11-82 64, Fax: 2 11-66 87

20 Uhr: Blühende Landschaft – Zwangsarbeit unter dem NS-Regime - Szenische Komposition von **Ebba Rohweder**. Eintritt frei!

So
13. Sept.
Aktionstag gegen Rassismus und Neonazismus

Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung

11 Uhr: Antifaschistische Kundgebung in der Gedenkstätte Plötzensee Redebeiträge, Chorgesang. Ab 12 Uhr Fahrradcorso zum Roten Rathaus.

13-20 Uhr: Vor dem Roten Rathaus Berlin-Mitte – Infos und Bücher an über 100 Ständen, Schriftstellerbasar, Kinderfest und Musik. Mod.: **Jutta Kausch**.

13 Uhr: Begrüßung und Redebeiträge, Musik von Diren (türk. Folk.) und

Bettina Wegner

14.30 Uhr: Podiumsdiskussion mit Emine Demirbükten, Andreas Nachama, Kurt Pätzold, Erardo Rautenberg und Burkhardt Schröder.

Moderation: **Annette Rogalla**.

Danach abwechslungsreiches Kulturprogramm mit:

Mark Aizikovich (jiddische und russische Lieder), **Engerling** (Blues Rock), **André Herzberg** (Rock), **Alice Brennen** (Oriental-Speed-Folk)

18.30 Uhr: Ras Donovan (Reggae, Calypso)



Nach einer Odyssee durch mehrere Städte wurde dieses Wandbild am 29.8. von der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migranten“ in Berlin-Kreuzberg aufgehängt. Auf 20 Aluminiumtafeln zeigt das 1992 ursprünglich für die Kleinstadt Dietzenbach bei Frankfurt/M. gefertigte Werk die mordenden und folternden spanischen Eroberer Südamerikas.

Zum „Aktionstag gegen Rassismus und Neonazismus“ am 13.9. mobilisieren in Berlin wie jedes Jahr antifaschistische Organisationen und Initiativen. Hier das Programm.



Dieses Denkmal am Fuß des Glockenturms der Gedenkstätte Buchenwald wurde kürzlich geschändet. Unbekannte sägten eine Figur am Knöchel an.

8. August, Weimar: Gegen rechte Gewalt

Schaut nicht weg!

Von Angelo Lucifero

Die Reaktion auf die Aktion gegen rechte Gewalt und den wachsenden Einfluß der NPD/JN, von ca. 50 jungen AntifaschistInnen am Nachmittag des 8. August auf dem Theaterplatz in Weimar war unterschiedlich. Seit dem Frühjahr treffen sich der rechten Szene zugehörige Jugendliche an einem Kiosk auf diesem zentralen Platz der Klassikerstadt. Dieser Treffpunkt war in den letzten Wochen Ausgangspunkt von Gewalt gegen AusländerInnen und Andersdenkende. Zuletzt wurde am 4. August ein Nichtdeutscher brutal zusammengeschlagen.

Mit dem Aufruf „Schaut nicht weg!“ wendete sich die Protestaktion mit Flugblättern sowie phantasievollen Aktionen wie zum Beispiel Jonglieren, Pantomime, Seiltanz und Straßentheater an die PassantInnen. Einige folgten dem Aufruf, schauten nicht weg und verwickelten die Jugendlichen der rechten Szene, die während der gesamten Zeit das Geschehen verfolgte und mit dem „Hess-Lied“ zu stören versuchten, in eine Diskussion. Eine Passantin meinte, daß es seit langem das erste Mal sei, daß sie ohne Angst über den Platz gehen könne. Sonst gehe sie mit einem Gefühl „Augen zu und durch!“ diesen Weg. Das ist wohl kaum das Klima, das einer europäischen Kulturhauptstadt angemessen ist. Deshalb sollten Forderungen der jungen AntifaschistInnen wie „Laßt es nicht zu, daß sich Faschisten auf unseren Straßen breitmachen; Neofaschismus kann nur bekämpft werden, wenn wir uns alle offensiv und öffentlich damit auseinandersetzen und nicht Menschen, egal woher sie kommen, ausgrenzen; Solidarität mit den Schwachen ist der Ausweg“ überall im Lande ernst genommen werden. Der Schoß ist fruchtbar noch.

aus: UNZ Thüringen, 2. August Ausgabe

KOMMUNALE POLITIK

VOLKSENTSCHEID/ BÜRGERENTSCHEID:

Hamburg. SPD und GAL haben sich auf einen Kompromiß für einen Gegenantrag zum Antrag des Volksbegehrens zur Erleichterung der Volksgesetzgebung geeinigt und ihn am vergangenen Mittwoch in der Bürgerschaft verabschiedet. Der Antrag sieht gegenüber der geltenden Gesetzeslage eine leichte Senkung der Hürden für einen Volksentscheid auf Landesebene bzw. Bürgerentscheid in den Bezirken vor: 20 % der Wahlberechtigten, oder die einfache Mehrheit bei einer Teilnahme von einem Drittel der Wahlberechtigten müssen einem Gesetzentwurf zustimmen (bisher 25 %). Damit werden am 27. September zwei Entwürfe zur Abstimmung stehen, was die Chancen für den Antrag des Volksbegehrens erheblich verringert, die für eine Verfassungsänderung nötigen 700.000 Stimmen zu erreichen. Dieser sieht bei erfolgreichem Durchlaufen der Vorstufen Volksinitiative und Volks- bzw. Bürgerbegehren keine Quoren vor. Ein Sprecher der Initiative „Mehr Demokratie“ bezeichnete das Verhalten der GAL als „einen Bären-dienst“ für mehr Demokratie, denn: „wenn wir beim Volksentscheid am 27. September nicht siegen, gibt es keine Änderung der Volksgesetzgebung, da der Gegenvorschlag von SPD/GAL ohne verfassungsändernde Mehrheit erfolgte.“ Die CDU hat ihre Ablehnung in der Bürgerschaft bereits angekündigt.

„FLUCHDACH“ IN NÖRVENICH: *Kerpen.* Gegen den vom Jagdbombergeschwader 31 „Boelcke“, über zehn Jahre nach der Katastrophe von Ramstein anlässlich seines 40. Jubiläums geplanten Tag der offenen Tür mit Flugvorführungen am 4.10., gegen den Menschen aus der Region eine Gegenkundgebung vorbereiten, führte der Rat der Stadt Kerpen in einer Resolution an das Bundesverteidigungsministerium u.a. aus: „Nach Auffassung von Rat und Verwaltung der Stadt Kerpen besteht keine Notwendigkeit, den Bedarf nach Nähe von Bundeswehr und Bevölkerung durch Flugvorführungen zu decken. Der Rat der Stadt Kerpen fordert daher die entsprechenden Dienststellen des Bundes auf, eine Genehmigung zur Durchführung von Flugbewegungen nicht zu erteilen ... (er) ist der Auffassung, daß nervenkitzelnde Flugvorführungen auch aus der Sicht der Besucher nicht mehr gefragt sind...“. Der Rat beschloß, jegliche ordnungsbehördliche Amtshilfe zu versagen, wenn die Veranstaltung mit Flugbetrieb durchgeführt wird.

INTERKULTURELLE ZUSAMMENARBEIT: *München.* Seit 1.7. besteht eine Stelle für Interkulturelle Zusammenarbeit, die von Bürgermeister Monatzeder zusammen mit dem Leiter Rudolf

Brettmeister und seiner Stellvertreterin, Dr. Chung-Sook Kang der Öffentlichkeit vorgestellt wurden: „Derzeit leben etwa 20,8 Prozent Münchnerinnen und Münchner unter uns, die keinen deutschen Paß haben, ein weiterer nicht unerheblicher - statistisch nicht erfaßter - Anteil hat zwar einen deutschen Paß, seine Wurzeln aber in einer anderen Kultur.“ Das Zusammenleben berge viel Brisanz in sich. „Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung stützt sich auf vier Schwerpunkte: die verstärkte Einstellung von nicht deutschem Personal, die interkulturelle Schulung der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Bewältigung sprachlicher Verständigungsschwierigkeiten und die inhaltliche Ausrichtung der städtischen Dienstleistungen auch auf die Bedürfnisse von Migrantinnen und Migranten.“

ENERGIEWIRTSCHAFTSRECHT:

Köln. Der Deutsche Städtetag sieht durch das im April in Kraft getretene neue Energiewirtschaftsrecht die Finanzierungsgrundlagen der Kommunen bedroht und fordert eine Novellierung. So geht er davon aus, daß das bundesweite Konzessionsabgabevolumen von 6 Mrd. DM in Zukunft halbiert wird. Unabsehbar seien die Folgen für den öffentlichen Nahverkehr, der in vielen Kommunen mit den Überschüssen aus den lokalen Energieversorgungsunternehmen quersubventioniert werde. Da in dem neuen Preiswettbewerb Großunternehmen mit guter Kapitalausstattung begünstigt, kleine und mittlere Versorger aber im Nachteil seien, sieht der DST die Existenz der etwa 900 kommunalen EVUs bedroht. 242 Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesländer Hamburg, Hessen und Saarland haben gegen das neue Energierecht einen Antrag auf „abstrakte Normenkontrolle“ gestellt und den Erlass einer einstweiligen Anordnung beantragt, da es sich um ein zustimmungspflichtiges Gesetz handle und Hoheitsrechte der Kommunen verletzt worden seien.

ASYLBEWERBERLEISTUNGSGESETZ:

München. Besorgnis herrscht bei den Grünen über die Auswirkungen des Asylbewerberleistungsgesetz. Wie der Presse zu entnehmen war (AZ 31.7.), weigert sich die Kassenärztliche Vereinigung unter Berufung auf das Gesetz, die Kosten für jegliche Prophylaxe bei Asylbewerbern zu erstatten. Grünen-Fraktionschef Benker fordert daher in einem Antrag, den Stadtrat über die neuen Regelungen zur Gesundheitsvorsorge bei Asylbewerbern zu unterrichten. Benker will wissen, inwiefern die Kosten für Vorsorgeuntersuchungen bei Babys, Kleinkindern und schwangeren Asylbewerberinnen und für Impfungen noch übernommen werden.

Zusammenstellung: ulj

TARIFABSCHLUß BEI DER GELD- UND WERTTRANSPORT-UNION:

Erst nach zwei durchgeführten Warnstreiks und einer Urabstimmung unter den ÖTV-Mitgliedern der Geld- und Werttransport-Union (GWU), die eine 93%ige Befürwortung für Arbeitskampfmaßnahmen erbrachte, lenkte die Geschäftsführung ein. Nach fast 1½ Jahren Auseinandersetzung wurde jetzt ein Tarifvertrag abgeschlossen, der für die Beschäftigten eine Erhöhung des Durchschnittslohns von bisher 12,70 DM auf 14,50 DM vorsieht. Außerdem wurden Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit sowie für Überstunden vereinbart. Der Tarifvertrag tritt zum 1.9.1998 in Kraft und hat eine Laufzeit bis zum 31.12.1999. Ab 1.5.1999 werden weitere Einkommenserhöhungen wirksam.

(Presseerklärung der ÖTV Berlin v. 28.8.98, har)

LOHNDRIFT VERRINGERT SICH: Der Abstand zwischen tariflich abgesichertem Einkommen und den effektiv gezahlten Löhnen und Gehältern der sog. Privatwirtschaft verringert sich kontinuierlich. Ebenfalls wird der Anteil an Unternehmen kleiner, die überhaupt mehr als Tarif bezahlen. Groß ist auch der Unterschied zwischen West und Ost.

Übertarifliche Löhne und Gehälter im Westen zahlen nur noch 48,9 % der tarifgebundenen Unternehmen (vor vier Jahren waren es noch 60 %); im Osten sind es sogar nur 16,8 %. Allerdings schwankt der Anteil je nach Branche sehr stark. So zahlen beispielsweise 61,3% der Betriebe im Baugewerbe (West), aber nur 26 % der Banken und Versicherungen (West) übertarifliche Einkommen. Im Osten reicht die Spanne von 22,5 % der Betriebe in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie und 6,5 % derjenigen im Bergbau, die über Tarif bezahlen.

Die Spanne zwischen Tarif- und Effektiv-Einkommen beträgt in beiden Hälften Deutschlands 11,4 %. Vor einigen Jahren erreichte sie noch bis zu einem Drittel der Tarifeinkommen. Als tarifgebunden bezeichnen sich noch 58,8 % der befragten West-Unternehmen und 40,9 % der im Ost.

(Der Tagesspiegel v. 20.8.98, har)

Arbeit und Reichtum umverteilen !

Die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen in Bielefeld ruft mit anderen Zusammenschlüssen von Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen bundesweit zu sechs landesweiten Demonstrationen auf. Sie werden am 12. September in Berlin, Dresden, Dortmund, Hannover, Schwerin und Nürnberg stattfinden. Der Aufruf wird inzwischen von fast allen Einzelgewerkschaften unterstützt. In einem der Aufrufe heißt es u.a.

„Mehr als 5 Mio. Menschen leben unterhalb der Armutsschwelle, während fast 2 Mio. Haushalte 10.000 DM und mehr im Monat ausgeben. Offiziell werden 25.000 Einkommensmillionäre ausgewiesen. Wir nehmen diese Zustände nicht hin! Schluß mit Scham und falscher Bescheidenheit! Wir bekennen uns öffentlich zu unserer Erwerbslosigkeit. Wir wollen kein unkontrolliertes Wachstum, das zerstört; wir wollen keine Ausweitung der Billigjobs und geringfügigen Beschäftigung. Wir wollen eine Gesellschaft, die allen eine vernünftige Arbeit gibt und eine menschenwürdige Existenz sichert, unabhängig von Nationalität, Geschlecht und Familienstand ... Seit Februar gehen Erwerbslose in über 300 Städten auf die Straße, immer am Tag der Bekanntgabe der Arbeitslosenzahlen. Alle sind eingeladen und aufgefordert, mit uns zu protestieren: die erwerbstätig sind und die draußen stehen, SchülerInnen und Studierende, Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände und weitere. • Rücknahme aller Kürzungen und Schikanen! • Garantiertes Mindesteinkommen! • Radikale Arbeitszeitverkürzung! • Qualifizierte Ausbildungsplätze! • Gerechte Verteilung von Arbeit und Reichtum!“

BESCHÄFTIGTE VON ADTRANZ PROTESTIEREN GEGEN MASSENENTLASSUNGEN:

Am 20. August versammelten sich anlässlich einer Betriebsratsinformation rund 400 Beschäftigte von Adtranz um 11 Uhr im Hof des Werksgeländes.

Da der Presse von der Unternehmensleitung untersagt worden war, das Werksgelände zu betreten, fand die Kundgebung am Werksausgang statt.

Nach der Kundgebung gingen viele Beschäftigte nach Hause. Auch die später informierte Mittelschicht beendete vorzeitig die Arbeit.

Der Betriebsrat Johannes Hauber berichtete von der Sitzung des Gesamtbetriebsratsausschusses, bei der die Geschäftsleitung ihr „Zukunftskonzept“ in einem Leitz-Ordner voller Papiere präsentierte. Darin wurden die schlimmsten Befürchtungen des Betriebsrates bestätigt. Die Geschäftsführung gab darin Einzelheiten des geplanten Personalabbaus für Adtranz Deutschland bekannt.

Für Mannheim wurde der geplante Personalabbau von über 200 Beschäftig-

ten bestätigt. Mehrere Abteilungen werden halbiert oder, wie das Rechnungswesen, das in Henningsdorf zentralisiert wird, sogar aufgelöst. Die Stromrichterfertigung soll mit einem Personalabbau von 90 Beschäftigten um 40 % reduziert werden.

Weiterhin ist mittelfristig in zwei bis drei Jahren zu befürchten, daß das Engineering von Nah- und Fernverkehr vom Standort Mannheim wegverlagert wird. Das wäre ein nochmaliger Personalabbau von 200 Beschäftigten. Der ganze Standort mit gegenwärtig 940 Beschäftigten ist in seiner Existenz gefährdet.

Der Betriebsrat kündigte harten Widerstand in den künftigen Auseinandersetzungen um das Zukunftskonzept an. Im September wird eine außerordentliche Betriebsversammlung stattfinden, zu der u. a. auch Bundestagsabgeordnete eingeladen sind.

Die Auseinandersetzung bei Adtranz soll so weit wie möglich an die Öffentlichkeit gebracht werden, um die Geschäftsleitung unter Druck zu setzen.

scr

HBV, DAG UND EDEKA IM RHEIN-NECKAR-GEBIET:

Nach über einem Monat Streik nun doch Verhandlungen. Der Streik von ca. 100 Beschäftigten der Nanz-/allfrisch-/Preisfix-Filialen gegen die Übernahmbedingungen durch Edeka steht in der fünften Woche. Edeka läßt nichts unversucht, die Streikenden zu verunsichern und zu spalten, sie massiv unter Druck zu setzen.

So wurden 97 Beschäftigte wegen Teilnahme am Streik inzwischen fristlos entlassen. Gleichzeitig wurde den „Reumütigen“ Wiedereinstellung ohne weitere Folgen angeboten. In Zeitungsanzeigen sucht Edeka Arbeitskräfte. Die Kündigungen erfolgten, obwohl die hbv um zwei Tarifverträge (Arbeitsplatzsiche-



rung und Fortbestehen des Nanz-Betriebsrates) kämpft und somit die Kündigungen rechtswidrig sind, weil eine Friedenspflicht nicht gegeben ist.

Ein erster Gütetermin vor dem Arbeitsgericht wurde ohne Einigung am 19.8. auf 26.8. vertagt. Edeka verlangte das Ende der Boykottkampagne, den Abbruch des Streiks und Schadensersatz von über einer halben Million Mark. Die hbv weigerte sich, den Streik einzustellen, ohne daß Klarheit über die Zukunft der Beschäftigten, insbesondere der fristlos Entlassenen, bestehe. Auf den Boykott zu verzichten erklärte sich die hbv-Betriebsverwaltung Mannheim jedoch bereit. Somit konnte der Gütetermin zur Fortsetzung angesetzt und ein weiteres Gespräch für Montag, 24.8. vereinbart werden. Kaum war jedoch diese Abrede getroffen, sagte die Edeka-Zentrale Gütetermin samt Vorgespräch wieder ab. Begründung: In Düsseldorf habe die hbv für Solidarität geworben, in Heidelberg habe sie eine Demonstration durchgeführt und dabei jeweils den Boykott weiterhin vertreten.

Inzwischen erscheint die Chance gleich null, daß sich hbv mit DAG einerseits sowie Edeka und die beiden Gewerkschaften andererseits vor Ort noch einigen können. Die DAG hält an dem von ihr und dem Edeka-Betriebsrat abgeschlossenen Sozialplan für die Übernahmeaktion fest, der die Betroffenen – zu 80% Frauen – kaum zu schützen vermag. Edeka lehnt sich zurück und verlangt, daß sich erst hbv und DAG einig werden müssen.

Der Nanz-Betriebsrat und die Streikenden, unterstützt von der hbv, wehren sich nach wie vor gegen Kündigungen nach der einjährigen Wartezeit entsprechend § 613a BGB sowie gegen die Gefahr, daß viele Beschäftigte dann in „privatisierte“ Filialen von selbständigen Edeka-Franchisern übergehen müssen. Die Auseinandersetzung hat inzwischen längst auch eine bundesweite gewerkschaftspolitische Dimension – und ist ohne diese zumindest in ihrer Schärfe wohl auch nicht zu verstehen. *tht*



BASF

Mit Zahlenspielen blenden und „Solidarität“ üben

Des relativ neuen BASF-Arbeitsdirektors Becks liebstes Steckenpferd ist die Teilzeitarbeit. Derzeit liegt die Teilzeitquote bei der BASF bei etwa 4,6%. Herr Becks möchte sie auf einen zweistelligen Prozentsatz anheben.

Um die „Arbeitslosenzahlen nachhaltig zu verringern“ müßten mehr Beschäftigte in Teilzeit arbeiten – Männer wie Frauen. Vorurteile dagegen gelte es aufzuheben. Gleichzeitig verkündete er, daß künftig eine neue Zählweise des Personalstands eingeführt werde. Nicht mehr die Arbeitsplätze je Vollzeitbeschäftigte, also teilzeitbereinigte Zahlen werden bekanntgegeben, ab jetzt würden Köpfe gezählt. Zwei Halbtagsbeschäftigte zählen somit nicht mehr als ein Arbeitsplatz sondern als zwei Köpfe. Das Vorgehen bietet enorme Vorteile, kann man doch so bei einer Erhöhung der Teilzeitbeschäftigten den Personalabbau bei der BASF gegenüber der Öffentlichkeit trefflich verschleiern. „Könnten Sie es sich vorstellen, daß die BASF künftig 60000 Beschäftigte hat?“, wird Becks gefragt. Das sei vorstellbar, denn nur so könnte künftig Arbeitslosigkeit bekämpft werden. Drei Arbeitsplätze könnten zum Beispiel auf vier aufgeteilt werden. Oder auf noch mehr. Dies erfordere von den Menschen allerdings einen hohen Grad an Solidarität, denn natürlich verringere sich dabei das Entgelt. Und ein Herr, der monatlich mehr als 100000 DM an Gehalt bezieht, hat hier gut reden.

Schlau ausgedacht, aber die Leute machen nicht mit. Immer wieder wurde auf Vertrauensleuteversammlungen von Betriebsratsseite dem Arbeitsdirektor vorgerechnet, daß sich das viele einfach nicht leisten können. Mit einem halben Lohn kann zum einen keine Familie ernährt werden, und zum anderen wird so mancher in den unteren Lohngruppen damit im Alter notgedrungen ermessen zum Sozialhilfeempfänger.

Wenn die Leute freiwillig keine Einsicht zeigen, dann werden sie eben „sanft“ gezwungen. Gleichzeitig wird als oberster Grundsatz postuliert: „Teilzeitarbeit ist freiwillig“. Zwingen kann man diejenigen, die keine andere Alternative haben, und das sind die, die draußen stehen. Also erklärte Becks im Juni 1998, künftig werde die BASF im Schichtbereich grundsätzlich nur noch in Teilzeit einstellen. Da in letzter Zeit außerdem grundsätzlich kaum jemand mehr einen unbefristeten Arbeitsplatz ergattern kann, kann man sich vorstellen, von was der Betroffene dann bei erneuter Arbeitslosigkeit leben muß.

Für die bereits in der BASF Beschäftigten soll mit allerlei Möglichkeiten die Teilzeit schmackhaft gemacht werden. Man kann seinen Arbeitstag um beliebige Stunden kürzen, man kann ihn probe-

weise verkürzen und danach ggf. wieder in Vollzeit zurückkehren.

Ungeregt ist das Altersversorgungsproblem. Hier sei dringender Handlungsbedarf, sagt der Betriebsrat – und wenn es der BASF so ernst sei mit der Teilzeitarbeit, solle sie hier über finanzielle Ausgleichsmöglichkeiten nachdenken. Darüber liegen allerdings bis heute keine Vorschläge vor.

Hingegen wird praktische Solidarität in einem weiteren Bereich geübt. Ältere Auszubildende oder solche mit Familie und auch mit Abiturientenberufen erhielten bisher eine etwas erhöhte, übertarifliche Auszubildendenvergütung. Das sei seinerzeit angebracht gewesen, weil man damit gut vorgebildete Leute anziehen wollte, so Herr Becks. Der Markt erfordere dies heute nicht mehr. Also wird der Betrag gestrichen. Mit einem Teil der Einsparungen würden 20 weitere Ausbildungsplätze angeboten. Wie man sieht: von den Global Players kann man „Solidarität“ und Pfennigfuchserie lernen.

Das Cafeteria-System

Becks läßt außerdem das Späthsche Cafeteria-System wieder aufleben. Noch als Ministerpräsident von Baden-Württemberg hatte Späth in einer Zukunftsstudie solche Vorstellungen veröffentlichen lassen. Danach sollte sich jeder das aus dem Sozialtopf herauspicken können, was ihm am liebsten ist.

Eine bessere Rentenversorgung, dafür mehr Selbstbeteiligung bei den Krankenkosten usw. Bei Becks kommt derartiges unter dem Motto:

„1. Flexibilisierung der Sozialleistungen durch Kopplung an das Geschäftsergebnis.

2. Individualisierung in Form von mehr Wahlmöglichkeiten jedes einzelnen.“

Praktisch könnte dies dann so aussehen: Steigt die DM gegenüber dem US-Dollar und sinken die Umsatzzahlen in den USA und kracht das China-Geschäft zusammen, bezahlen die BASF-Beschäftigten dafür mit geringeren Sozialleistungen. Ein Abteilungsleiter mit 20- bis 30000 DM Monatsgehalt hat hohe Bedürfnisse und wählt daher hohe Altersrücklagen. Ein Schichtarbeiter in E 3 braucht sein Geld ganz, um über die Runden zu kommen. Er zieht es vor, nichts in die Pensionskasse zu bezahlen. Später wird man ihm dann sagen, er habe halt unklug gehandelt und sei seiner Selbstverantwortung nicht gerecht geworden.

Begeisterung erntete Becks für sein Cafeteria-System nicht. Auch als er entschieden den geäußerten Vermutungen entgegentrat, daß es sich hier um einen Versuch handele, die Sozialleistungen bei der BASF dauerhaft zu senken. Der Betriebsrat steht diesem Zukunftsprojekt ablehnend gegenüber. *ede*

„... Reichtum wächst – und trotzdem nur Verschlechterungen?“

Die Widia GmbH macht derzeit dicke Gewinne. Für nächstes Jahr plant sie in der Schneidkörperfertigung eine weitere Umsatzsteigerung von 10 % und noch höhere Steigerungen beim Ergebnis. Das reicht der Geschäftsführung jedoch nicht. Deshalb will sie in der Sinterlei eine Sechs-Tage-Woche einführen (drei Wochen Arbeit in drei Schichten, vierte Woche frei). In einem anderen Bereich gibt es eine solche Schicht schon seit vier Jahren. Die Einführung war auch damals umstritten. Diesmal befürchten viele eine rasche weitere Ausdehnung des „Modells“.

Die betroffenen Beschäftigten haben sich einmütig gegen regelmäßige Wochenendarbeit ausgesprochen und dies in einer Stellungnahme begründet (siehe unten). Auch die IG Metall-Vertrauensleute haben eine Sechs-Tage-Woche abgelehnt. Der Betriebsrat prüft derzeit erst einmal die vorgelegten Wirtschaftlichkeits- und Kapazitätsrechnungen. Er steht jedoch unter erheblichem Druck. Die Geschäftsführung knüpft die Investition eines neuen Sinterofens und die Einstellung einiger zusätzlicher Arbeitskräfte an die Sechs-Tage-Woche. *kw*

Aus der Stellungnahme

... Nach wie vor lehnen wir eine weitere Flexibilisierung unserer Arbeitszeit – in welcher Form auch immer – in Richtung einer Sechs-Tage-Woche ab ...

1. Die Sechs-Tage-Woche verlängert zusätzlich zur Belastung der dreifachen Schicht die Nachtarbeit. Medizinische Untersuchungen an Schichtarbeitern zeigen, daß der natürliche Biorhythmus des Menschen vom normalen Tag-Nacht-Wechsel nicht abgekoppelt werden kann ... Untersuchungen von Arbeitsmedizinern zeigen darüber hinaus, daß Nachtarbeiter – selbst unter günstigen Bedingungen – tagsüber nur selten sechs Schlafstunden erreichen.

Die sogenannte „Freiwoche“ kompensiert dies keineswegs ... Mit rund 50 Jahren sind die meisten Kollegen schon mit regelmäßiger dreifacher Schicht (den Samstag gar nicht mitgerechnet) so ausgepowert, daß längere Krankheitszeiten, Krankenhaus-Aufenthalte, ... Kuren etc. die zwangsläufigen Folgen sind und sich ... das Lebensalter verkürzt ...

2. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß der kulturelle Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens am Wochenende stattfindet. Am Wochenende stellen wir unsere Arbeitskraft wieder her, regenerieren uns, können intensiver unseren Hobbys ... nachgehen und nicht zuletzt unsere Freizeit mit unseren Partnern bzw. unseren Familien und Kindern verbringen.

Es war ein großer Erfolg, als die Gewerkschaften in den 50er Jahren ... eine Wochenarbeitszeit von Montag bis Freitag ... durchzusetzen ...

Während in der IG Metall über eine weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit vollem Lohnausgleich diskutiert wird, ... bedeutet eine Sechs-Tage-Woche ... einen Rückfall in die 50er Jahre ...

3. Zur Forderung der US-amerikanischen Anteilseigner, Umsatzsteigerungen von ca. 24 % in den nächsten drei Jahren zu erzielen, ist folgendes festzustellen:

Die Lohnsteigerungen im ersten Halbjahr 1998 lagen zwischen 1,5 und 2 % – also knapp über der offiziellen Preissteigerungsrate von 1,5 %. Die Lohnsteigerung liegt damit deutlich selbst unter der offiziellen Produktivitätsentwicklung von voraussichtlich 3 % ... Es ist einfach nicht einzusehen, warum auf der einen Seite der von uns geschaffene Reichtum ständig steigt und wir auf der anderen Seite uns nur noch mit Verschlechterungen abfinden sollen.

Darüber hinaus haben wir Ofenleute bereits schon jetzt genügend Vorleistungen erbracht ...

Die Forderung, die Sechs-Tage-Woche einzuführen (ist) kontraproduktiv und demotivierend ...

Haldex-Vertrauensleute:

Nein zu gewinnorientierter Tarifpolitik!

In Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Hessen verhandelt die IG Metall mit den jeweiligen Arbeitgeberverbänden zum Thema Reform des Flächentarifvertrags. Über die Vorstellungen des Verhandlungsführers der Metallarbeitgeber in NRW, Kannegießer, berichtete das „Handelsblatt“ am 30. Juli: Er hält die Vereinbarung von erfolgs- und leistungsorientierten Vergütungsbestandteilen für das zentrale Element einer Tarifreform. Darüber werde auch in den Verhandlungen anderer Tarifbezirke gesprochen. Er begrüßte, daß die Gewerkschaft angeblich die Notwendigkeit einer Reform in dieser Richtung nicht mehr bestreite.

Gewerkschaftliche Vertrauensleute und Betriebsrat von Haldex Bremsen in Heidelberg nahmen mit der folgenden Stellungnahme, gerichtet an Vorstand, Bezirksleitungen und Tarifkommissionen der IG Metall, gegen diese Richtung Stellung.

Heidelberg, 31.7.1998

Flächentarif: Keine erfolgsorientierten tariflichen Vergütungsbestandteile!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, mit größter Sorge haben wir in unserer heutigen a.o. Vertrauensleute-Sitzung den beigehefteten Artikel im „Handelsblatt“ vom 30.7.98 mit dem Titel: „Re-

form soll erfolgsorientierte Vergütungsbestandteile bringen“ diskutiert. Offensichtlich soll diese Forderung des NRW-Metallarbeitsgeber-Präsidenten und Gesamtmetall-Vize Kannegießer eine konkrete Umsetzung der berüchtigten „Frankfurter Erklärung zur Reform des Flächentarifs“ seitens Gesamtmetall vom 17.11.97 werden, in der es heißt:

„Wir müssen unsere Tarifverträge künftig so gestalten, daß sich bestimmte tarifliche Leistungen auch an der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens orientieren können. Wir wollen den Betriebsparteien ermöglichen, das Weihnachtsgeld, das zusätzliche Urlaubsgeld und die vermögenswirksamen Leistungen erfolgsabhängig zu gestalten. Wir wollen, daß die Modalitäten dieser variablen Zahlungen von den Betriebsparteien vereinbart werden.“

Was Gesamtmetall als „Entrümpelung der Tarifverträge“ und „attraktives Angebot“ zu verkaufen versucht, wäre nichts anderes als ein Einbruch in bisher gesicherte tarifliche Einkommen und Senkung tariflicher Lohn- und Gehalts-Mindest(!)-Standards: Offen spricht Kannegießer davon, „Erfolgsbeteiligung bedeute auch Einkommenseinbußen bei schlechter Geschäftsentwicklung“.

Die IG Metall als Organisation bzw. alle Gewerkschaftstage seit 1986 haben Plänen der Arbeitgeber, tarifliche Arbeitnehmeransprüche von der Ertragslage einzelner Betriebe abhängig zu machen, in den tarifpolitischen Entschlüssen immer eine entschiedene Absage erteilt: „Regelmäßige tarifliche Entgeltbestandteile, die ertragsabhängig sind, werden abgelehnt“ (E 3, 18. o. Gewerkschaftstag 1995). Wobei der Vorstand auf Anfrage in der Debatte ausdrücklich festgestellt hat: Dies bezieht sich auch auf tarifliche Leistungen wie die betriebliche Sonderzahlung und das zusätzliche Urlaubsgeld!

Nach wie vor gilt es ganz klar zu bekräftigen: Die Bezahlung unserer Arbeitskraft dürfen und können wir nicht von den Gewinnen der Unternehmer abhängig machen. Lohn und Gehalt benötigen wir zur Sicherung unserer Existenz und unserer Familien. Und Kolleginnen und Kollegen in Betrieben, in denen „rote Zahlen“ ausgewiesen werden, brauchen kein bißchen weniger zum Leben. Auch wir hätten sonst als Belegschaft in der Fa. Haldex Bremsen Heidelberg (ehemals GRAU bzw. Graubremse) aufgrund ausgewiesener Jahresbilanz-Verluste von 1993 bis 1997 auf Einkommen verzichten müssen.

Wir sind der Meinung, wir sollten unbedingt bei der strikten Ablehnung jeglicher erfolgsabhängigen Einkommenspolitik bleiben wie auch sog. „Investivlohn“-Konzepten eine Absage erteilen. Generell müssen wir uns als Gewerkschaften dem grassierenden Zeitgeist, aus abhängig Beschäftigten „Unternehmer mit unternehmerischem Denken“ zu machen, verstärkt entgegenstemmen.

Wenn z.B. Belegschaften vermehrt zu Aktionären gemacht werden sollen, wenn Gedankengut: Je mehr wir auf Lohn und Gehalt verzichten und uns abplagen, um so mehr steigen die Rendite „unseres“ Betriebes und „unsere“ Gewinne und Aktien, verbreitet wird - dann kann dies nie und nimmer im Interesse gewerkschaftlicher Interessenvertretung sein. Wenn ein Betrieb besonders hohe Profite fährt, war und ist er keineswegs gehindert, übertarifliche Leistungen wie höheres „Weihnachtsgeld“ zu zahlen, was Belegschaften auch immer wieder durchgesetzt haben.

Kolleginnen, Kollegen,
der Vorstand hat in seinem Papier „Den Flächentarif gestalten“ vom März 1997 für die laufenden und kommenden Entgelttarifvertrags-Verhandlungen die Richtung angegeben: „Im Flächentarifvertrag müssen auch zukünftig die Mindestbedingungen des Verkaufs der Ware Arbeitskraft abschließend geregelt werden. Tarifvertragsansprüche sind Mindestbedingungen, unterliegen der Sperrwirkung des § 77 Abs. 3 BetrVG und dürfen durch betriebliche Regelungen nicht unterboten werden.“

Daran sollten wir uns alle halten, dafür sollten wir gemeinsam in allen Bezirken bei den Verhandlungen in NRW und Baden-Württemberg und anderswo mit aller Kraft kämpfen und die Pläne von Gesamtmetall zur Flexibilisierung und Zerschlagung des Tariflohn-/Gehalts-Systems verhindern.

Es wäre schön, wenn Ihr Zeit für eine schriftliche Beantwortung hättet, wofür wir uns im voraus recht herzlich bedanken.

*Mit solidarischen Grüßen
(alle 27 anwesenden Vertrauensleute)*

Öffentlicher Dienst

Das Tarifwesen soll aufgeweicht werden

Was in der Wirtschaft der „Flächentarif“, ist im öffentlichen Dienst der BAT bzw. BMT-G*.

Unmittelbar geltend ist dieser BAT nur für die Angestellten und Arbeiter bei Bund und Länder bzw. bei den Gemeinden. Aber mindestens doppelt so viele Beschäftigte im mittelbaren öffentlichen Dienst (z.B. städtische Krankenhäuser, Körperschaften des öffentlichen Rechts), bei gemeinnützigen Einrichtungen (z.B. Kitas, Jugendeinrichtungen) oder anders geförderten, teils privaten Häusern (z.B. Museen, Forschungseinrichtungen) haben durch Anschlußtarifverträge oder eigene (Haus-)Tarifverträge, die eine direkte Bindung an den BAT oder zumindest an große Teile davon vorsehen, den gleichen tariflichen Schutz, zumindest aber das gleiche Einkommen. Häufig ge-

nug gescholten wegen seiner tatsächlichen oder angeblichen Unflexibilität, hat der BAT aber auch den Vorteil der Vergleichbarkeit und Transparenz, da die Einkommen im „öffentlichen Dienst“ so für alle nachprüfbar sind.

Die Kritik an der Einkommensstruktur, die sich hinter der BAT-Schelte verbirgt, zielt insbesondere darauf ab, daß Tätigkeiten in den unteren Einkommensgruppen im BAT besser bezahlt werden als dies vergleichbare andere Tarife im Dienstleistungsgewerbe tun. Eine andere Kritik zielt darauf, daß nach oben hin Grenzen gesetzt sind, da es außertarifliche Leistungen gar nicht und tarifliche Leistungszulagen nicht begrenzt gibt.

Wie in der Wirtschaft auch gibt es im Bereich von öffentlichen Dienst-Einrichtungen zunehmend das Bestreben, aus den Arbeitgeberverbänden aus bzw. erst gar nicht in sie einzutreten. Immer häufiger wird versucht, die Bindung an den BAT loszuwerden, z.B. durch Privatisierungen oder durch Kündigung bislang geltender Tarifverträge.

Im folgenden dokumentieren wir einen Beitrag aus dem ötv-wifo-report, der von einem solchen Versuch im Forschungsbe-
reich berichtet. *har*

Tarifvertrag bei der GMD unter mafia-ähnlichen Umständen gekündigt

Tarifverträge sind nicht mehr zeitgemäß, sagen die Arbeitgeber. Für sie ist es bequemer und billiger, die Arbeitsbedingungen einseitig festzulegen. Daß dies bittere Wirklichkeit ist, müssen die studentischen Beschäftigten demnächst befürchten (wir berichteten darüber in PB 16/98, d. Red.). Für die Beschäftigten der GMD - Forschungszentrum für Informationstechnik GmbH ist es schon Wirklichkeit. Dort hat das Bonner Innenministerium die Tarifverträge für Angestellte und Arbeiter zum 30.9.1998 gekündigt.

Dabei drängt sich der Eindruck auf, daß die mittlere Leitungsebene im Innenministerium in einer mafia-ähnlichen Aktion schnell ihre Ziele noch durchsetzen wollte, bevor sie nach den Bundestagswahlen möglicherweise einen neuen Chef bekommt. Jedenfalls hatte die Leitung der GMD noch wenige Tage vor der Kündigung ihren Betriebsräten erklärt, die Kündigung komme frühestens im Herbst oder Winter. Offenbar erst auf einer Betriebsversammlung am 2. Juli 1998 erfuhr der stellvertretende Vorstandsvorsitzende und Personalchef der GMD vom Vertreter der Gewerkschaft ÖTV, daß nicht nur der Tarifvertrag mit der ÖTV, sondern auch der mit der DAG gekündigt worden sei. Sichtlich irritiert bemerkte er, daß er sich das nicht erklären könne. Seine Überraschung war verständlich, denn der entsprechende Aufsichtsratsbeschluß der GMD ermächtigte das Innenministerium nur zur Kündigung des ÖTV-Tarifvertrages. (...)

Die GMD mit rund 1200 Beschäftigten an Standorten in Berlin, Darmstadt und

der Zentrale in Birlinghoven (Nordrhein-Westfalen) zählt zu den wenigen Forschungseinrichtungen, für die ein Haustarifvertrag existiert. Am Standort Berlin-Adlershof (liegt im Ostteil Berlins, d. Red.) mußte aufgrund dieses Tarifvertrages den Beschäftigten Vergütung nach BAT (Westtarif) gezahlt werden, obwohl in allen übrigen Forschungseinrichtungen ohne Tarifvertrag in Anlehnung an BAT-O gezahlt wird. Mit der Absenkung auf Osttarif (derzeit 86,5%, d. Red.) kann die GMD jährlich viele hunderttausend Mark auf dem Rücken der Beschäftigten „sparen“. Deshalb der Aufsichtsratsbeschluß, den ÖTV-Tarifvertrag zu kündigen. Der DAG-Tarif erlaubte bereits seit 1990 Bezahlung nach BAT-O.

Die Gewerkschaft ÖTV hat den Arbeitgeber aufgefordert, den Tarifvertrag unverändert wieder in Kraft zu setzen und hat zusätzliche Forderungen der Gewerkschaft in den Tarifverhandlungen angekündigt. Keinesfalls soll eine Spaltung der Bezahlung nach Ost und West akzeptiert werden, das beschloß die Tarifkommission einstimmig am 15.7.98. Über weitergehende Begehrlichkeiten der Arbeitgeberseite konnte die Tarifkommission nur spekulieren. So wurde im Aufsichtsrat schon laut über leistungsorientierte Bezahlung jenseits des BAT nachgedacht.

Bereits wenige Tage nach der Kündigung hatte die Gewerkschaft ÖTV die Beschäftigten in den beiden Berliner Standorten aufgefordert, frühzeitig über Möglichkeiten eines Arbeitskampfes zu beraten. Am 1. Oktober 1998 endet die Friedenspflicht. Um die Empörung der Beschäftigten zu dämpfen und ihre eigene Ausgangsposition zu verbessern, bot die Leitung der GMD dem Gesamtbetriebsrat am Tag nach der Tarifkommissionsitzung eine Vereinbarung an, wonach alle jetzt schon Beschäftigten durch die Kündigung des Tarifvertrags keine Nachteile haben sollten. Betroffen werden sollen nur die Neueingestellten. Bei einem Anteil von 50 bis 70% befristet Beschäftigten würde die Zahl der schlechter bezahlten Beschäftigten aber bald die Mehrheit im Betrieb stellen.

Die rund 300 Beschäftigten an den beiden Berliner GMD-Instituten FIRST (Ost) und FOKUS (West) werden die Solidarität der ganzen Abteilung Wissenschaft und Forschung brauchen. Ein erfolgreicher Arbeitgeberangriff auf den Haustarifvertrag bei der GMD könnte die gewerkschaftliche Forderung nach tariflichen Regelungen für den gesamten Forschungsbereich zurückwerfen.

(ötv-wifo-report Nr. 5/August 1998, herausgegeben von der Abteilung Wissenschaft und Forschung der ÖTV Berlin)

* BAT = Bundesangestelltentarifvertrag; BMT-G = Bundesmanteltarifvertrag, gilt für Arbeiter. Der Einfachheit halber wird im folgenden nur noch der BAT genannt.

Den im folgenden dokumentierten Beitrag hielt der Autor auf der Konferenz der Opfer des Kalten Krieges am 27. Juni in Hamburg. Er zeigt darin die Kontinuität einer „Sicherheitspolitik“ auf, die sich durch – immer neue – Bedrohungsszenarien und Feindbilder legitimiert und die demokratische Austragung von Konflikten verhindert.

(...) Nach dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik bildete sich in Ost wie in West rasch ein gesellschaftlicher Konsens heraus, die Geschichte der DDR umfassend aufzuarbeiten, die ungeheuerlichen Stasi-Machenschaften aufzudecken und die Opfer der Stasi und der DDR-Justiz zu rehabilitieren und zu entschädigen. Vom Ansatz her ein respektables und wichtiges Anliegen, dies habe ich immer wieder betont, auch wenn es – von heute aus betrachtet – streckenweise zu einer interessegeleiteten, staatsdominierten Abrechnung mit der realsozialistischen DDR und ihren Funktionsträgern geraten ist. Jedenfalls handelt es sich bei diesem Projekt um ein äußerst einseitiges Unternehmen, dem ich entgegenhalten möchte, daß nach meiner Auffassung die Aufarbeitung der Geschichte in einem ehemals geteilten Land unteilbar ist.

Die Konzentration auf die Geschichte der DDR und auf die Stasi führte vollends zur Verdrängung der Geschichte Westdeutschlands, in der es überaus dunkle Kapitel gibt, die dieses Land von Anfang an bis in die heutige Zeit nachhaltig geprägt haben. Und diese dunklen Kapitel, auf die ich noch zurückkommen werde, sind keineswegs abgeschlossen.

Heute gilt immer noch eine Jahreszeit als dunkler „Höhepunkt“ – besser „Tiefpunkt“ – bundesdeutscher Kräfteentfaltung im Bereich der sog. Inneren Sicherheit: nämlich der „Deutsche Herbst“ 1977. Die alte Bundesrepublik erlebte damals wohl die schärfste innenpolitische Krise ihrer Nachkriegsgeschichte. Nach „Stammheim“ werde dieser Staat nicht mehr derselbe sein, so sagte Ulrike Meinhof damals die Zukunft der Republik voraus.

„Stammheim“ – das alte Konzept der „Inneren Sicherheit“ wird modernisiert

Jeweils im Zehn-Jahres-Rhythmus nach dem „Deutschen Herbst“ 1977 wird viel geschrieben über diese traumatische Phase bundesdeutscher Geschichte – meist allerdings so, als wäre auch dieses Kapitel seit langem abgeschlossen. Hauptthema ist dabei die „Rote Armee Fraktion“. Sie besteht nicht mehr, so viel ist richtig, kann also niemanden mehr ängstigen. Aber was ist aus dem Staat geworden?

Die RAF hatte dem Staat seinerzeit mit ihren Attentaten auf Wirtschafts-



Herbst ohne Ende?

Von Rolf Gössner

und Staatsfunktionäre den „Krieg“ erklärt, und der Staat hatte diese „Kriegserklärung“ angenommen. Er verhielt sich wie in einem Ausnahmezustand, ohne ihn jedoch förmlich zu deklarieren. Dem Rechtsstaat wuchsen Zähne, Klauen und Stacheldraht. Er suchte sich mit Anti-Terror-Gewalt, Großrazzien, Hochsicherheitstrakten, Sonderpolizei und Maschinengewehren zu schützen. Die Bevölkerung hatte sich daran zu gewöhnen.

Dieser martialische Rechtsstaat ging, wie der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) formulierte, hart bis an die Grenze des Zulässigen; nach Auffassung namhafter Verfassungsjuristen überschritt er sie sogar beträchtlich. Jenseits der Verfassung wurden unkontrollierte „Krisenstäbe“ gebildet, gesetzlos wurden Kontakt- und Nachrichtensperren errichtet, Abhöraktionen hatten keine Rechtsgrundlage, die Ausnahmebedingungen im Stuttgart-Stammheimer

Verfahren gegen den Kern der RAF, die rigorose Einschränkung von Verteidigerrechten, all die staatlichen Reaktionen auf den „Staatsfeind Nr. 1“ waren damals illegal. Zudem erwiesen sie sich als Überreaktionen, die zu einer Militarisierung der Innenpolitik, zu einer Eskalation der Gewalt und zu einer Vereisung des gesellschaftlichen Klimas führten. Der Terrorismus-Verdacht war allgegenwärtig, die gesamte Linke sah sich ihm ausgesetzt. Hetze gegen „Sympathisanten“, Zensur und Selbstzensur waren Folgen dieser überschießenden Hochsicherheitspolitik.

Wenn der Staat die illegalen Mittel nur widerwillig ergriffen hätte, nur unter dem Zwang einer Bedrohung durch die RAF, dann hätte er sie später wieder hergeben können. Aber er behielt sie, und inzwischen ist das damalige Ausnahmerecht längst zum innenpolitischen Standard geronnen. Insofern behielt Ulrike Meinhof mit dem, was sie angesichts der „Anti-Terror“-Maßnahmen der 70er Jahre sagte, offenkundig recht. Doch gerade dadurch, daß der Staat an den einmal erworbenen

Machtmitteln bis heute festhält, zeigt er zugleich deutlich, daß sie ihm nicht fremd, nicht lästig sind, sondern durchaus erwünscht und nützlich. Mit derselben Selbstverständlichkeit, mit der er sie in Besitz genommen hat, vermehrt er sie auch bis zum heutigen Tage – immer bestrebt, sein Arsenal zu vergrößern und zu perfektionieren.

Rückblicken ist allerdings festzustellen, daß „Stammheim“ nicht jene Zäsur in der westdeutschen Staatsentwicklung bedeutet, die immer wieder angenommen wird. Denn schon lange vor „Stammheim“ entsprach dieser Staat nicht mehr jenem Bild, das viele Menschen sich bei seiner Gründung von ihm gemacht hatten. Er hatte sich bereits frühzeitig vieler Konsequenzen entledigt, die zunächst wenigstens ansatzweise aus der Nazi-Zeit gezogen worden waren. Empörung über die beharrliche Nichtbewältigung der staatsterroristischen Vergangenheit war ein starkes, vielleicht das stärkste Motiv der RAF – und wie zu Bestätigung kamen dann in der Art und Weise, wie der Staat reagierte, genau die autoritären Tendenzen zum Vorschein, die überdauert hatten. Gerade hier, wo es um die „innere Sicherheit“ ging, mußten sich die Versäumnisse, Verdrängungen und Kontinuitäten auf fatale Weise auswirken.

In der legendären „Stunde Null“ hatte unter dem Diktat der westlichen Besatzungsmächte eine umfassende Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Entpolizeilichung beginnen sollen. Das innere Sicherheitssystem sollte demokratisch organisiert und kontrolliert werden. Der Polizei wurde untersagt, die Bevölkerung politisch zu überwachen. Polizei und Geheimdienste wurden aufgrund der



„Stammheim“ dauert an: Immer noch sind Gefangene aus der RAF in Haft

leidvollen Erfahrungen entflochten und strikt voneinander getrennt. So wollte man eine undemokratische Machtkonzentration ausschließen und erneute politische Verfolgung durch den Staat von vornherein unterbinden.

Kommunistenverfolgung in den 50ern – die Weichen werden gestellt

Doch in den Wirren des Kalten Kriegs setzten sich die herrschenden Kräfte über solche Vorgaben hinweg. Die wieder auf das altbekannte Feindbild Kommunismus – später „Linksterrorismus“ – eingeschworene Gesellschaft verlor die Gefahren einer übermächtigen Sicherheitsbürokratie aus dem Blick. Schon Anfang der 50er Jahre wurde eine vordemokratische, konsequent auf Staatssicherheit bezogene Polizeikonzeption restauriert. Auch das „neue“ Staatsschutzrecht lehnte sich an alte Vorbilder an. Unverkennbar zeigte es die Handschrift „entnazifizierter“ Nazis, die sich wieder in den Staatsapparat eingeknistet hatten und nun eifrig an der inneren Aufrüstung der Bundesrepublik als Bollwerk gegen den kommunistischen Osten mitwirkten.

Fortan diente das Strafrecht als Grundlage für politische Zensur und Verfolgung Tausender Menschen. Von der politischen Justiz betroffen waren in erster Linie Kommunisten, ihre Unterstützer und „Sympathisanten“, aber auch bloße Kontaktpersonen. Das Ausmaß dieser staatlichen Verfolgung ist heute kaum mehr vorstellbar; deshalb muß es immer wieder aufgezeigt werden. Von 1951 bis 1968 gab es Ermittlungsverfahren gegen 150 000 bis 200 000 Personen, mehr als doppelt so viele, etwa eine halbe Million, waren indirekt von Ermittlungsmaßnahmen betroffen, beispielsweise von langfristiger Observation, von Abhöraktionen und Untersuchungshaft. Protest gegen Wiederaufrüstung und Atombewaffnung wurde als kriminelles Delikt verfolgt. Wegen „Staatsgefährdung“ oder „Geheimbündelei“ wurden Menschen bestraft, weil sie für ein entmilitarisiertes und neutrales Gesamtdeutschland eingetreten waren oder wie deutsch-deutsche Kontakte pflegten. Etwa jedes 20. Ermittlungsverfahren schloß mit einer Verurteilung ab – das ergibt etwa 10 000 Verurteilungen meist zu mehrmonatigen, manchmal mehrjährigen Gefängnisstrafen ohne Bewährung. Auch wer nicht bestraft wurde, konnte Schaden nehmen, der an die Existenz ging: durch monatelange Untersuchungshaft (häufig als isolierende Einzelhaft), jahrelange Einschränkungen der staatsbürgerlichen Rechte, Paß- und Führerscheinentzug, Verlust des Arbeitsplatzes, Renteneinbußen.

Der Höhepunkt der Kommunistenverfolgung war im Jahre 1956 mit dem Verbot der Kommunistischen Partei durch das Bundesverfassungsgericht erreicht worden. Praktisch die gesamte politische Betätigung der Kommunisten und ihrer Organisationen wurde kriminalisiert

und bis auf wenige Reste unterbunden. Kriminalisiert wurde damit die politische Betätigung von Menschen, die zu meist maßgeblich am Widerstand gegen den Faschismus beteiligt waren und mit äußerster Härte verfolgt worden waren. Verfolgt wurden Menschen, dies sei ausdrücklich betont, die in der Bundesrepublik „keine politischen Morde, keine Aufstandsversuche, keinerlei Gewalttaten“ begingen, wie der damalige Strafverteidiger Dieter Posser und spätere SPD-Justizminister Nordrhein-Westfalens anmerkte.

Die politische Justiz gegen Kommunisten wirkte in der Bundesrepublik lange Zeit in stiller oder offener Übereinkunft mit der Mehrheit der Bevölkerung. Es gab – über das unmittelbare politische Umfeld hinaus – nur relativ wenig Solidarität mit den Opfern. Die antikommunistische Hysterie der Adenauer-Ära, das traditionelle tief verwurzelte Feindbild Kommunismus waren hierfür mitverantwortlich. Der allgegenwärtige Kommunistenverdacht, die Angst vor kommunistischer „Unterwanderung“ lähmten bis hinein in die Gewerkschaften und die SPD. Es waren insbesondere die Strafverteidiger – wie Heinrich Hannover und Dieter Posser – die das Unrecht hartnäckig anprangerten.

Erst 1968 wurde das politische Strafrecht teilweise liberalisiert, doch schon ab 1972 erfuhr es – als Reaktion auf die Studentenbewegung und ihr Motto „Marsch durch die Institutionen“ – eine Fortsetzung mit anderen Mitteln. Hunderttausendfache Überprüfungen durch den „Verfassungsschutz“ und tausendfache Berufsverbotsverfahren auf der Grundlage des „Radikalenerlasses“ der Ministerpräsidenten bedrängten Intellektuelle, Liberale und die gesamte Linke und vergifteten die politische Kultur der 70er Jahre.

Dem „Deutschen Herbst“ 1977 war also seit langem eine staatliche Aufrüstung nach innen vorausgegangen. Die 1969 angetretene sozialliberale SPD/FDP-Koalition hatte daran auf ihre Weise mitgewirkt: Sie hatte der „Inneren Sicherheit“ einen Modernisierungsschub verpaßt – mit langfristigen Schwerpunkt – und Sofortprogrammen, die zu massiver finanzieller, personeller und technischer Verstärkung der Sicherheitsorgane führten. Angesichts neuartiger Krisenerscheinungen und einer sich abzeichnenden „Risikogesellschaft“ setzte man mehr und mehr auf Prävention. Man traf Vor-sorge – nicht für den erklärten Ausnahmezustand (wie mit der Notstandsgesetzgebung von 1968 noch intendiert), sondern nunmehr Vorsorge für den krisengeschüttelten Alltag. Zu den klassischen Polizeiaufgaben der Strafverfolgung und Abwehr konkreter Gefahren kam ein neues, ausgedehntes Aufgabenfeld hinzu: die sog. vorbeugende Verbrechensbekämpfung und die „Gefahrenvorsorge“. Durch diese weitere Vorverlagerung des Staatsschutzes entwickelte

sich die staatliche Sicherheit zum Supergrundrecht, die Bürger wurden zu potentiellen Sicherheitsrisiken.

Dieser tiefgreifende Veränderungsprozeß, in dem sich der staatliche Gewaltapparat befand, wurde durch das Auftreten der RAF stark beschleunigt. Sicherheitspolitiker und –praktiker im Verein mit Blättern wie „Bild“ nutzten die von ihnen nach Kräften dramatisierte Bedrohung zur Legitimation weiterer Aufrüstung des Staates nach innen: Es entstanden „Anti-Terror“-Spezialeinheiten der Polizei und spezifische „Anti-Terror“-Gesetze. Um den neuen Strafrechtsbuchparagrafen 129a („terroristische Vereinigung“) herum wurde ein Sonderrechtssystem entwickelt, wodurch die Polizei zusätzliche und weitreichende Befugnisse erhielt.

Die in den 70er Jahren erlassenen Sondergesetze zur Terrorismusbekämpfung sind nicht nur bestehen geblieben, vielmehr wurde in den 80er Jahren das schon kaum mehr überschaubare „Anti-Terror“-Sonderrechtssystem noch verschärft und ausgedehnt. Weil die Ermittlungsbehörden in den erstarkenden politisch-sozialen Bewegungen eine neue „terroristische Gefahr“ witterten, wurden zahlreiche oppositionelle Initiativen zu Objekten des Staatsschutzes und systematisch ausgeforscht. So kam es praktisch per Gesetz und Rechtsprechung zu einer wundersamen „Terroristen“-Vermehrung. Abertausende Menschen gerieten in den Sog aufwendiger Ermittlungs- und Fahndungsmaßnahmen. Betroffen waren: die Anti-Atom-, die Friedens- und Anti-Gentechnologie-Bewegung, aber auch Mitglieder der Häuserkampf- und Tierschützer-Bewegung sind in diese staatliche Anti-Terror-Maschinerie geraten. Der neue Anti-Terror-Kampf entwickelte sich zur Widerstandsbekämpfung und wirkte weit hinein in die demokratische Linke.

Gegen Rechts ist dieses Anti-Terror-Instrumentarium – damals wie heute – kaum eingesetzt worden, nur wenige Verfahren nach §129a sind hier zu verzeichnen – trotz der scheußlichen Anschläge auf wehrlose Menschen, auf Angehörige von sozialen und politischen Minderheiten, trotz der zunehmenden Organisation und Vernetzung von Skinhead-Szene und Neonazi-Gruppen.

Unerwünschte Minderheiten – das neue Bedrohungsszenario

Diese sicherheitspolitische Entwicklung und jenes Zweierlei Maß sind also das Erbe, das die Alt-Bundesrepublik in das größer gewordene Deutschland eingebracht hat und auf das inzwischen kräftig aufgebaut worden ist. Jetzt, nach dem Kalten Krieg und dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik, ist die Rolle der Staatsfeinde vor allem den „organisierten Kriminellen“, den „kriminellen Ausländern“ und jugendlichen Gewalttätern zugefallen – nachdem die alten „inneren (Staats-)Feinde“ – Kommunisten und

Linksterroristen – in den 90er Jahren so ziemlich abhanden gekommen sind. Dabei wird die Kriminalitätsentwicklung nur höchst selten nüchtern und differenziert analysiert, sondern zumeist unter Darstellung grauenregender Bedrohungsszenarien, garniert mit brutalen Einzelfällen, massenmedial zum bluttriefenden Horrorstück verdichtet und verzerrt. Mord & Totschlag, Lug & Trug, Gewalt & Kriminalität, wohin das (Fernseh-)Auge blickt – abgrundtiefe Unsicherheit & Angst auf Schritt & Tritt. An die gesellschaftlichen Ursachen von Kriminalität und Gewalt denkt da kein Mensch mehr.

Das demoskopisch ständig gemessene „Sicherheitsgefühl“ der Bevölkerung – dessen Niedergang mit der objektiven Lage in keinem Verhältnis steht – wird zum absoluten Gradmesser der herrschenden Sicherheitspolitik erkoren, an dem kein Politiker und keine Partei glaubt vorbeizukommen, wenn sie denn gewählt werden wollen. Demoskopie statt Demokratie. Insbesondere in Wahlkampfzeiten eskaliert die öffentliche Debatte um den starken Staat, um Law-and-Order und Null-Toleranz. Es scheint, als ob der „Sicherheitsstaat“ in dem Maße aufgerüstet würde, wie der Sozialstaat abgetakelt wird. In Zeiten der Massenarbeitslosigkeit, der sozialen und ökonomischen Unsicherheiten wächst der Hunger nach „Sicherheit“. Und solche Zeiten sind denkbar ungünstig für eine liberale Rechts- und Innenpolitik, wie sie die größer gewordene Bundesrepublik so dringend nötig hätte. Staat dessen erleben wir eine permanente Erweiterung von Polizeibefugnissen, die Expansion der Geheimdienste und immer wieder Strafrechtsverschärfungen. Legalisiert wurden verdeckte Ermittlungsmethoden, inzwischen auch der Große Lauschangriff, des weiteren Aufenthaltsverbote und verdachtsunabhängige Kontrollen, Strafverfahren wurden beschleunigt, Abschiebungen ins Ausland erleichtert, sog. Sicherheitsnetze werden geknüpft und Nulltoleranz wird gegenüber unliebsamen sozialen Minderheiten praktiziert und mit Hilfe von Platzverweisen, Aufenthaltsverboten und Vorbeugehaft durchgesetzt.

- Es handelt sich bei dieser Null-Toleranz-Politik gegenüber Punks, Drogenabhängigen, Obdachlosen und Bettlern letztlich um Instrumente der sozialen und politischen „Säuberung“ von Innenstädten, Konsummeilen, bestimmten „besseren“ Stadtteilen und Wohngegenständen: „Punkerfrei“, „Junkiefrei“, „Pennerfrei“, „Bettlerfrei“.

- Es handelt sich bei diesen Maßnahmen nach New Yorker Vorbild um die niedrigschwellige polizeiliche Bekämpfung der Symptome einer zunehmenden sozialen Verelendung in den Städten.

- Folge dieser „Säuberung“ ist die Verdrängung in andere Stadtteile oder Städte, jedenfalls nicht der Ansatz einer sozialverträglichen „Lösung“ der zugrunde

liegenden Probleme, sondern letztlich deren Verschärfung und Eskalation.

- Es handelt sich um eine Strategie der gesellschaftlichen Spaltung in schützenswerte, anständige Konsumbürger auf der einen und störende Bürger minderen Rechts auf der anderen Seite.

- Es ist der (vergebliche) Versuch, die „häßlichen“ Auswirkungen einer verfehlten Sozial- und Jugendpolitik, von rigorosem Sozialstaatsab-

bau und sozialer Desintegration mit Mitteln zu „bewältigen“, zu verdrängen, die – in letzter Konsequenz – als „polizeistaatlich“ zu kennzeichnen sind.

Das herrschende „Konzept“ des permanenten Nachrüstens, des Verbotens, Ausgrenzens und Wegsperrens ist ein im wahren Sinne des Wortes a-soziales, ein einfallsloses, ein hilfloses Konzept, ein Armutszeugnis für Regierungen und Polizeiführungen. Statt Ausgrenzung und Drohgebärden ist eine Verbesserung der Lebensqualität und Lebensperspektiven für sozial Schwache und insbesondere für Jugendliche gefragt. In bestimmten Bereichen – wie in der Drogenpolitik – sind Entkriminalisierungen und – in politischen Konfliktfällen konsequent angewandte Deeskalationskonzepte – vonnöten, und dazu gehört auch ein kritischer Dialog mit den betroffenen Szenen und Gruppen. Das ist ein mühsamer Weg – und längst nicht so populär, wie der (letztlich hilflose) Schrei nach dem „starken Staat“, nach noch mehr Polizei und schärferen Polizeibefugnissen.

Die herrschende Politik führt zu einem alltäglichen und dramatischen Grundrechte-Zerfall und Demokratie-Abbau. Doch wer nimmt nach dieser permanenten Aufrüstungspolitik noch Notiz davon? Seit Jahren ist nur wenig Opposition zu verzeichnen – so daß uns bis auf weiteres die traditionellen Bürgerrechtsgruppen bleiben, die aktiven Antirassismusbüros und Flüchtlingsinitiativen, die kritischen Medien, WissenschaftlerInnen und die wenigen PolitikerInnen, die in diesen „bewegungsarmen“ Zeiten unverdrossen Mißstände anprangern und die Bürgerrechte hochhalten – bis der Deutsche Herbst und Winter endlich vorüber sind.

Das Fehlen einer breiten Oppositionsbewegung mag u.a. auch daran liegen, daß viele Menschen sich nicht mehr un-



Platzverweise gegen Junkies am Hamburger S-Bahnhof Sternschanze. Über 80 000 Platzverweise jährlich verhängt die Hamburger Polizei allein in den Stadtteilen St. Georg und Schanzenviertel

mittelbar betroffen fühlen, weil sich die Entwicklung teilweise zu abstrakt vollzieht, weil die Maßnahmen sich vorgeblich gegen „organisierte Kriminelle“ richten, gegen AusländerInnen, gegen Junkies oder Angehörige anderer sozialer Minderheiten – also gegen Menschen, denen die Mehrheit der Bevölkerung ohnehin nicht gerade viel Sympathie entgegenbringt. Aber der Abbau von Grund- und Freiheitsrechten und Rechtsgarantien trifft letztlich alle, trifft jede und jeden von uns, prägt die Lebenswirklichkeit und den Charakter einer ganzen Gesellschaft. Es scheint mir deshalb gerade auch heute wichtig, eine Art „Rechtsbewußtsein“ zu entwickeln, das dem mangelnden Unrechtsbewußtsein der Betreiber dieser herrschenden Politik der „inneren Unsicherheit“ trotz – zunächst durch hartnäckige Wahrnehmung und Durchsetzung der verbleibenden eigenen Rechte, aber insbesondere auch durch eine starke politische Opposition, durch Zivilcourage und Zivilen Ungehorsam. Wir brauchen endlich eine starke Bürgerrechtsbewegung.

In der deutschen Geschichte war die Freiheit mehr von der Obrigkeit und der Staatsgewalt bedroht, von ökonomischen Expansionsinteressen, von staatlich-gesellschaftlichen Strukturdefekten und vom „gesunden Volksempfinden“ als etwa von Kriminalität, gesellschaftlichen Außenseitern oder von sozialen und politischen Minderheiten, denen sich Polizei, Strafjustiz und Geheimdienste so überaus vehement widmen. Der starke und autoritäre Staat mit seiner „law-and-order“-Ideologie steht weit rechts und ist eine der größten Gefahren für Demokratie und Bürgerrechte eines Landes – nicht zuletzt wenn dieses Land Deutschland heißt.

Zwischenüberschrift von der Redaktion

PDS entschieden auf der Linken

Von Wolfgang Gehrcke

In den PB 17 hatten wir mit dem Abdruck eines Offenen Briefes von Ulla Jelpke an das Neue Deutschland und dem Artikel „Brie macht es falsch“ die Auseinandersetzung mit nationalistischen Tendenzen in und bei der PDS geführt. Wir setzen diese Auseinandersetzung mit einem Beitrag von Wolfgang Gehrcke fort. (Red.)

Gefragt, ob er sein Land liebe, antwortete Gustav Heinemann, damals Bundespräsident: „Ich liebe meine Frau“. Das ist mehr als ein Vierteljahrhundert her. Heute würde jeder Bundespräsident sich nicht nur genötigt sehen, er würde freudig und freiwillig seine Vaterlandsliebe in die Öffentlichkeit posaunen. Was ist passiert? Die „geistig-moralische Wende“ hat gegriffen. Sie einzuleiten, also von den damals in der Folge der 68er „neuen“ Werten der Solidarität und Selbstbestimmung wieder zurückzufinden zu den alten Werten der Subsidiarität, Familie, Tradition, Nation war das Ziel, mit dem Bundeskanzler Kohl seine Regierungszeit eröffnete. Die völlige Selbstverständlichkeit, mit der wir alle heute ein ungetrübtes und positives Verhältnis zur Nation zu haben haben, ist ebenso ein Resultat der „geistig-moralischen Wende“, wie die – da durch „Solidarität“ diskreditierte – Aushöhlung der Systeme der sozialen Sicherheit.

Nun teilt die PDS weder die Politik der Kohl-Regierung, noch deren weltanschaulichen Hintergrund. Jedoch ist die Kritik der PDS an der Praxis und den Folgen neoliberalen Politik besser entwickelt als ihre Auseinandersetzung mit der Ideologie und Theorie des Neoliberalismus. Zu letzterem gehört auch, die gegenseitige Bedingtheit und die Widersprüche der neuen Rechten zum Neoliberalismus auszuleuchten. Bestehen hier theoretische Defizite, dann können die in extremen Situationen zu gravierenden Fehlern von SozialistInnen führen. Jürgen Elsässer zeichnet einige in seinem „Blätter“-Artikel (9/98) „PDS: Rechts nicht ganz dicht?“ nach. U.a. verweist er auf die Gespräche, die Christine Ostrowski 1992 mit Constantin Meyer, einem Führer der später verbotenen „Nationalen Offensive“, geführt hat und in deren Folge sie als stellvertretende Parteivorsitzende zurücktreten mußte.

In einzelnen Kommunen gab und gibt es auch von PDS-Mitgliedern geduldeten Fehlentscheidungen, wie viele Migranten eine Gemeinde „verträgt“, Unsicherheiten auch, wo und wie rechtsradikale Jugendliche durch Freizeitangebote und Gespräche zu integrieren seien und wann

und wie man sich von ihnen abgrenzen, sie bekämpfen muß. Öffnungen nach rechts im Umfeld der PDS sieht Jürgen Elsässer endlich in der ND-Debatte zu „Wie national muß die Linke sein“ (ND v. 31. Juli, 7. Aug. u. 1. Sept. 1998). Sie ist Anlaß seines Artikels, deshalb einige Gedanken dazu.

Die ND-Redaktion hatte die Debatte aus meiner Sicht in einer doppelten Schiefelage eröffnet. Zum einen war in der Frage die Antwort vorgezeichnet: Die Linke muß national sein – mehr oder weniger. Zum zweiten wurde die Debatte von einem profilierten Vertreter der Neuen Rechten eröffnet. Damit war gleich zu Beginn ein bis dahin weitgehend akzeptierter Konsens von Linken gebrochen, der heißt: Man bietet Rechten nicht ohne Not eine öffentliches Forum und läßt sich von ihnen die Fragen vorgeben.

Nun haben sich in der Debatte ND-Redakteure (ND v. 7. August und 1. September) gegen Denkverbote und für Offenheit, für eine Diskussion „ohne einander zu verfemen!“ ausgesprochen – im Schlagabtausch mit einem Vertreter der Neuen Rechten wohl gemerkt, darum ging es ja und nicht um das unzensurierte Streitgespräch von Demokraten, in dem sie unterschiedliche bis kontroverse Positionen beziehen.

Bei mir hat sich, und das stünde dem Ansatz des ND entgegen, in langjähriger Auseinandersetzung mit der Rechten die Erfahrung herausgebildet: Man muß die Rechte ausgrenzen. wo immer es möglich ist. Das genügt nicht, aber es ist ein Schritt und eine Haltung. Zu diesem Schritt gehört sowohl der Kampf darum, den Rechten keine öffentlichen Räume, Straßen und Plätze zu überlassen wie die Tabuisierung rechter Parolen und rechten Gedankenguts. Diesem ersten Schritt müssen weitere folgen, etwa Analysen zu den Stimmungen, Problemen, an denen die Rechte anknüpft, in welchen sozialen, politischen, ökonomischen Zusammenhängen bewegt sie sich, wie sind die verschiedenen Strömungen/Parteien national und international miteinander verwoben, wo und wie ergeben sich Überschneidungen zum Staatsapparat, zur Justiz, zum Militär, mit welchen Mitteln und Methoden arbeitet die Rechte etc.pp..

Das alles ist wichtig, es wird geleistet – auch und gerade vom ND – und doch sind es nur „Vorarbeiten“ einer Politik gegen rechts. Heute wird noch weitgehend mit Rechts die Historie faschistischer Bewegungen der 30er und 40er Jahre identifiziert, der Kampf wird gegen die historische Vorläufer, aber nur ungenügend gegen die aktuelle Rechte geführt; oft unverstanden bleiben sowohl die intellektuell auftretende „Neue Rechte“

wie auch rechte Jugendszenen.

Uns alle bedrückt die relative Wirkungslosigkeit, mit der wir gegen Rechts schreiben, diskutieren, demonstrieren. Die Rechte gewinnt trotzdem an Boden, in Ost und West, unter Jugendlichen, in Deutschland und in Europa.

Warum aber dann keine öffentliche Debatte (womöglich noch: „ohne einander zu verfemen!“) von Linken mit Repräsentanten der Rechten? Neben Ausgrenzung und Stigmatisierung (s.o.) ist meine Erfahrung: Die Rechte tritt demagogisch und populistisch auf, mit gleicher Münze kann und will die Linke nicht heimzahlen. Die öffentlichen Debatten mit Repräsentanten der Rechten sind nicht mehr frei, die Begriffe schon besetzt, gegen Populismus und Demagogie kommen Argumente kaum mehr durch. Dafür tragen konservative Politiker, dafür trägt die die selbsternannte „Mitte“ die Verantwortung, die der Rechten die Themen überlassen und die Felder ihres Agierens bereiten.

Die Frage des Verhältnisses zur Nation ist zumindest in Deutschland – und das hat etwas mit der ausgebliebenen bürgerlichen Revolution zu tun – die Gretchenfrage der Rechten, nicht der Linken. Dabei geht es der Rechten nicht darum, sich mit der Nation als dem Ergebnis von Geschichte auseinanderzusetzen oder die Nation als ökonomische und kulturelle Größe und die Nation in Beziehung zu setzen zum Staat und zur Verfassung. Nicht die Linke diffamiert die Debatte um das Verhältnis zur Nation als völkisch, der Gegenstand vielmehr ist in Deutschland, wie das Staatsbürgerrecht, völkisch geprägt und mystisch verklärt. Und wenn die Linke darauf beharrt, Deutschland denken heißt Auschwitz denken, so mag das dem einen ärgerlich, dem anderen hilflos erscheinen, es ist aber in erster Linie eine Haltung, die versucht, dem völkisch besetzten Begriff eine historisch konkrete Auseinandersetzung entgegenzusetzen.

Während die Gretchenfrage der Rechten das Verhältnis zur Nation ist, ist die Gretchenfrage der Linken, um in dem Bild zu bleiben, das Verhältnis zur sozialen Frage, zur sozialen Gerechtigkeit. Diese Gegenüberstellung ist natürlich eine Abstraktion. Die Rechte thematisiert auch soziale Fragen, die Linke auch Fragen von Nation, Internationalismus, ethnischen Besonderheiten und kultureller Vielfalt. Am Ursprung der Bewegungen aber stand auf der einen Seite die nationale Frage, auf der anderen die soziale – und sie verbinden bis heute die verschiedenen rechten Strömungen auf der einen und linken Strömungen auf der anderen Seite, sie machen sie als Rechte und Linke kenntlich.

Rechts und links unterscheiden sich, auch auf dieser einfachen Trennung will ich, wider den Zeitgeist, bestehen. Es ist modern geworden, bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten zu beteuern, daß die heutigen Fragen nicht mehr im Links-Rechts-Raster zu beantworten sind. In Rastern sind sie ohnehin nicht zu beantworten, warum aber eigentlich nicht in geistigen Strömungen von rechts und links, warum nicht in gegensätzlichen Theorien, warum nicht in Strategien? Emanzipation von Antiemancipation zu unterscheiden, kann doch nicht so schwer sein.

Aus den von mir angesprochenen Problemen zu folgern, die PDS sei nach rechts offen, halte ich für unredlich. Dagegen steht das antirassistische und radikaldemokratische Programm der PDS, das in der Arbeit des Bundesvorstands, der Bundestagsgruppe, der übergroßen Mehrheit der Fraktionen und Basisorganisationen lebt. Dagegen steht die tiefe Bindung der PDS zu antifaschistischen Traditionen. Gerade sie aber fordern die PDS heraus, unter ihren Mitgliedern und bei ihren Wählerinnen und Wählern die Abgrenzung gegen den rechten Zeitgeist immer wieder neu zu erstreiten, manchmal auch in Auseinandersetzung mit politischen Fehlern in den eigenen Reihen.

Die ND-Debatte könnte eine Fußnote bleiben, der Konflikt hätte sich irgendwann aufgelöst – schließlich pflegt die Redaktion engen Kontakt zu ihren Leserinnen und Lesern, sie ist Kritik gegenüber aufgeschlossen und an den antifaschistischen Positionen der Redaktion habe ich keinen Zweifel –, wenn sich ein gemeinsamer Lernprozeß daraus entwickelt. Debatten über die Auseinandersetzung mit Rechten finden in allen Redaktionsstuben statt, dazu liegen Erfahrungen vor.

Erfahrung Nummer eins: Untersuchungen zeigen, demokratische Journalistinnen und Journalisten stigmatisieren die Rechte (Beispiel: Es wird nicht von der NPD sondern von den „rechtsradikalen“ NPD geschrieben), aber eine eigene argumentative Auseinandersetzung ist unterentwickelt. Daraus haben eine Reihe der Vertreter dieses Berufsstandes, nicht zuletzt um die IG Medien herum, die Schlußfolgerung gezogen: Stigmatisierung reicht nicht, die Medien haben eine eigenverantwortliche Aufgabe in der Auseinandersetzung mit der Rechten. Die beschränkt sich nicht darauf, zu Zeiten die Position eines profilierten Rechten mit der Position eines profilierten Linken zu konfrontieren (übrigens ein Spiel, das das Bild der beiden totalitären Extreme bestätigen kann; deshalb machen es Demokraten nicht mit), nötig sind vielmehr Recherchen zu den Zielen der Rechten, Auseinandersetzungen zu ihren Wirkungsmöglichkeiten, Erfahrungsaustausch zur Auseinandersetzung mit ihnen etc. Darum bemühen sich jene Kolleginnen und Kollegen mit mehr oder weniger Erfolg.

Erfahrung Nummer zwei: Das Ziel ist:

„Cross-Over“ zwischen national und sozialistisch?

Das Neue Deutschland druckte den Offenen Brief Ulla Jelpkes nicht ab (s. PB 17), sondern forderte sie auf, einen Beitrag über den Versuch der Rechten zu schreiben, die Linke zu instrumentalisieren. Ulla Jelpke folgte der Aufforderung, das ND druckte ihn am 21.8. durch Kürzungen und Streichungen zensiert ab. In dem Beitrag heißt es (die inhaltlich geänderten Passagen sind halbfett, die ganz weggekürzten kursiv gesetzt):

(...) Eine der drei wichtigsten Strömungen der „Neuen Rechten“ – Red.) ist die nationalrevolutionäre „Neue Rechte“. VertreterInnen dieses Spektrums propagierten in den 70er und 80er Jahren einen „fortschrittlichen Nationalismus“. Inspiriert durch nationalrevolutionäre Vordenker wie Ernst Niekisch oder Otto Strasser behaupteten sie, jedes Volk habe ein Recht auf „nationale Identität“ und auf „eigenständige Entwicklung“. Ein potentiell revolutionärer Nationalismus avanciert zum „Gegenprinzip“ des „Kulturimperialismus“. Hinter solchen Aussagen verbirgt sich jedoch eine deutliche Absage an die Menschenrechte und an das Prinzip der Gleichheit aller Menschen. Die konkrete Ausprägung dieser nationalrevolutionären „Neuen Rechten“ findet sich in dem von Henning Eichberg vertretenen Konzept des „Ethnopluralismus“ und des „Befreiungsnationalismus“.

Die nationalrevolutionäre Strategie besteht darin, das jeweils in der „linken Szene“ umherlaufende Vokabular geschickt aufzunehmen und dieses mit den eigenen Inhalten zu füllen. (...) In der „Jungen Freiheit“ (24.7.1998) findet sich ein Beitrag mit dem Titel „Die linke Kritik von rechts“. Hier wird behauptet, DVU und NPD hätten die politische Bedeutung der sozialen Frage erkannt. Die besonderen Chancen für DVU und NPD sieht der Autor, Oliver Geldszus, darin, daß in Ostdeutschland (...) nur noch die PDS die soziale Frage besetzt und dort Gehör finde. Somit biete sich der Rechten die Gelegenheit, „erfolgreich in dieses Gebiet vorzustoßen und das Terrain

zu besetzen, auf dem die Wahlkämpfe entschieden werden.“

Die NPD gibt einerseits vor, sich der sozialen Frage anzunehmen – die NPD tritt an unter dem Slogan „Wir stehen zur DDR“, und das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ titelt sogar: „Sozialismus ist machbar“ –, andererseits versuchen die Parteien der extremen Rechten, vor allem diejenigen, die in der nationalrevolutionären Tradition stehen oder sich auf diese zurückbesinnen, auf die Parteientwicklung der PDS Einfluß zu nehmen. (...)

Daß die nationalrevolutionäre Strömung ihre „Querfrontstrategie“ fortsetzt und den aktuellen Erfordernissen und Bedingungen anpaßt, versteht sich von selbst. **Daß jedoch die ND-Redaktion Personen wie Roland Wehl ein Forum bietet, daß ein ND-Korrespondent nicht nur in „wir selbst“, sondern auch in „Mut“ veröffentlicht, daß auch einer der bekanntesten PDS-Funktionäre der Zeitschrift „Mut“ ein Interview gibt, versteht sich nicht von selbst.** „Mut“, ehemals neofaschistisches Jugendblatt, das bis 1983 im VS-Bericht aufgeführt worden ist, bewegt sich heute im Übergangsfeld zwischen bürgerlich-konservativen und extrem rechten Positionen.

Zu diesem merkwürdigen „Cross-over“ besteht Klärungsbedarf.

Daß das ND jetzt einen Flirt mit der nationalrevolutionären „Neuen Rechten“ beginnt und damit deren Strategie entgegenkommt, ist ein offener Affront gegen den Beschluß von Parteivorstand und Parteirat der PDS. Wenn ein Nationalrevolutionär wie Wehl (dessen politische Verortung durchaus bekannt war) als seriöser Diskussionspartner präsentiert und das Gespräch mit solchen Leuten vom ND-Redakteur Schütt ausdrücklich gefordert wird, werden neofaschistische Kräfte aufgewertet und gefördert. Dies ist kein „Kavaliersdelikt“, sondern ein eindeutiger Bruch mit bisherigen Positionen der PDS in dieser Frage.

Öffentlich-rechtliche Medien und ein demokratischer Journalismus wird nicht den Rechten geöffnet. Nicht, weil Linke die schlechteren Argumente hätten, sondern weil Rechte aufklärungsfeindlich sind. Rechts macht nicht klüger, rechts macht dumm, auch wenn die Thesen und Argumente intelligent vorgetragen werden.

Erfahrung Nummer drei: Natürlich werden diejenigen, die sich der direkten Auseinandersetzung mit Rechten in einer größeren Öffentlichkeit verweigern, als solche hingestellt, die die Auseinandersetzung scheuen, die kneifen, die nicht offen sind oder noch dem überholten Rechts-Links-Schema folgen. Kurz, wenn die Linke nicht die Begriffe akzeptiert, die die Rechte ihr vorgibt, wenn sie

auch manchmal im Wortsinn den Rahmen „sprengt“, dann geht es ihr ähnlich wie Gustav Heinemann, der sich nicht auf ein Terrain begeben hat, auf dem er ohnehin keinen Blumentopf gewinnen konnte. Mit Witz und Hintersinn hat er die Frage, ob er sein Vaterland liebe, eindeutig beantwortet. Und nebenbei: Wie immer seine Antwort ausgefallen wäre, das konservative bis rechte Milieu hätte sich in der Auffassung bestätigt gefühlt, dieser Bundespräsident sei ein vaterlandsloser Geselle.

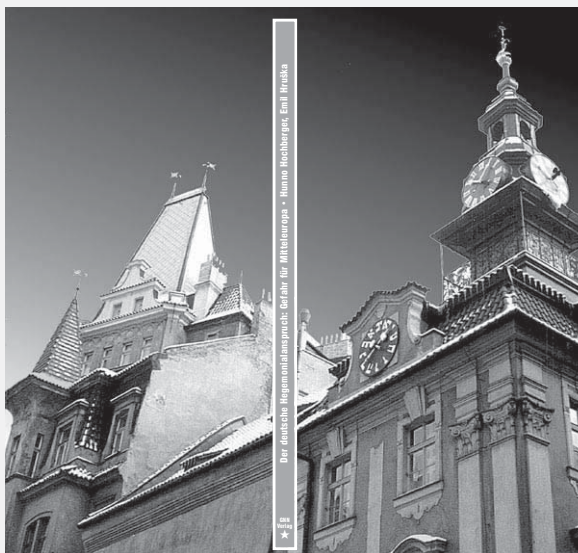
Wie national muß die Linke sein? Dann doch lieber mit Gustav Heinemann ein vaterlandsloser Geselle sein. Wolfgang Gehrcke ist stellvertretender Vorsitzender der PDS

Zu den Autoren:

Dr. Hunno Hochberger, geboren 1946 in Villach-Warbad (Österreich); studierte Volkswirtschaftslehre, Soziologie und neuere Geschichte; Forschungs- und Publikationsschwerpunkt: Die reichsdeutsche bzw. bundesdeutsche Genozisionspolitik (zwecks Aufhebung des territorialen Status quo von 1918/19 bzw. von 1945); unterstützt die Aktivitäten des deutsch-tschechischen Zusammenschlusses „Selkäni“ (Begegnung)

Dr. Emil Hruška, geboren 1948 in Mlada Boleslav, (tschechoslowakei), studierte Jura und Journalistik, betätigte sich jahrelang mit Geschichte und Gegenwart der deutsch-tschechischen Beziehungen. Zahlreiche Artikel in der tschechischen und deutschen Presse, viele Vorträge in der CR und der BRD. Gründungsmitglied der deutsch-tschechischen linken Initiative „Selkäni“ (Begegnung).

ISBN: 3-9805441-2-5
Preis: 28 DM



Der deutsche Hegemonialanspruch: Gefahr für Mitteleuropa • Hunno Hochberger, Emil Hruška

Der deutsche Hegemonialanspruch: Gefahr für Mitteleuropa

Thesen zur Entwicklung der (sudeten)deutsch-tschechischen Beziehungen

von Hunno Hochberger und Emil Hruška

Ein historisches Lesebuch

7. Exkurs. „Anschluß Österreichs an Deutschland“: Zur Meinungsbildung bzw. Politik der konservativen und der sozialdemokratischen Kräfte in dieser Frage 135

7.1. Die christlichsoziale Partei: „Es muß Rücksicht genommen werden auf die Ansicht weitester Kreise, Deutschland werde sich im Falle eines unglücklichen Kriegsausgangs durch Angliederung österreichischer Gebiete schadlos halten“ 136

7.2. Die Sozialdemokratie: „Die schwerste Hypothek, die die Sozialdemokraten von 1918 an in ihrem Verhältnis zur Republik Österreich belasteten – war die Forderung nach Anschluß an Deutschland“ 140

7.2.1. „Tatsächlich war in breitesten Kreisen der Arbeiterschaft die Idee des Anschlusses an das deutsche ‚Brudervolk‘ nicht sehr populär – schon aufgrund der nationalen Herkunft“ vieler Arbeiter 143

7.2.2. „Der Anschluß an Deutschland bahnt uns den Weg zum Sozialismus“: Otto Bauers Sozialisierungsplan betrachtete den Anschluß als conditio sine qua non für wirksame bzw. weitergehende Strukturänderungen 150

8. Auflösung des Habsburgerreichs – Fortsetzung der reichsdeutschen Kriegszielpolitik der „Dekomposition“ bzw. „Dismembration“ nach dem Waffenstillstand. Zu den offenen und verdeckten politischen Operationen der Reichsleitung des Auswärtigen Amtes gegen den Bestand Österreichs (1918/19) 155

9. Zu den Stärken und Schwächen der alliierten Nachkriegsordnungspolitik 179

9.1. Die „deutsch-böhmischen Politiker ... glaubten ... den alten Weg eines Großdeutschland aufgrund eines Rechtes beschreiten zu können, das sich eben gerade aus dem Kampf gegen den deutschen Imperialismus entwickelt hatte“ 181

9.2. Die „Sudetendeutschen ... [konnten] nicht als unterdrücktes Volk gelten: Nicht wenige von ihnen waren zähe ‚Verfechter einer deutschen Hegemonie in Ostmitteleuropa ... (dieser Gedanke war durch den Krieg entschieden unmöglich gemacht worden)“ 185

9.3. Die Mängel der Anschlußverbote in den Friedensverträgen (1919) und die daran anknüpfende reichsdeutsche Politik der Herauslösung des Selbstbestimmungsrechts aus dem demokratischen Gesamtkontext seiner Entstehung 191

Emil Hruška

10. Die Anfänge und die Entwicklung der „sudetendeutschen“ nationalsozialistischen Bewegung und die gegenwärtigen Träger ihrer Tradition 194

11. Thesen zu den („sudeten“-)deutsch-tschechischen Beziehungen zwischen 1918/19 (Friedensverträge von Versailles bzw. St. Germain) und 1938 (Münchener Abkommen) 204

12. Die Okkupationspolitik des Dritten Reichs im „Protektorat Böhmen- Mähren“ (1939–45): Sicherstellte Selbstzeugnisse sprechen für sich 213

13. Zur Frage der Entstehung des Beschlusses über die Aussiedlung der deutschsprachigen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei (1941–1946) – zum einen in den Reihen des tschechischen Widerstands, zum andern in der Antihitlerkoalition 224

Nachwort

Stellungnahme der Minderheitsgruppe in der PDS-Bundestagsfraktion gegen die Deutsch-Tschechische Erklärung von 1997. 230

Standpunkt der tschechischen „Rationalen Opposition“ 232

Anhang

Deutsch-tschechische Erklärung von 1997 233

Anmerkungen 238

Literaturverzeichnis 253

Inhalt

Geleitwort Eva Bulling-Schröter 9

Hunno Hochberger

1. Deutscher Bundestag zu den deutsch-tschechischen Beziehungen: Geltendmachen von „Rechtstiteln“ aus dem Jahre 1938 und aus dem Jahre 1918 11

1.1. Münchner Abkommen (1938): Sein Inhalt ist „kein Unrecht, denn dieser Inhalt [ist] die Selbstverwirklichung des Selbstbestimmungsrechts“ der Sudetendeutschen 11

1.2. Münchner Abkommen (1938): Es wurde auch „durch die Entscheidung der Westmächte, erzwungen ... die sich an das 1918/19 verratene [und unter den Kugeln tschechischer Besatzer erschlagene] Selbstbestimmungsrecht [der Sudetendeutschen] erinnerten“ 14

1.3. Eine einzige Stimme der selbstkritischen Rückbesinnung: Die Zerstörung der deutsch-tschechischen Beziehungen wurzelt im alldutschen bzw. großdeutschen Hegemonieanspruch. Dieser zielte von Anbeginn auf die Austilgung „fremder Volksteile“ bzw. auf die Austilgung multikultureller Verhältnisse 19

2. Zu den antitschechischen und antijüdischen Positionen des alldutschen Programms bis 1914/18 22

2.1. Zur Herausbildung des alldutschen Programms im letzten Jahrhundert 27

2.2. Zu den tragenden gesellschaftlichen Kräften des alldutschen Programms in Deutschland und Österreich 34

2.3. Aus einer Analyse der ‚nationalen‘ Einkleidung sozialer Interessen von seiten der akademischen Mittelschicht – vor 1914/18 und danach 43

3. Exkurs. Zum multikulturellen Charakter der Gesellschaft im Gebiet der späteren Tschechischen Republik 47

3.1. Stete Nutznießung durch den Zentralstaat: Die Familiantengesetze (bis 1848) ließen ein geordnetes Leben der jüdischen Familien zur Unmöglichkeit werden 47

3.2. Emanzipation mit Hilfe des eigenen kommunalen Solidarverbands sowie uneigennützig Unterstützung der Emanzipation der übrigen Gesellschaft 51

4. Zum Kriegsziel Deutsch-Mitteleuropa 1914–18: Angliederung anderer Staaten ans Reich, „mitteleuropäisches System“ – Großdeutschland mit Belgien, Holland, Polen als engen, Österreich-[Ungarn] als weiteren Schutzstaat [,Generalgouvernement‘ bzw. ‚Protektorat‘]“ 57

4.1. Die Zwänge der Weltmarktkonkurrenz verwandeln sich in Handlungsanweisungen für die Politik der Reichsleitung 57

4.2. Bündnispartner Österreich-Ungarn: Das zentrale Kriegsziel, das von Anbeginn bereits als Kriegsgewinn bilanziert war 64

4.3. Das reichsdeutsche Expansionsziel Deutsch-Mitteleuropa duldete keinen wie immer gearteten tschechischen Staat 70

5. Zu den Methoden der reichsdeutschen Kriegszielpolitik. Stichwort: „Dismembration“ bzw. „Dekomposition“ – Zergliederung bzw. Aufteilung 75

5.1. Politik der „Aussiedlung bzw. Umsiedlung“: Annexion von Gebieten, „frei“ von der darauf ansässigen Bevölkerung 75

5.2. Politik der „Befreiung der unterdrückten Nationalitäten“ und „Autonomiepolitik: Abtrennung bzw. Angliederung von Gebieten unter Nutzung des ‚Prinzips der Selbstbestimmung“ 83

5.3. Fallstudie: „Bekanntnis“ der Reichsleitung „zum Selbstbestimmungsrecht“ – die Anschlußpolitik gegenüber Litauen (März 1917–März 1918) 93

6. Zur tschechoslowakischen Nationalstaatsbildung 1914–1918: Die sukzessive Anketzung an das Deutsche Reich macht eine Demokratisierung bzw. Föderalisierung Österreich-Ungarns unmöglich und bedroht schließlich „die bloße Existenz der tschechischen Nation“ 99

6.1. Kriegseintritt „für Kaiser und Vaterland“: Mangelnde Loyalität der Zivilbevölkerung und „unpatriotisches Verhalten“ eines Großteils der tschechischen Soldaten 103

6.2. Zur Entstehung und Entwicklung der tschechoslowakischen Selbstbestimmungsrechts-Bewegung im zivilen Hinterland (und im Exil) 112

Auslieferung ab 17. September 1998

Der deutsche Hegemonialanspruch: Gefahr für Mitteleuropa. Thesen zur Entwicklung der (sudeten)deutsch-tschechischen Beziehungen. Ein historisches Lesebuch. Bezug über:

GNN Verlag, Badeweg 1,
04435 Schkeuditz,
Telefon: 03 2 04 / 6 57 11, Fax: 6 58 93

oder über jede Buchhandlung:

ISBN-Nr. 3-9805441-2-5

256 Seiten, Format 16x23,5 cm, 28 DM

„Kurden und die PKK“: ein Dauerbrenner im Bereich der „Inneren Sicherheit“. Kein Thema hat in den letzten zehn Jahren mehr Polizisten, Richter, Journalisten und Massenmedien beschäftigt. Inzwischen ist es ruhiger geworden, der Prozeß des „Dialogs und der Deeskalation“ zwischen deutschen Behörden und PKK-Führung hat dazu maßgeblich beigetragen. Die Probleme und ihre Ursachen sind aber offensichtlich noch lange nicht gelöst. Höchste Zeit also für den Versuch einer kritischen Bilanz aus der Sicht eines als Strafverteidiger und Rechtsanwalt mit der Materie befaßten Autors. Die Herausgabe wird unterstützt von medico international, Rote Hilfe e.V., Republikanischer Anwältinnen und Anwälte Verein

Eberhard Schultz

Zehn Jahre grenzüberschreitende Kurdenverfolgung

Beiträge für eine Menschenrechts-Chronik

Mit Beiträgen von

Rainer B. Ahues
Hans Branscheid
Rolf Güssner
Friedel Grützmacher
Ulla Jelpke und
Monika Morres
Kani Yilmaz

und einer
Chronologie



Eberhard Schultz

Zehn Jahre grenzüberschreitende Kurdenverfolgung

Mit weiteren Beiträgen von Rechtsanwälten, Menschenrechtlern und Politikerinnen sowie einer Chronologie der Kurdenverfolgung.

Erscheint in Kürze. 124 Seiten, broschiert, DM 12,-. ISBN 3-926922-33-8

Bestellungen ab sofort an:
GNN Berlin, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin.
Tel. (0 30) 69 40 10 39, Fax (0 30) 69 40 10 41

5. bis 6. September: Widerstand und Verfolgung des antifaschistischen Widerstandes 1933 bis 1945 – Vorstellungen deutscher Antifaschisten für ein neues Deutschland. Gemeinsame Veranstaltung des Marxistischen Arbeitskreises bei der Historischen Kommission der PDS, der Marx-Engels-Stiftung und der Geschichtskommission der DKP

13. September: Landtagswahl in Bayern

14./17. September: Ordentlicher Bundeskongreß Gewerkschaft der Polizei

21. bis 24. September: Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda

27. September: Bundestagswahl, Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und Kommunalwahlen in Brandenburg

3. Oktober: Einheitsmarkt der PDS in Berlin

16. bis 18. Oktober: 17. Bundeskongreß der Jungen Liberalen (Julis) in Berlin

GEÄNDERT: 17./18. Oktober: Herbsttagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln

11. Oktober a.o. Gewerkschaftstag der IG Metall in Mannheim

16. Oktober: Bundeskongreß der Jungen Liberalen in Berlin

23. bis 25. Oktober: 11. o. Bundesver-

sammlung von B90/Die Grünen in Bonn

24.-29. Oktober: Gewerkschaftstag HBV in Bremen und IG Medien in Würzburg

11.-6. November: 3. Tagung der 9. Synode der EKG

9.-13. November: Gewerkschaftstag der NGG in Hamburg

8. Dezember: SPD Bundesdelegiertenkonferenz (Aufstellung Liste Europawahl) in Saarbrücken

27. bis 29. November: JU-Deutschlandtag in Weiden

29. bis 30. November: 11. Parteitag der CDU in Bonn

16./17. Januar 1999: 6 Bundesparteitag der PDS in Berlin, Neuwahl des Vorstands

7. Februar 1999 Landtagswahlen in Hessen

6./7. März 1999: Bundesparteitag der PDS in Suhl (Thüringen) stellt Liste für die EU-Wahl auf

13./14. März 1999: Frühjahrskonferenz des "Forums" in Köln

23. Mai 1999: Bundesversammlung wählt Bundespräsidenten

4./5. Juni 1999: EU-Rat in Köln

18./20. Juni 99: Weltwirtschaftsgipfel in Köln

13. Juni 1999 Europawahlen

ADRESSAUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. Regionales West und Ost wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11/62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43 18 88 20, Fax: 040/43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11/62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

☐ 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ Halb- ☐ Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

☐ Halb- ☐ Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

☐ Halb- ☐ Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

☐ Halb- ☐ Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart